

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

215 · September 2008

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 771

## Essay

RICHARD SAAGE

Faschismustheorien. Ihre Bedeutung für die Forschung  
und die politische Bildung 773

## Utopiedebatte

GÜNTER WIRTH

Über konkrete und evangelische Utopien.  
Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag 785

## Gesellschaft, Analysen & Alternativen

ULRICH BUSCH

Finanzmarktkrise und Finanzmarktkapitalismus 804

JÖRG ROESLER

Zwei Währungsreformen im besetzten Deutschland.  
Konzepte und Korrekturen) 818

## Programmdiskussion

THOMAS PHILIPP

Pragmatische und normative Grundlagen der Linken 828

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 850

## Bücher & Zeitschriften

Carola Schramm, Jürgen Elsner:  
Dichtung und Wahrheit.  
Die Legendenbildung um Ernst Busch  
(WILFRIEDE OTTO) 852

Annelies Laschitz:  
Die Liebknechts.  
Karl und Sophie – Politik und Familie  
(THEODOR BERGMANN) 853

August Bebel:  
Die moderne Kultur ist eine antichristliche.  
Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik.  
(RALPH METZGER) 856

Hans-Jürgen-Krahl-Institut (Hrsg.):  
Praktischer Sozialismus – Antwort auf die Krise  
der Gewerkschaften,  
(ERK WERNER) 858

Matthias Brosch u. a. (Hrsg.):  
Exklusive Solidarität.  
Linker Antisemitismus in Deutschland  
(PETER ULLRICH) 860

Summaries 862

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 864

# VorSatz

*»Panta rhei« – alles fließt, jede Erscheinung befindet sich in ständiger Veränderung. Diese Erkenntnis des antiken Dialektikers Heraklit hat seit zweieinhalb Jahrtausenden nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Daran können auch jene nichts ändern, die sich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten selbst zu den Siegern der Geschichte ernannt und den von ihnen verhimmelten Kapitalismus als Ende von Geschichte verkündet haben.*

*Alles fließt, alles verändert sich – das gilt auch für den Neoliberalismus und den von ihm gepushten globalisierten Finanzmarktkapitalismus. Die Bezeichnung Neoliberalismus hält nicht, was sie verspricht. Diese gegenwärtig hegemoniale Ideologie ist weder neu – seit die Phönizier das Geld erfunden haben, hat es immer wieder Menschen gegeben, die mit dem Schlachtruf »enriches vous!« die eigene hemmungslose Selbstbereicherung zu legitimieren suchen. Noch ist sie liberal – weil sie nicht libertär ist, sie fügt den bekannten Verdinglichungen eine weitere hinzu, alle Freiheit wird für das Kapital gefordert; auch und gerade um den Preis, menschliche Abhängigkeiten zu verstärken und menschliche Existenzen zu vernichten.*

*Dieser Finanzmarktkapitalismus befindet sich in einer Krise. Diese Krise hatte ihren Ursprung in dem massenhaften Wertverfall überschuldeter Immobilien in den USA. Sie bleibt aber nicht darauf beschränkt, denn – wie schon Marx wusste – ist es dem Kapital (und seinen Eignern) völlig egal, welche Form es hat, es ist »sich selbst verwertender Wert«. Es handelt sich um eine weltweite Krise, auch die deutschen Banken und das deutsche Kapital können sich davon nicht abkoppeln, obwohl dies einige professionelle Gesundheitsbetreuer immer wieder beschwören. Diese Krise des globalisierten Finanzmarktkapitalismus hat offenbar ihr Ende noch längst nicht erreicht. Sie hat auch die Ideologie des Finanzmarktkapitalismus erfasst, eben den Neoliberalismus. Einer seiner Obergurus, der ehemalige Chef der US-Notenbank Alan Greenspan, charakterisiert die gegenwärtige Krise als ein Jahrhundertereignis und sieht noch längst kein Licht im Tunnel, es würden noch viele Banken über die Klinge springen müssen, bis die Wertpapiere wieder als gesichert gelten werden.*

*Die Krise von Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus bedeutet nicht, dass ihr Ende bevorsteht. Sie sind nicht in einem quasi naturwüchsigen Prozess zur beherrschenden Produktions- und Verwertungsweise und zur hegemonialen Denkform geworden, das wurde durch Menschen bewirkt. Auch ihre Überwindung wird nicht als Selbstläufer stattfinden, dazu bedarf es starker gesellschaftlicher Kräfte, deren Her-*

ausbildung und Formierung noch im Gange sind. Wie dominierend sie gegenwärtig noch sind, zeigt sich darin, dass – wie Günter Wirth in seinem Beitrag belegt – ihre Denk- und Legitimationsmuster von führenden Vertretern der evangelischen Kirche übernommen werden.

Die herrschenden sozialökonomischen und ideologischen Verhältnisse sind noch stark genug, sich zu behaupten, ihre Dominanz zu reproduzieren und an ihrer weiteren räumlichen Ausdehnung zu arbeiten. Nicht zuletzt besteht ihre Stärke darin, dass sie in den wichtigsten kapitalistischen Metropolen auch die Regierenden sind. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten hat es in diesen Ländern wesentliche Veränderungen in der Aktionsweise des Staates gegeben. Das traditionelle Bild, der Staat stelle die Rahmenbedingungen für eine ansonsten freie Entfaltung der Wirtschaft, stimmt schon lange nicht mehr. Der Staat ist zum Funktionsträger geworden, der seine Mittel zur Umsetzung neoliberaler Konzepte einsetzt. Das zeigt sich unter anderem in der Rettung von durch Spekulationsverluste ins Strudeln geratene Banken, im unverhältnismäßigen Einsatz staatlicher Machtmittel gegen Kritiker und Demonstranten, wie etwa im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels in Heiligendamm im vergangenen Jahr. Insbesondere im letzten Jahrzehnt haben gleichzeitig eine zunehmende Umverteilung von unten nach oben und eine erhebliche Entstaatlichung stattgefunden. Im Ergebnis gibt es nun auch in den reichsten kapitalistischen Metropolen soviel Armut wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht. Zugleich sind die sozialen Risiken zunehmend privatisiert und ausgeweitet worden.

Aber das ist eben nur die eine Seite der Situation; die Krise verdeutlicht, dass die Vormacht von Finanzkapitalismus und neoliberaler Ideologie nicht mehr ungebrochen ist. Wie soll man es deuten, wenn führende Manager des Kapitals Steuerhinterziehung in Millionenhöhe begehen, wenn als Global Player agierende Konzerne Korruption zu einer quasi offiziellen Unternehmensstrategie machen, wenn »Investoren« ganze Kaufhauskonzerne in die Pleite treiben. Veränderungen gibt es auch in den politischen Strukturen. Die regierenden Parteien verlieren nicht nur Mitglieder, sie verlieren vor allem kontinuierlich Wähler. In Deutschland sind CDU/CSU mittlerweile meilenweit von den 40 Prozent entfernt, die sie bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005 knapp erreichen konnten; die SPD ist dabei, gar unter die Marke von 25 Prozent zu rutschen. Von den Oppositionsparteien ist es vor allem die gesellschaftskritischste Partei, die LINKE, die ihre Positionen ausbauen kann. Im geistig-kulturellen Bereich eröffnen sich neue Möglichkeiten für Gegenhegemonien. Aber – und hier schließt sich der Kreis – das bedeutet für Gegenakteure wie die Linken zugleich eine Anforderung, sich selbst weiter zu entwickeln, um diese Möglichkeiten wahrnehmen zu können.

Das geht auch diese Zeitschrift an, sie versteht sich als Medium des geistig-theoretischen und kulturellen Diskurses im Umfeld linker Politik und politischer Bildung. Wenn diese Funktion auch weiterhin ausgefüllt werden soll, heißt das, dass sich auch diese Zeitschrift weiter entwickeln muss. Deshalb möchte ich alle Autorinnen und Autoren, alle Leserinnen und Leser an dieser Stelle auffordern, in eine Diskussion um die weitere Profilierung von UTOPIE kreativ einzutreten und uns ihre Hinweise und Vorschläge zukommen zu lassen.

DIETMAR WITTICH

RICHARD SAAGE

# Faschismustheorien

## Ihre Bedeutung für die Forschung und die politische Bildung<sup>1</sup>

I.

Als ich im Jahr 1976 mein Buch »Faschismustheorien«<sup>2</sup> veröffentlichte, reagierte es auf eine ganz spezifische Forschungslage, die untrennbar mit dem damals in der Bundesrepublik Deutschland vorherrschenden politischen Klima verbunden war. Einer im Zeichen der sozial-liberalen Koalition stehenden Tendenz, unter dem Einfluss der Studentenbewegung und ihrer emanzipatorischen Impulse »mehr Demokratie« zu wagen und gleichzeitig die starre Ost-West-Konfrontation zugunsten einer allmählichen Aufweichung des »Eisernen Vorhanges«, der Deutschland in zwei Teile zerriss, zu lockern, stand eine neo-konservative Opposition gegenüber, die mit der Infragestellung des bisherigen sozio-kulturellen Status quo den Einbruch eines neuen »Totalitarismus« befürchtete. Diese Polarisierung ging nicht spurlos an der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich vorbei. Bis Ende der 1960er Jahre im Schatten der identifizierenden Totalitarismustheorie einerseits und einer personalisierenden Deutung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als eines von dämonischen Kräften verursachten »Betriebsunfalls« der Geschichte andererseits stehend, die den an sich gesunden deutschen Staat in den abschüssigen Strudel des nationalsozialistischen Reichs der »niederer Dämonen« gerissen habe, trat nun in Gestalt einer akademischen Marxismus-Rezeption eine Alternative gegenüber, die von vielen als Provokation empfunden wurde.

Für kurze Zeit wurden in der Faschismusforschung der Bundesrepublik Fragen relevant, welche die damals herrschende Totalitarismustheorie bzw. personalisierende Deutung des Dritten Reiches relativierten: Welche gesamtgesellschaftliche Klassenkonstellation ermöglichte jene »verselbständigte Exekutive« auf dem Boden der liberalen Demokratie, die den Weg zum Faschismus ebnete? Welchen Anteil hatte die deutsche Großindustrie an der faschistischen Machtübergabe? In welchem Maße waren großindustrielle Gruppen an der militärischen Expansion in Osteuropa beteiligt? Warum erwies sich der Faschismus vor allem für den alten und neuen Mittelstand so attraktiv, dass er jenem zu einer Massenbasis verhalf? Woran lag es, dass die am besten organisierte Arbeiterbewegung der Welt in Deutschland fast kampflos vor dem Faschismus kapitulierte? War der Faschismus an der Macht wirklich identisch mit jenem monolithischen Machtblock, als den die identifizierende Totalitarismustheorie ihn ausgab? Warum blieb der Faschismus in Italien etatistisch kontrolliert, während er in Deutschland genügend Spielraum

Richard Saage – Jg. 1941, Prof. Dr.; seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Theorie und Ideengeschichte« am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie und Soziologie. Unter anderem Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter »Utopieforschung – Eine Bilanz« sowie »Vermessungen des Nirgendwo – Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Renaissance der Utopie?, Heft 201/202 (Juli/August 2007).

1 Vortrag, den der Autor am 14. März an der Slowe-

nischen Akademie der Wissenschaften in Ljubljana gehalten hat und basiert auf seinem 2007 erschienenen Buch »Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte«.

2 Vgl. Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.

3 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung in Polen«, Hamburg 1993, S. 244.

4 Primo Levi: Ist das ein Mensch?, München 1992.

besaß, um die staatlichen Strukturen zu destruieren? In welchem Maße hat der Faschismus modernisierend gewirkt? Welche psychischen Strukturen machten bestimmte Bevölkerungsschichten anfälliger für den Faschismus als andere? Diesen Fragenkatalog könnte man beliebig fortführen. Auf einige von Ihnen versuchte ich in meinem Band »Faschismustheorien« durch die Rezeption der einschlägigen Ansätze der Zwischenkriegszeit, aber auch der 1940er Jahre sowie der Nachkriegszeit und der neueren historiografischen Untersuchungsergebnisse eine Antwort zu geben.

Heute hat sich, wie es scheint, die Situation grundlegend geändert. Die Rezeption von Faschismustheorien, mit deren Hilfe man Klarheit zu erlangen suchte über die gesellschaftliche Basis, die Aufstiegsbedingungen, aber auch über die Funktion des Faschismus hat zur Zeit keine Konjunktur. Neue Fragen sind in der Faschismusforschung hegemonial geworden, die das Problem des Faschismus von der Strukturebene auf die Ebene der Opfer verlagert: bis hin zu der deprimierenden Einsicht Primo Levis, dass sich die Geschichte der Konzentrationslager nicht auf die beiden Blöcke der »Opfer und Verfolger« herunter brechen lässt. Insbesondere am Beispiel der Sonderkommandos kann Levi zeigen, dass es eine »blühende Grauzone von ›protekcja‹ (Korruption) und Kollaboration der Opfer in den Lagern« gab, und zwar der Opfer in ihrer ganzen Bandbreite: von der »bunt zusammen gewürfelten Fauna« der mit niederen Funktionen betrauten Häftlinge, die sorgsam über die kleinen Vorteile wachten, die sie gegenüber den anderen Häftlingen genossen, über das Netz der tatsächlich privilegierten Kapos, denen es freistand, nach Lust und Laune »die gemeinsten Brutalitäten zu begehen«, bis zu den Sonderkommandos, die das fürchterliche Schicksal hatten, ihr Leben im KZ dadurch verlängern zu können, dass sie die Gaskammern und Krematorien bedienten.<sup>3</sup> Sind angesichts dieses »dämonischsten Verbrechens des Nationalsozialismus« (Primo Levi)<sup>4</sup>, nämlich der Erfindung und Organisation von Sonderkommandos, Faschismuskonzeptionen obsolet? Für diejenigen, die in dem subjektiven Leid unzähliger Menschen, das der deutsche Faschismus zu verantworten hat, *den* Tatbestand sehen, der ausschließlich zählt, muss dies sicherlich der Fall sein. Wer aber die sozialen Mechanismen zu dechiffrieren sucht, welche jene menschenverachtende »Grauzone« erst ermöglichte, kommt um strukturelle, d. h. konzeptionelle Analysen des faschistischen Syndroms nicht herum.

Aber Faschismustheorien können nicht nur aufklären über soziale und psychische Konstellationen, die den Faschismus als Massenbewegung ebenso ermöglichten wie dessen Bündnis mit den traditionellen Eliten der bürgerlichen Gesellschaft: Sie haben auch das Potential, sozio-politische Bedingungen anzugeben, unter denen die Gefahr des Faschismus zumindest auf ein Minimum reduziert ist. Insofern sind sie durchaus geeignet, normative Orientierungshilfe für die politische Bildung zu leisten. Um beiden Aspekten gerecht zu werden, konzentriert sich mein Beitrag auf eine einzige Frage: Wie muss im Licht der Faschismustheorien eine Gesellschaft aussehen, die den Faschismus strukturell vermeidet? Auch wenn die meisten theoretischen Ansätze nicht immer explizit die sozio-politische Alternative thematisierten, die sie dem Faschismus gegenüber-

stellten, so lässt doch der mehr oder weniger kritische Anspruch, mit dem sie ihn analysierten, vermuten, dass sie zumindest *indirekt* von Elementen eines gegenüber den faschistischen Fehlentwicklungen immunisierten Modells ausgingen.

## II.

Von allen Ansätzen, die im Zentrum dieses Beitrags stehen, hat das sowjetmarxistische Paradigma zu diesem Problem die dezidierteste Stellung bezogen.<sup>5</sup> Da zwischen dem Faschismus und dem Monopolkapitalismus ein instrumentelles Verhältnis in dem Sinne bestehe, dass jener das Werkzeug und dieser das es benutzende Subjekt sei, könne es zur Abschaffung der spätbürgerlichen Gesellschaft in ihrem vermeintlich imperialistischem Stadium keine Alternative geben, wenn die Wurzeln des Faschismus wirklich ausgerissen werden sollen. Doch die kommunistische Analyse des Funktionierens faschistischer Herrschaftssysteme ist in ihren Schlussfolgerungen brüchig: Sie ordnet den Faschismus nicht in eine gesamtgesellschaftliche Analyse ein und reduziert ihn auf eine Soziologie der herrschenden Klasse. Aus einer nachweisbaren fehlerhaften Analyse des Faschismus ist aber auch nur eine defizitäre Alternative ableitbar. Doch um welche Alternative handelt es sich? Selbstverständlich lebte die kommunistische Faschismuskonzeption von dem Credo, dass die Sowjetunion das Gesellschaftssystem sei, in dem sich grundsätzlich keine faschistischen Potenziale bilden und akkumulieren können. Mit der Abschaffung kapitalistischer Strukturen sei dessen extremster Depravation gleichsam der Boden entzogen. Mit diesem Enthauptungsschlag fehlten aber möglichen autoritären subjektiven Dispositionen der Bevölkerung jene Verankerung in materiellen Rahmenbedingungen, die sich im Sinne des Faschismus manipulieren ließen. Aber diese Annahme ist historisch widerlegt.

Wenn der Sowjetunion auch das Verdienst zukommt, einen entscheidenden militärischen Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus in Europa, speziell in Deutschland, geleistet zu haben, so ist sie heute von der politischen und geographischen Landschaft verschwunden. Ihre Entwicklung von 1945 bis 1990 hat nicht nur gezeigt, dass sich unterhalb der Ebene des offiziellen Antifaschismus erhebliche rechtsradikale Potentiale ausgebildet haben. Im Kern besteht ihr wesentlichstes Resultat darin, dass sie ihren Test als stabile Alternative zu faschistischen Regimen nicht bestehen konnte. Die Gründe sind oft genannt worden. Wer Minoritäten nur um den Preis ihrer politischen Konformität duldet, lässt innovative Potenziale ungenutzt, ohne die eine Gesellschaft stagnieren muss. Dieselbe Konsequenz ergibt sich aus der Unterdrückung individueller Grund- und Menschenrechte. Deren entscheidende Konsequenz ist, dass sie die Talente von Millionen verkümmern lässt. Und schließlich muss sich ein politisches System auf Dauer selbst delegitimieren, das seine Stabilität fast ausschließlich aus der Überwachung der Bevölkerung mit Hilfe gigantischer Sicherheitsapparate ableitet. Wo die freiwillige Loyalität der Masse der Bevölkerung fehlt, haben wir es unter den Bedingungen der Moderne mit strukturell labilen Gesellschaftssystemen zu tun, wie gerade das Beispiel der Sowjetunion zeigt.

5 Vgl. Saage, a. a. O., S. 24-48.

6 Vgl. Saage, a. a. O., S. 49-73.

7 Vgl. Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Übersetzung aus dem Französischen und deutsche Bearbeitung v. Hartmut Mehringer, München 1973, S. 62, 87 f., 96.

8 Vgl. Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: Ders., Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 49-331, S. 137-151.

9 Vgl. Otto Bauer: Die Österreichische Revolution, Wien 1923, S. 182-195.

Die Alternative zum sowjetmaxistischen Ansatz in seiner Spielart als Sozialfaschismusthese und als Dimitroff-Formel innerhalb der Linken der Zwischenkriegszeit war die bonapartismustheoretische Faschismuskonzeption.<sup>6</sup> Sich auf die Marxsche Analyse der 1848er Revolution in Frankreich berufend, nahm sie den Faschismus als dritte politische Kraft zwischen Kapital und Arbeit in dem Maße ernst, wie es ihm gelang, sich vor allem in den Zwischenschichten auf eine veritable Massenbasis zu stützen. Deren Dynamik erschöpft sich in ihrer Sicht nicht auf die Funktion der Stabilisierung des kapitalistischen Systems in der größten Krise seiner Geschichte. Einerseits klärt uns nämlich der bonapartismustheoretische Ansatz darüber auf, dass die »verselbstständigte« Exekutive, also die diktatorische Tendenz, sich vor der Machtübernahme des Faschismus herausbildet. Dieser ist der Nutznießer der Krise der liberalen Demokratie, die immer dann eintritt, wenn aufgrund mangelnder Koalitionsbereitschaft der politischen Parteien das demokratisch gewählte Parlament zur positiven Politikgestaltung unfähig erscheint. Andererseits insistiert zugleich die bonapartismustheoretische Deutung darauf, dass der Faschismus nicht monokausal das Resultat ökonomischer Interessen der imperialistischsten Kreise des Monopolkapitals gewesen sein kann. Von Anfang an verband sie nämlich, wie insbesondere der in Anlehnung an Antonio Gramsci entwickelte Ansatz Nico Poulantzas<sup>7</sup> und vor allem Otto Bauers Muster<sup>8</sup> zeigen, das Konzept des »Klassengleichgewichts« mit dem der »Hegemonie«: Diese schließt ökonomische Interessen nicht aus. Aber sie lässt sich auch nicht auf sie reduzieren. »Hegemonie« ist nämlich – jenseits eines ökonomistischen Reduktionismus – ein geistig-psychischer Prozess, der, bestimmte sozio-politische Bedingungen vorausgesetzt, die Massen erfasst und sie in die Richtung der Demokratie, der aktiven Teilhabe am politischen Geschehen, oder in die Arme des Faschismus treibt. Niemand hat diesen strukturellen Zusammenhang gültiger beschrieben und in seine Faschismuskonzeption integriert als der Bonapartismustheoretiker Otto Bauer. Er kann zeigen, dass die Erste Republik Österreichs am weitesten vom Faschismus entfernt war, als unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie die proletarischen Massen der Industriegebiete den Organisationen der Arbeiterbewegung zuströmten und diesen ihren Stempel aufprägten. Unter ihrem hegemonialen Druck war ein Regieren nur mit geistigen Mitteln, nur mit den Mitteln des diskursiven Überzeugens möglich. Jeder Versuch, die Anwendung offener oder latenter Gewalt als die *ultima ratio* der Politik zu verstehen, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.<sup>9</sup> In der Zeit der österreichischen Revolution von 1918/19, so müssen wir Bauer interpretieren, trat das Gegenteil dessen ein, was als Markenzeichen des Faschismus zu gelten hat: Statt die Massen unter propagandistisch-choreografischen Vorzeichen nur in »Form« zu bringen, kamen sie, zumindest temporär, zu ihrem Recht. Kanalisierung ihrer Energien hieß nicht ihre Unterwerfung unter einen »Führerwillen«, sondern ihre Selbstbetätigung im Sinne der Durchsetzung weitgehender sozialer Reformen. Faschismus, so die Botschaft der Bonapartismustheoretiker in ihren sehr unterschiedlichen Akzentuierungen, ist nur möglich, wenn die demokratisch-politischen Kräfte ihre geistig-politische Hegemo-



nie verlieren und reaktionäre und faschistische Ideologien das entstandene Vakuum füllen, für die insbesondere die von der Revolution enttäuschten mittelständischen Massen ansprechbar waren.

Allerdings sind die analytischen Grenzen des bonapartismustheoretischen Ansatzes ebenfalls evident. Wie sich insbesondere am Beispiel des italienischen Faschismus verdeutlichen lässt, setzt er eine staatliche Disziplinierung der anarchischen Kräfte der »Bewegung« voraus: Nur so kann die Arbeitsteilung zwischen dem Primat der faschistischen Diktatur und der sozialen Herrschaft der kapitalistischen Oligarchien wirklich funktionieren. Die in der Verfügung über das Privateigentum an den Produktions- und Arbeitsmitteln gesetzte Systemgrenze des Faschismus vermag sich aber gegenüber dessen Dynamik nur dann aufrechtzuerhalten, wenn die am autoritären Rechtsstaat orientierten traditionellen Eliten als effektives Gegengewicht zu ihrem faschistischen Bündnispartner stabil bleiben. Das war in Italien weitgehend der Fall; in Deutschland jedoch wurde die bürgerliche Gegenmacht um so brüchiger, je länger das nationalsozialistische Regime andauerte. Zwar fungierte der alte preußische Staat zumindest im Reichsgebiet noch immer als ordnende Instanz der gesellschaftlichen Prozesse. Aber unübersehbar war auch, dass er zunehmend geschwächt wurde durch die Infiltration nationalsozialistischer Elemente. Die katastrophalen Folgen, auf die als erste exilierte Autoren wie Otto Kirchheimer und Franz Neumann hinwiesen, waren evident.<sup>10</sup> In dem Maße, wie das »Recht« des autoritären Ordnungsstaates sich in eine Fülle technischer Regeln und auf den Einzelfall bezogener Maßnahmen auflösten, entwickelte sich eine dezisionistische Dynamik, welche, durch rivalisierende Machtakkumulation der wichtigsten Herrschaftsträger in Partei, Großindustrie, Staat und Armee verschärft, sich im Unterschied zum italienischen Faschismus zunehmend von den Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft des Dritten Reiches lösten.

Der »Leviathan«, das Leitbild der konservativ-autoritären »Ordnungskräfte«, mutierte zum »Behemoth«, zum Symbol der anarchischen und selbstdestruktiven Kräfte der »Bewegung«. Martin Broszat und Hans Mommsen konnten in diesem Zusammenhang zeigen, dass die mangelnde eigene Substanz des Nationalsozialismus zur Integration der negativ pluralisierten Gesellschaft den Zwang generierte, in dem von Kirchheimer und Neumann analysierten normlosen Raum des »Behemoth« die Vernichtung der Juden nicht nur zu propagieren, sondern am Ende auch tatsächlich durchzuführen, wie chaotisch und durch kontingente Umstände gebrochen auch immer der Weg zu diesem größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit gewesen sein mochte.<sup>11</sup> Eine Alternative zum Faschismus, so lehrt uns der konflikttheoretische Ansatz, kann nur ein solches politisches System sein, das kompromisslos an den emanzipatorischen Errungenschaften des Rechtsstaates mit seinen unantastbaren Grund- und Menschenrechten festhält und allen Tendenzen widersteht, das Recht zu einer technischen Maßnahme zu reduzieren, die unter rein funktionalistischen Prämissen ihren Erfolg oder Misserfolg misst. So gesehen, war es eine der deprimierendsten Erfahrungen der faschistischen Regime, dass eben jene bürgerliche Klasse, die einst in der Frühen Neuzeit die freiheitlichen Errungen-

10 Vgl. Saage, a. a. O., S. 74-84.

11 Vgl. Hans Mommsen: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43-72; Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 11. Auflage, München 1986.

schaften des Rechtsstaates gegen absolutistische und feudale Willkür erkämpft hatte, zumindest in großen Teilen Europas die Bedingungen mit schuf, unter denen sie im Faschismus destruiert wurden.

Obwohl die Ursprünge des konflikttheoretischen Ansatzes einer Faschismusanalyse in die 1930er und 1940er Jahre zurückreichen, stand er bis Ende der 1960er Jahre im Schatten der identifizierenden Totalitarismustheorie. Dieser gelang es in der Zeit des Kalten Krieges, eine normativ-legitimierende Kraft zu entfalten, die bis auf den heutigen Tag nachwirkt und im Kontext des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten eine deutliche Konjunktur erlebte. Die einfache Gleichsetzung von stalinistischer Sowjetunion und dem Dritten Reich ist selbst von Friedrich und Brzezinski relativiert worden, wenngleich sie genügend gemeinsame Merkmale ausmachen zu können glaubten, um wenigstens von einer Gleichartigkeit zu sprechen: Sie erlaube es, beide Regime unter den Titel des Totalitarismus zu subsumieren.<sup>12</sup> Gewiss ist in empirisch-analytischer Hinsicht sowohl Friedrich/Brzezinski als auch Hannah Arendts strukturelle Beschreibung der stalinistischen Sowjetunion und des Dritten Reiches<sup>13</sup> zuzustimmen, wenn man deren Identität auf die Fokussierung neuartiger Herrschaftsmethoden einschränkt. Auf wissenschaftlich-industriellem Niveau angesiedelt, hat in der Tat die Weltgeschichte bisher nicht solche Propaganda-, Überwachungs- und Unterdrückungsapparate erlebt, wie sie die Sowjetunion unter Stalin mit ihrem System der Gulags und der gnadenlosen Verfolgung und Liquidierung so genannter »innerer Feinde« und das Dritte Reich unter Hitler mit seinen Konzentrations- und Vernichtungslagern und der Durchführung eines Genozids im industriellen Maßstab hervorbrachten. Aber die Hegemonie der Totalitarismustheorie gründete in ihrer normativ-legitimierenden Funktion. Wie keine andere Faschismuskonzeption verdankte sie ihre massenhafte Akzeptanz dem Umstand, dass sie *explizit* in Gestalt ihres spiegelbildlich zugeschnittenen Gegenbildes der Pluralismustheorie als sozopolitische Alternative zu den antindividualistischen, die Freiheit der Einzelnen zerstörenden rechten und linken Totalitarismen auftrat.

Doch nach dem Ende der faschistischen Diktatur in Italien und Deutschland war sie einer eigenartigen Metamorphose unterworfen. Da die westliche Welt sich nun nur noch *einer* Bedrohung, nämlich der Konfrontation mit den realsozialistischen Staaten jenseits des »Eisernen Vorhanges«, ausgesetzt sah, blieben nur die Sowjetunion und ihre Satelliten als ernst zu nehmende Feindbilder übrig. Den ehemaligen Anhängern des Faschismus bot die Totalitarismustheorie nun aber die Möglichkeit, sich in die liberale Demokratie zu »integrieren« und ihre Verstrickung mit dem verbrecherischen System des Dritten Reiches zu »neutralisieren«. Damit waren einer Demokratisierung des liberalen Regierungssystems enge Grenzen gesetzt. Im Zuge eines militanten Antikommunismus konnten alle linken, d. h. der Demokratie zuneigenden Positionen als die fünfte Kolonne Moskaus ausgegrenzt und stigmatisiert werden. Zugleich sahen sich Modelle einer reduzierten Demokratie bestätigt, welche den Demos weitgehend aus dem politischen Geschehen heraushalten wollten. Nicht zufällig begann parallel zum Aufstieg der Totalitarismustheorie die Hegemonie der Demokratietheorie Schumpeters.<sup>14</sup> Sein Mo-

12 Vgl. Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur (1965), in: Bruno Seidel, Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974, S. 600-617.

13 Vgl. Hannah Arendt: Ideologie und Terror. Eine neue Staatsform, in: Seidel/Jenkner, a. a. O., S. 133-167.

14 Vgl. Saage, a. a. O., S. 246-252.

dell der Konkurrenzdemokratie reduzierte die Rolle des Demos auf den Akt der Wahl zirkulierender Eliten. Aber waren es nicht gerade die herrschenden Eliten der liberalen Demokratie gewesen, die in Italien und Deutschland dem Faschismus zur Macht verhalfen?

Mit dieser Frage ist übergeleitet zum empirisch-analytischen und normativ-legitimatorischen Standort der Modernisierungstheorie im Gesamtszenario der Faschismuskonzeptionen. Auch sie ist – wie die Totalitarismustheorie – affirmativ auf die westliche Industriegesellschaft, insbesondere auf die Weltmachtrolle der USA, bezogen. Als wissenschaftliches Instrumentarium bei der Faschismusanalyse erscheint sie nur dann tauglich, wenn man von ihrem imperialistischen Überlegenheitsanspruch<sup>15</sup> abstrahiert und Modernisierung als eine selbstreflexive Aufklärung begreift, die ihre eigene Gefährdung durch rationalistische Totalisierungen erkennt und an ihren universalistischen Emanzipationspostulaten festhält. Auf eine kurze Formel gebracht, lässt sich sagen, dass der Faschismus einerseits die Konsequenz einer defizitären Modernisierung, andererseits aber auch als treibende Kraft derselben interpretiert worden ist. Die erste Auslegungsvariante<sup>16</sup> hebt auf die Tatsache ab, dass der Faschismus nur in einer solchen Gesellschaft aufgrund endogener Faktoren an die Macht kommen konnte, in der es eine bürgerliche Revolution nicht gegeben hat oder gescheitert ist. Tatsächlich haben sich westliche Staaten wie die USA, Großbritannien und Frankreich sowohl im Blick auf die Eliten als auch hinsichtlich der Massen weitgehend immun gegenüber der faschistischen Lösung der aus der Weltwirtschaftskrise resultierenden sozio-politischen Probleme gezeigt. In den Länder aber, in denen – wie vor allem in Deutschland – der Nationalstaat nicht von unten, von den Massen gewollt und den Eliten demokratisch legitimiert, erkämpft wurde, hatte der Faschismus eine Chance.

Wenn diese Variante der faschismusanalytischen Modernisierungskonzeption eine hohe Plausibilität für sich reklamieren kann, so erscheint die Deutung der zweiten Auslegungsvariante des Faschismus als Modernisierungsinstanz in einem ambivalenten Licht: Wenn z. B. Ralf Dahrendorf die These entwickelte, der Nationalsozialismus habe durch die politische Entmachtung des Adels im Zuge der Niederschlagung des Widerstandes gegen Hitler 1944 ungewollt die Voraussetzung der liberalen Demokratie der BRD ab 1949 geschaffen, wertet er ihn objektiv auf.<sup>17</sup> Die fortgeschrittensten Spielarten dieses Ansatzes konzidieren dem deutschen Faschismus eine Modernisierung seiner industriellen Mittel, nicht aber seiner Ziele.<sup>18</sup> Andere Autoren tragen plausible Argumente vor, dass der Faschismus, parasitär von der Substanz seiner bürgerlichen Herkunftsgesellschaft lebend, Modernisierung nur propagandistisch vorgegaukelt habe.<sup>19</sup> In jedem Fall wird jedoch gesagt werden können, dass das Verhältnis des Faschismus zur Modernisierung zwiespältig ist: Sofern diese sich *ökonomisch und sozio-politisch* durchgesetzt hat, scheint die Faschismusgefahr weitgehend gebannt zu sein. Setzt sich aber ausschließlich die ökonomische und technische Modernisierung durch, ohne sie durch eine tief greifende Demokratisierung und Liberalisierung in Gestalt einer politischen Zivilgesellschaft zu korrigieren, sind faschistische Potentiale vor allem dann nicht aus-

15 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen 1975, S. 11-13.

16 Vgl. Talcott Parsons: *Beiträge zur soziologischen Theorie*, Neuwied/Berlin 1968; Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*, Berlin 1953; Franz Borkenau: *Zur Soziologie des Faschismus*, in: Ernst Nolte (Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*, 6. Auflage, Königstein/Ts. 1984, S. 156-181.

17 Vgl. Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

18 Vgl. David Schoenbaum: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, Köln/Berlin 1968; Henry Ashby Turner: *Faschismus und Antimodernismus*, in: ders.: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Gabriele Neitzert*, 2. Auflage, Göttingen 1980, S. 157-182.

19 Vgl. Saage, a. a. O., S. 143-149.

zuschließen, wenn soziale und wirtschaftliche Krisen das Gesamtsystem bedrohen. So gesehen, ist der Schluss unausweichlich, dass die Faschismusgefahr in dem Maße steigt, wie die Modernisierungsprozesse auf halbem Weg ins Stocken geraten. Sie spielen dann modernste Technik in die Hände derer, deren Mentalitäten vorzivilisatorischen Leitbildern einer sozialdarwinistisch ausgelegten völkischen Rassenideologie folgen.

Was haben die geistesgeschichtlichen Faschismuskonzeptionen den bisher diskutierten Ansätzen entgegenzusetzen? Wie weit reicht ihre Kritik am nationalsozialistischen Herrschaftssystem? Gibt es eine Grenze der Distanzierung, die sich an den Rändern gemeinsamer Schnittmengen verdeutlichen lässt? Die Historiker Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter setzten den Nationalsozialismus mit dem Einbruch eines dämonischen Prinzips in die deutsche Geschichte gleich. Deren Personalisierung in Gestalt Adolf Hitlers habe, das Zeitalter der Massendemokratie im Rücken, den Bruch mit der sich bis dahin normal entwickelnden deutschen Staatlichkeit bewirkt. Durch diese Ontologisierung der sozio-politischen Ursachen des Dritten Reiches wird in letzter Instanz die deutsche Katastrophe als unabwendbares Verhängnis gedeutet, das unter der Hand durch punktuelle Kontinuitäten mit dem konservativ-antiemanzipatorischen Standort dieser Autoren verbunden ist. So gibt Meinecke den Juden zumindest eine Teilschuld an ihrem Schicksal im Dritten Reich, weil sie die im Rahmen ihrer Emanzipation Negatives und »Zersetzendes« zur »Entwertung und Diskreditierung der liberalen Gedankenwelt«<sup>20</sup> seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beigetragen hätten. Und bei Ritter ist kein Wort der Kritik an Carl Goerdeler nachzulesen, wenn dieser in seinen Deutsch-landplänen die von Hitler usurpierten Gebiete in Österreich<sup>21</sup> in der Zeit nach dem Nationalsozialismus beibehalten und die »neue« Demokratie – unter strikter Ablehnung des westlichen Parlamentarismusmodells<sup>22</sup> – an den kommunalpolitischen Vorstellungen des Freiherrn vom Stein ausrichten wollte.<sup>23</sup> Allerdings forderte Meinecke die Deutschen auf, den Machtstaatsgedanken zu verabschieden und, orientiert an kleinen Nationen wie Schweden, der Schweiz und den Niederlanden<sup>24</sup>, unter der Hegemonie der Siegermächte einer Föderation mittel- und westeuropäischer Länder beizutreten.<sup>25</sup>

Helmuth Plessner und Ernst Nolte dagegen sahen den Nationalsozialismus eher in der Kontinuität der deutschen Geschichte, weil er Ausfluss der in ihr angelegten historischen Möglichkeiten war. Aber sie ziehen aus diesem Befund sehr unterschiedliche Konsequenzen. Nolte leugnete zwar nicht die »dunklen Seiten« des Nationalsozialismus, aber er ist bestrebt, dessen positive Intentionen herauszustellen. Bereits in seiner frühen Studie angelegt<sup>26</sup>, vertritt er im Historikerstreit die These, der faschistische Terror der Nazis sei lediglich eine Reaktion auf den roten Terror der Bolschewiki.<sup>27</sup> Wenn es also den sowjetischen Kommunismus an der Macht nicht gegeben hätte, so wäre uns nach dieser Lesart der Faschismus erspart geblieben. Da die Oktoberrevolution nun einmal stattgefunden hat, so müssen wir diese Logik weiterführen, war die notwendige Konsequenz der faschistische Vernichtungswille als Reaktion auf die tödliche Bedrohung des Bürgertums. Damit wiederholt Nolte das bereits aufge-

20 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946, S. 29.

21 Vgl. Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948, S. 313.

22 Vgl. ebenda, S. 299.

23 Vgl. ebenda, S. 301.

24 Vgl. Meinecke, a. a. O., S. 162.

25 Vgl. ebenda, S. 151.

26 Vgl. Saage, a. a. O., S. 170-177.

27 Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Française, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 5. Auflage, München/Zürich 1979, S. 33.

zeigte Dilemma der identifizierenden Totalitarismustheorie, die, wie gezeigt, nach 1945 vielen Nazis die Möglichkeit bot, ihre Verstrickung in das verbrecherische System des Faschismus im Zeichen eines militanten Antikommunismus zu rehabilitieren. Plessner forderte demgegenüber insbesondere von den Eliten ein radikales Umdenken im Sinne einer selbstreflexiven Aufklärung. Deutschland wird ihm zufolge nur dann eine humane Zukunft haben, wenn es gelingt, den Anschluss an die emanzipatorischen Traditionen und Werte des Westens zu gewinnen und den hybriden Nationalismus des Faschismus dadurch zu überwinden, »daß wir Klarheit über das Geschick unserer verspäteten Nation (...) gewinnen. Wer in diesem Sinne historische Psychoanalyse treibt, indem er versucht, zu den Quellen seiner eigenen Existenz zurückzufragen und sich mit sich als Nation zu konfrontieren, wird die vergiftende Wirkung, die von den ungehobenen historischen Komplexen ausgeht, entkräften.«<sup>28</sup> Helmuth Plessner kommt damit das Verdienst zu, jenen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland den Weg geebnet zu haben, die vor allem in der politischen Bildung eine um das Dritte Reich zentrierte kritische Erinnerungskultur etablieren konnten. Als jüngstes Beispiel möchte ich das Stelendenkmal in Berlin erwähnen, das dem Gedenken an den Holocaust gewidmet ist.

Wie man sieht, sind die vorwiegend geistesgeschichtlichen Deutungen des Faschismus von Geschichtspolitik nicht immer zu trennen. Aber der Faschismus ist auch nicht zu erklären, wenn man seine gemeinsame Schnittmenge mit den im Unterbewussten wirkenden psychischen Kräften der Individuen und Kollektive ignoriert. Wilhelm Reich war einer der ersten Psychoanalytiker, der insbesondere auf die Schere der sozio-politischen Lage der Mittelschichten – die eher eine Wende nach links nahe legte – und der tatsächlichen ideologischen Orientierung hinwies, die dem deutschen und italienischen Faschismus eine Massenbasis verschaffte.<sup>29</sup> Erich Fromm zeigte am Beispiel des deutschen Faschismus, dass Massen bereit sein können, auf eines der höchsten Güter der westlichen Zivilisation, die persönliche Freiheit, zu verzichten, um sich freiwillig einer gnadenlosen Diktatur zu unterwerfen, die jede freiheitliche Regung im Ansatz zu ersticken sucht.<sup>30</sup> Franz Neumann wies auf die sozio-politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hin, unter denen hilflos gewordene und desorientierte Massen der charismatischen Aura eines Führers erliegen, und zwar auch dann, wenn er längst nicht mehr den Nimbus des Erfolges für sich reklamieren kann. Er machte schon sehr früh deutlich, dass insbesondere die Juden und ihre Verfolgung herhalten mussten für die kumulative Radikalisierung der nationalsozialistischen Massenbasis im Dritten Reich.<sup>31</sup> Und Klaus Thelewit verdeutlichte die psychischen Strukturen jener Freikorpsmentalität, ohne die der unbedingte faschistische Vernichtungswillen gegenüber seinen wirklichen oder auch nur imaginierten Feinden nicht zu erklären ist.<sup>32</sup> Der psychoanalytische Ansatz lehrt uns also, dass erst mit dem Wegfall der autoritären Erziehung eine wesentlicher Faktor der subjektiven Entstehungsbedingungen des Faschismus der Boden entzogen ist.

Aber diese sozialpsychologischen Ansätze verdeutlichen zugleich, dass sie auf objektivistische Konzeptionen ihrerseits angewiesen sind wie umgekehrt auch. Konzeptionen, die sich nur auf die sozio-

28 Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes (1935/1959), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. IV, Frankfurt/M. 1982, S. 260.

29 Vgl. Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, 2. Auflage, Kopenhagen/Prag/Zürich 1934.

30 Vgl. Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. Aus dem Englischen von Liselotte und Ernst Mickel, 12. Auflage, München 2005.

31 Vgl. Franz Neumann: Angst und Politik, in: Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt/M. 1967, S. 184-214.

32 Vgl. Klaus Thelewit: Männerphantasien, Bd. I u. Bd. II, München/Zürich 2005.

ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Faschismus konzentrieren, neigen dazu, die Tatsache auszuklammern, dass der Faschismus ein Produkt von Menschen gewesen ist, die sich in ihrem krisenhaften Bewusstsein mit ihm psychisch, geistig und auch intellektuell identifizierten, weil sie von ihm die Lösung ihrer privaten und kollektiven Probleme erwarteten. Umgekehrt können sie aber nicht erklären, warum bei ähnlichen psychischen Dispositionen mittelständischer Schichten wie in Deutschland und Italien in anderen hochindustrialisierten Ländern der Faschismus nicht nur nicht an die Macht gekommen ist. In den westlichen Industrieländern schwoll er nicht einmal zu einer politisch ernst zu nehmenden Massenbewegung an. Diese Frage ist nur beantwortbar, wenn sozialpsychologische Ansätze Erkenntnisse assimilieren, die aus dem bonapartimus-, dem konflikt-, dem totalitarismus- und dem modernisierungstheoretischen Ansatz folgen. Die bisherige Forschung ist weit davon entfernt, ein solches integratives Faschismusmodell, das die Lagergrenzen überwindet, entwickelt oder gar empirisch erprobt zu haben. Wenn diese Ausführungen gezeigt haben sollten, dass ein solches Programm dennoch unverzichtbar ist, weil eine fachspezifische Reduktion des Faschismus seiner Verharmlosung – wenn auch nur unbewusst – Vorschub leistet, hätten sie ihr selbst gestecktes Ziel erreicht.

### III.

Aber ebenso wichtig wie die korrekte analytische Durchdringung des faschistischen Syndroms sind die aus den hier diskutierten Ansätzen folgenden Kriterien, die eine Gesellschaft erfüllen muss, wenn sie sich gegenüber Faschisierungstendenzen immunisieren will. Allerdings wäre es zu kurzschlüssig, würde man faschismustheoretische Ansätze auf das Ziel reduzieren, sie eins zu eins auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellationen zu übertragen und daraus Schlüsse über aktuelle Faschismuspotentiale abzuleiten. Viel weiterführender ist die Frage, inwiefern im Licht der historischen Faschismustheorien diese uns darüber aufklären, worin sich die sozio-politische Situation heute von der nach dem Ersten Weltkrieg unterscheidet. Die Ergebnisse einer solchen Komparatistik liegen auf der Hand: In objektiver Hinsicht ist durch die Einbindung der beiden Kernländer des Faschismus – Italien und Deutschland – in die Europäische Union, die außenpolitische Grundlage eines extremen Nationalismus zerstört; eine politische Tatsache, die neben dem Ausgleich der Bundesrepublik mit Frankreich zu den großen politischen Leistungen des 20. Jahrhunderts gehört. Auch die Klassenkonstellation hat sich in Italien und Deutschland im Vergleich zum Ersten Weltkrieg grundlegend geändert. Zwar ist auch heute im Zuge des Neoliberalismus die Mittelschicht in den westlichen Ländern einem Erosionsprozess unterworfen. Doch die harte Klassenkonfrontation, artikuliert durch einen kämpferischen Marxismus, entfällt in dem Maße, wie massive Individualisierungsprozesse ihr den Boden entziehen. Zwar existiert der Antisemitismus in Deutschland nach wie vor. Aber eine intensiv betriebene Erinnerungspolitik, die die Verbrechen der Nazis aufarbeitet und stigmatisiert, hat große Teile der Bevölkerung und der Eliten nachhaltig sensibilisiert. Und

vor allem: Die kapitalistischen Oligarchien in Deutschland agieren heute nicht mehr national, sondern global.

Dennoch wird der Faschismus im 21. Jahrhundert erst dann dauerhaft vermieden werden können, wenn die liberale Demokratie ihre Funktionsfähigkeit bewahrt. Diese ist aber nur insofern gewährleistet, wie die Souveränität des Demos, vermittelt über Wahlen etc., gewahrt bleibt. Zugleich dürfen die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eliten sich nicht nach unten abschotten und zu Oligarchien degravieren. Gleichzeitig müssen die politischen Parteien auch in Krisenzeiten unbeirrt auf einem demokratischen Regelkonsens beharren und ihren Wählern genuine Alternativen anbieten, die deren wirklichen Interessen entsprechen. Es versteht sich auch von selbst, dass der gesamtgesellschaftliche Wert der Gleichheit nicht durch Kräfte ausgehebelt werden darf, die für sich ein höheres Recht im Namen einer Ethnie oder Religion gegenüber dem Rest der Gesellschaft reklamieren: Es ist also ein hoher Grad der Säkularisierung der Gesellschaft zu unterstellen, ohne den es keine funktionierende *civil society* als Alternative zum Faschismus geben kann. Und schließlich muss die Prämisse in der Gesamtgesellschaft verankert sein, dass der Bürger mündig ist, d. h. über ein Mindestmaß an rationaler Urteilskraft verfügt. Diesen Kriterien hat eine in den Massen verankerte subjektive Disposition zu entsprechen, die sich auch dann den Zugang zur Vernunft nicht verbauen lässt, wenn sie unter dem Druck individueller und sozialer Konflikte steht. An die Stelle sado-masochistischer Charakterstrukturen müssen solche Orientierungen treten, die sich dem Problem verdrängter Triebenergien stellen, ohne diesen Prozess gesellschaftlich zu tabuisieren. Ein korrigierendes Zusammenspiel permanenter Kritik und Selbstkritik an sich selbst und der Gesellschaft, ihre faschistische Vergangenheit mit inbegriffen, könnte erreichen, dass beide in einer entscheidenden Perspektive konvergieren: sich auf einen konstruktiven Zustand hinbewegen zu wollen, der – gemessen an dem Stand der jeweils erreichten materiellen Verhältnisse – das historisch mögliche Glück aller erreicht und das Elend, das der Mensch dem Menschen zufügt, auf ein geschichtlich mögliches Minimum reduziert.

Es ist leicht, dieses Modell als eine »Utopie« abzutun. Aber was wäre gewonnen, wenn wir auf ein solches regulatives Prinzip verzichteten?

#### Literatur

- Hannah Arendt: Ideologie und Terror. Eine neue Staatsform, in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1974, S. 133-167.  
 Otto Bauer: Die Österreichische Revolution, Wien 1923.  
 Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, in: ders., Werkausgabe, Bd. 4, Wien 1976, S. 49-331.  
 Franz Borkenau: Zur Soziologie des Faschismus, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, 6. Auflage, Königstein/Ts. 1984, S. 156-181.  
 Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 11. Auflage, München 1986.  
 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung in Polen«, Hamburg 1993.  
 Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur (1965), in: Seidel/Jenkner, a. a. O., S. 600-617.  
 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.  
 Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. Aus dem Englischen von Liselotte und Ernst Mickel, 12. Auflage, München 2005.  
 Primo Levi: Ist das ein Mensch?, München 1992.  
 Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1953.

- Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946.
- Hans Mommsen: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 43-72.
- Franz Neumann: Angst und Politik, in: Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, Frankfurt/M. 1967, S. 184-214.
- Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action Francaise, Italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, 5. Auflage, München/Zürich 1979.
- Talcott Parsons: Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied/Berlin 1968.
- Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes (1935/1959), in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt am Main 1982, S. 7-223.
- Nicos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Übersetzung aus dem Französischen und deutsche Bearbeitung v. Hartmut Mehringer, München 1973.
- Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus, 2. Auflage, Kopenhagen/Prag/Zürich 1934.
- Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.
- Richard Saage: Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Sozio-technische Bedingungen, Wiesbaden 2005.
- Richard Saage: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.
- David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln/Berlin 1968.
- Klaus Theweleit: Männerphantasien, 2 Bände, München/Zürich 2005.
- Henry Ashby Turner: Faschismus und Antimodernismus, in: Ders.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Gabriele Neitzert, 2. Auflage, Göttingen 1980, S. 157-182.
- Hans-Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte. Göttingen 1975.



GÜNTER WIRTH

# Über konkrete und evangelische Utopien

Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag

## I

Utopien richten ihre Vorstellungen von einer neuen gerechteren und menschlicheren Gesellschaft im allgemeinen »nach vorn«, in die Zukunft. Von sogenannten Zukunftsromanen unterscheiden sie sich vor allem dadurch, daß es bei deren Zukunft weniger um gesellschaftliche Vorstellungen als um technologische Prozesse geht. Die Krisen der je gegenwärtigen Gesellschaft(en), die Thomas Nipperdey<sup>1</sup> als Ausgangssituation für das Entstehen von Utopien als »Gegenwelt« einer neuen Gesellschaft ansieht, lassen Modellierungen von etwas Neuerem und Gerechterem in die (möglichst nahe) Zukunft projizieren.

Es kann aber durchaus sein, daß bewußt oder spontan ein historischer Roman oder ein sogenannter Staatsroman wie Hallers »Usong« utopischen Charakter annehmen kann, wenn das vom Autor gewählte historische Paradigma in der je gegenwärtig bestehenden gesellschaftlichen Situation, die als im allgemeinen und vordergründig (noch) als stabil angesehen wird, plötzlich (bisher noch verborgen gewesene) krisenhafte Symptome entdecken läßt. So verstand Jochen Klepper seinen 1937 erschienenen »Roman eines Königs« »Der Vater«, als eine »Staatsutopie von der vollendeten Ordnung«,<sup>2</sup> und zwar als einer »realisierten«, d. h. also als eine solche, deren Vorstellungen womöglich in die Zukunft weisen.

Es muß hinzugefügt werden, daß der protestantische Schriftsteller, der sich vor 1933 als religiöser Sozialist verstand, *die* Züge der Ordnung Friedrich Wilhelms I. herausarbeitete, die als »Gegenbild« zum NS-Regime angesehen werden konnten oder mußten. Klepper selber notierte am 13./14. Januar 1934 in sein Tagebuch: »Lieber Himmel, des *Vaters* Regierung ist Kritik, nicht Verherrlichung, des Heutigen.«<sup>3</sup>

## »Fahrplan der Utopien«

Im allgemeinen – wir kommen zum Ausgangspunkt zurück – richten sich die Utopien jedoch gezielt in die Zukunft, und zwar von den krisenhaften Erscheinungen der je eigenen Gegenwart in die Zukunft einer gleichsam als möglich oder sogar als notwendig erachteten neuen, und zwar der *nächsten* neuen gesellschaftlichen Formation. Ernst Bloch hat daher vom »Fahrplan der Utopien«<sup>4</sup> gesprochen, und das bedeutete für ihn: Utopien zeigten sich »in ihrem scheinbaren Bilderbuch- oder Revuecharakter« als ziemlich genau sozial bedingt. »Sie gehorchen einem sozialen Auftrag, einer unterdrückten oder sich erst anbahnenden Tendenz der *bevorstehenden gesellschaftlichen Stufe* (von mir hervorgehoben, G. W.) (...) Sie sprechen betroffen, wenn auch selten konkret ver-

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Letzte Veröffentlichung »Landschaften des Bürgerlichen – Abhandlungen aus 25 Jahren« . Zuletzt in UTOPIE kreativ: Harald Poelchau als Hochschul-lehrer, Heft 212 (Juni 2008).

1 Thomas Nipperdey: Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit, in: Archiv für Kulturgeschichte, Köln-Graz 44 (1962), S. 362. Hier zitiert nach Siegfried Wollgast: Philosophie in Deutschland 1550-1650, Berlin 1993, S. 284. Über »negative Utopien« wie George Orwells »1984« müßte gesondert gehandelt werden, ebenso über die Problematik der Futurologie.

2 Jochen Klepper: Unter dem Schatten Deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1955, S. 291 (hrsg. von Hildegard Klepper). Im Roman hat der protestantische

Schriftsteller durch eine ausführliche Erwähnung des Friedensplans von Abbé Saint-Pierre die Traditionslinie des utopisch konturierter Pazifismus beschworen (Jochen Klepper: *Der Vater*, Berlin 1980, S. 891).

Zu einer solchen Konstellation ist überdies aufschlußreich, was Kurt Kluxen, ein konservativer Historiker, zu Thomas Morus' Utopia mitzuteilen weiß: »Der Gründer von Utopia ist Utopus, der vor 1760 Jahren die große Halbinsel Abraxa vom Festland trennen ließ und dann der künstlichen Insel die Einrichtungen gab, welche der Natur und den optimalen Bedingungen einer menschlichen Gesellschaft entsprachen. Mit dieser Zeit- und Ortsangabe, 1760 und Abraxa, ist der historische und mythologische Bogen geschlagen, welcher dem Thema die humanistische Dignität verleiht.« Hierzu heißt es in einer Anmerkung: »Die Zeitangabe ›vor 1760 Jahren‹, also vom Erscheinungsjahr der Utopia 1516 minus 1760, bringt uns auf das Jahr 244 v. Chr., in welchem Agis IV. von Sparta alle Schulden aufhob und das Land an alle verteilte, aber deswegen umgebracht wurde...« Kurt Kluxen: Thomas Morus und seine »Utopia« als Wegbereiter moderner Sozialanalyse, in: Kurt Kluxen: *England in Europa. Studien zur britischen Geschichte und zur politischen Ideengeschichte der Neuzeit*, Berlin 2003, S. 41 (hrsg. von Frank-Lothar Kroll).

3 Jochen Klepper: *Unter dem Schatten ...*, Berlin 1967, S. 111 (hrsg. von Hildegard Klepper, gekürzt von Günter Wirth und Ingo Zimmermann).

mittelt, vom Bevorstehenden, sie kleiden ihr kommunistisches Endglück in Formen einer jeweils nächsten Tendenz (...) Bei Augustin hat die beginnende Feudalwirtschaft eingewirkt, bei Morus das freie Handelskapital, bei Campanella die absolutistische Manufakturperiode, bei Saint-Simon die neue Industrie. Wenn auch auf jedesmal transparente Weise, mit dem Himmel auf Erden und nichts Geringerem im Sinn. Auch Utopien haben derart ihren Fahrplan, selbst die kühnsten sind in ihrem unmittelbaren Vorwegnahmen an ihn gebunden.« Hinzu komme überdies »Verschiedenheit des jeweiligen sozialen Standorts«. Jedenfalls enthalte auch der noch so private Traum »Tendenz seiner Zeit und der nächsten Zeit in Bildern gefaßt, in allerdings auch hier überschießenden, fast allemal zum ›Ur- und Endzustand‹ überschießenden Bildern«. Schließlich seien die Utopien nicht unabhängig von der Geschichte. Selbst die in den meisten Sozialutopien vorweggenommene Abschaffung des Privateigentums sehe bei Thomas Morus ganz anders aus als bei Robert Owen ... und – von mir hinzugefügt – bei Johann Valentin Andreae mit seiner Sozialutopie von 1619 »Christianopolis«<sup>5</sup>, wobei für sie interessant ist, daß ihr gelehrter, die Rezeptionsgeschichte genau verfolgender und die Utopien in ihren theoretischen Kontexten beherrschender Interpret Siegfried Wollgast »Christianopolis« gewissermaßen außerhalb der »Fahrplan«-Ordnung Blochs ortet: »Andreae erkennt nicht die weltverändernde Rolle des Handelskapitals.«<sup>6</sup> Wahrscheinlich hängt dieses singuläre Moment mit einem Umstand zusammen, hinsichtlich dessen Bewertung Wollgast und ich seit mehr als fünfundzwanzig Jahren kontrovers argumentieren, und auf diesen Umstand wird – meine Position präzisierend – zurückzukommen sein.

### *Lokomotive der Revolution auf dem falschen Gleis?*

Offensichtlich gehörte es vor fünfzig, sechzig Jahren bei uns zur opinio communis, zur bewußt angenommenen oder zur loyal bzw. passiv hingegenommenen, daß mit dem Aufbau einer real sozialistischen Ordnung der Übergang des Sozialismus »von der Utopie zur Wissenschaft« erfolgt sei, der Blochsche Fahrplan hätte also gleichsam die Endstation markiert, und gleichzeitig wäre ein neuer »realer« Fahrplan für eine ganz andere Saison in Kraft getreten, koordiniert mit dem, der zuerst am 7. November 1917 provisorisch angezeigt worden war.

Allerdings war nicht zu verkennen, daß es mit diesem Fahrplan immer wieder Probleme gegeben hatte. Er konnte jedenfalls nicht immer eingehalten werden, und es kam zu häufigen Änderungen, von der Einrichtung ursprünglich gar nicht vorgesehener Nebenstrecken, Anfang der zwanziger Jahre, über die massenweisen Entgleisungen in den dreißiger Jahren und die heroisch zurückgewiesenen Anschläge auf das gesamte Bahnsystem in der ersten Hälfte der vierziger Jahre bis zu späteren subtilen Fahrplandebatten im erweiterten Bahnsystem darüber, ob es sich beim Sozialismus etwa nur um eine kurze Strecke zwischen zwei Stationen handele oder ob er auf dem Wege zur Endstation über verschiedene Stationen führen müsse. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß manche Bahnspezialisten offen oder heimlich die Frage aufwarfen, ob denn die Bedingungen des Territoriums, auf dem der Fahrplan für die Fahrt in den realen Sozialismus – kurzfristig und provisorisch in Kraft getreten – erprobt wurde, überhaupt das angemessene gewesen sei, ob es nicht eigentlich so gewesen wäre, daß die »Lokomo-

tive der Revolution« unter Umgehung einiger wichtiger und entscheidender technologischer Voraussetzungen willkürlich auf die Petrograder Schienen von 1917 geschoben worden sei.

Michael Jäger,<sup>7</sup> ein nachdenklicher Teilnehmer des heutigen theoretischen Diskurses über sozialistische Möglichkeiten, hat hierzu geschrieben, der Sozialismus habe sich in Rußland unter Bedingungen fern derjenigen der »kapitalistischen Metropole« entwickelt, gegen die er sich ja eigentlich richtete, nämlich unter solchen, in denen die wirtschaftliche und staatliche Macht beim Großgrundbesitz lag. »Das war eine Macht, die ökonomisch in Verhältnissen direkter persönlicher Abhängigkeit ausgeübt wurde. Dem entsprach eine zentralistische, militarierte Form der Staatsmacht.« Die Kommunisten hätten zwar die Ökonomie und die Staatsform revolutioniert. »Aber durch die neue Form schimmerte die alte in vielem noch hindurch. Konkurrierende Parteien durfte es nicht geben, dafür waren Geheimdienst und politische Polizei um so mächtiger (...).«

Zunächst hätten die Bolschewiki noch darauf gewartet, daß nach Kriegsende in kapitalistischen Metropolen (zumal hofften sie auf die deutsche) eine revolutionäre Situation entstehe. »Deutschland gebe dann die Linie des kommunistischen Aufbaus vor, und sie würden sich daran orientieren. In dieser Zeit kam niemand auf die Idee, die Sowjetunion (Sowjetrußland) zum weltweiten Modell zu machen. Wenige Jahre später geschah es aber doch (...). So breitete sich eine in der Sowjetunion entstandene Denkform auch unter westlichen Kommunisten aus. Man kann es exemplarisch anhand des so genannten Demokratischen Zentralismus erläutern (...).«

### *Rückweg von der Wissenschaft zur Utopie*

Seit fast zwanzig Jahren ist offensichtlich, daß gerade auch der Demokratische Zentralismus (»die Organisationsform des Staates und der Partei, in der die Führung die Basis kontrollierte statt umgekehrt«) obsolet war, daß unser Credo »von der Utopie zur Wissenschaft« brüchig geworden war. In der Vorlesung zur Eröffnung des Studienjahres 1989/90 an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin am 18. September 1989 habe ich am Schluß ausgeführt: »Wenn die Machtfrage gelöst ist, könnten ja auch tatsächlich alle in Vollmacht so handeln: im Alltag Leistungen in der produktiven und schöpferischen Arbeit für das Ganze gemäß den Konsequenzen des wissenschaftlichen Sozialismus erbringen und in dieses Ganze die Werte, Ideale und Normen einer menschlichen Gemeinschaft einbringen, die heute vielleicht Züge des Utopischen aufweist, morgen aber – wenn wir nur wollen, wenn wir nur *gemeinsam* wollen – Wirklichkeit sein kann. Es könnte dies weiter bedeuten: der von der Utopie zur Wissenschaft gewordene Sozialismus, der seinerseits durch gesellschaftliche Kräfte, durch Menschen, unter bestimmten historischen Umständen zur Wirklichkeit, zur sozialen Praxis geworden ist, erfordert in eben der Praxis, die es mit Menschen als gesellschaftlich, als von der Wissenschaft definierten Wesen und die es gleichzeitig mit Menschen als einzelnen, als Individualitäten zu tun hat, einen Rückgriff auf das Utopische, der zum sittlichen und geistigen Stimulator des wissenschaftlichen Sozialismus geworden war.« In diesem Zusammenhang zitierte ich aus einem im Sommer 1989 im »Sonntag«, der Wochenzeitung des Kulturbundes, er-

4 Ernst Bloch, Freiheit und Ordnung. Abriß der Sozialutopien, (Reclam) Leipzig 1985, S. 15 ff.

5 Johann Valentin Andree: Christianopolis. Utopie eines christlichen Staates aus dem Jahre 1619. Mit einem Nachwort von Günter Wirth, Leipzig 1977. Im folgenden werden Zitate hieraus mit Angabe der Seiten oder der (kurzen) Kapitel im Text ausgewiesen.

6 Siegfried Wollgast: A. a. O., S. 288. Der zitierte Satz steht in Klammern.

7 Michael Jäger: Kommunismus ohne Geheimdienst?, in: Freitag, Berlin, 13/2008 (28. März 2008), S. 13.

8 Veröffentlicht in der »Neuen Zeit« vom 18. Oktober 1989 unter der Überschrift »Menschenbild ist bestimmt von je eigener Weltanschauung«.

9 Ich denke hier vor allem an seinerzeit stark beachtete und viel zitierte Schriften von Joachim Fest: *Der zerstörte Traum/Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin 1991 (in einem Jahr drei Auflagen!), und: *Nach den Utopien. Eine Betrachtung zur Zeit*, Köln 1992. In meinem Exemplar von Andreaes »Christianopolis« fand ich ein undatiertes Werbematerial des »Spiegel«, zweifellos aus den frühen neunziger Jahren, mit einem Text von Rudolf Augstein: »Ende einer Utopie«. Dort heißt es mit Blick auf den Zerfall der UdSSR, auf das Ende der »zweiten Weltmacht«: »Die ›Linken‹ bei uns und anderswo, die angesichts des Scheiterns dieser einzigen Utopie, die umzusetzen niemals versucht wurde, verstummt sind, müssen sich trösten. Es ist ja gar nicht gesagt, daß die Menschheit, angeführt von den USA, von China oder von Japan, nicht gleichwohl untergeht. Nur wird das dann nicht an den Utopien von Plato, Rousseau, Robespierre, Marx & Co. gelegen haben. Vielleicht ist der Mensch lernfähig, vielleicht ist er es nicht. Vielleicht wird er untergehen, ohne es zu merken. Aber den ›neuen Menschen‹, den wir uns angeschminkt haben, müssen wir uns wieder abschminken. Er existiert im Reich der Geister, die noch als Tote über den Katalaunischen Feldern in den Lüften miteinander fochten. Und mithin heißt das: Es wird ihn nicht geben.«

schienenen Artikel von Herbert Hörz: »Mein Problem ist die Trennung von Gegenwart und Zukunft, die dann vorliegt, wenn unser Zukunftsbild unscharf wird und die Ideale unseres Handelns als schon verwirklicht oder als für uns nicht erreichbar gelten.«<sup>8</sup>

Spätestens im Sommer 1989 konnte man nicht nur extra muros von »Dissidenten«, sondern auch intra muros hören, es sei jetzt wohl der Rückweg von der Wissenschaft zur Utopie und einiges andere nötig, wenn denn für den Sozialismus noch eine reale Zukunft möglich sei. Für diesen Rückweg ergab sich eine Chance offensichtlich allein auf dem bis dahin verketzerten »Dritten Weg« – eine Chance, über deren Aussichten einige Wochen debattiert und für die am 4. November 1989 in Berlin in großem Stil demonstriert wurde. Dieser Rückweg des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie über den Dritten Weg endete am 9. November 1989 – er wurde buchstäblich versperrt durch die Steine der gestürzten Mauer. Ohnehin war diese utopische Vorstellung brüchig genug gewesen, ohne konsistente theoretische Gestalt, und offensichtlich konnte sie mit keiner sozialen und vor allem keiner historischen »Tendenz« (Bloch) rechnen. Man hatte eher den Eindruck, daß die ehemaligen »Sieger der Geschichte« das Gleissystem notdürftig so verlegen wollten, daß es die neuen, schon feststehenden »Sieger der Geschichte« nicht ohne weiteres übernehmen und es triumphal mit ihren Lokomotiven befahren könnten. Doch dies war tatsächlich utopisch – utopisch in dem Sinne, wie der Begriff alltäglich gebraucht wird, also ohne jegliche Chance auf Realisierung.

Allerdings ist sehr aufschlußreich und nur scheinbar paradox, daß es Theoretiker dieser neuen Sieger der Geschichte gab, die nach der vernichtenden Niederlage des realen Sozialismus dessen authentische wissenschaftliche Theorie und seine neu erwachenden und freilich vagen utopistischen Vorstellungen fürchteten und daher schon früh dagegen Front machten. Offenbar in der Sorge, es könne sich dabei um ein Virus handeln, das sich womöglich epidemisch auswirkt.<sup>9</sup> Ursache hierfür war zumal die diese Sieger der Geschichte irritierende Vorstellung, daß sich die meisten der von ihnen zuvor hofierten Dissidenten als Verfechter solcher Vorstellungen erwiesen, und dies auf unterschiedlichen Ebenen. *Die Ebene*, die seinerzeit zur Szene relevanter Auseinandersetzungen wurde, war die staatsrechtliche – und das bedeutete: Sollte im Prozeß der Wiedervereinigung, für den beide, die früheren und die jetzigen Sieger, freilich mit unterschiedlichen Motiven und Vorstellungen eintraten, die DDR mit den (endlich wieder) neu gebildeten Ländern als Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland »beitreten«, oder sollte eine Verfassung ausgearbeitet werden, die dann für die alten wie die neuen Bundesländer gleichzeitig neu in Geltung träte (dies auch mit der Intention, manche geeignete Position aus den DDR-Verfassungen in je geeigneter Weise zu berücksichtigen). Es war vor allem der bündnisgrüne Volkskammer-, spätere Bundestags- und schließlich Europaabgeordnete Wolfgang Ullmann, der bedeutende Kirchenhistoriker und ebenso nonkonformistische wie loyale Intellektuelle, der in Memoranden, Reden und Aufsätzen militant für diese Linie eintrat, auch dann noch, als dieser Zug längst abgefahren war.

*Neue weltpolitische Konstellationen*

Für die Theoretiker der neuen Sieger der Geschichte war durchaus klar (und daher ihre Ausfälle gegen die Utopisten), daß trotz allem, trotz ihres Triumphes auch für sie, mehr oder weniger bald, eine Wende bevorstand, und zwar angesichts der Herausforderungen durch den Zusammenfall von Wiedervereinigung mit dem in ein neues Stadium eingetretenen Prozeß der Globalisierung – und dies in doppelter Perspektive: einmal in der der Weltwirtschaft in Dimensionen, die Lenins Imperialismus-Analysen, an die man sich bei der täglichen Lektüre der Zeitung immer von neuem erinnert, beinahe als harmlose Erzählungen erscheinen lassen, und in der einer neuen politischen Weltordnung, die nicht mehr vom polarisierenden Gegensatz zweier Zentralmächte mit je ihren Verbündeten bestimmt wurde, und merkwürdigerweise war es genau dieses Gegeneinander, das im Kalten Krieg letztlich doch eine gewisse weltpolitische Stabilität, ein »atomares Patt« gesichert hatte. Die neue, noch im Werden befindliche Weltordnung wird davon geprägt, daß sich die eine dieser Zentralmächte (selbst unter Ignorierung der UNO) als »letzte Instanz« auszurufen versucht, ohne daß sie in der Lage (gewesen) wäre, den Ausbruch (asymmetrischer) lokaler Kriege nicht mehr gebändigter kleiner Mächte verhindern zu können, ja, schließlich begann sie selbst, herausgefordert von dem globale Dimensionen annehmenden Terrorismus, sich in kriegerische Abenteuer (»humanitäre Interventionen«) zu stürzen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß inzwischen sogenannte mittlere Mächte (China, Indien, Brasilien) ihre Ansprüche anmelden, und die vor knapp zwanzig Jahren aus dem Kurs geratene »andere« Zentralmacht hat neuerlich so großen Einfluß gewonnen, daß man an ihr ungestraft kaum vorbeikommt.

Im übrigen wird man bei der Observierung der prägenden Strömungen der Weltpolitik nicht übersehen dürfen, daß in der Dimension geistiger – ideologischer, religiöser – Auseinandersetzungen der das 20. Jahrhundert beherrschende Kampf zwischen der sozialistisch-kommunistischen Ideologie und polarisierenden geistigen Tendenzen, zuletzt dem Pluralismus der atlantischen Welt, verschwunden war bzw. an Bedeutung verlor zugunsten des Konflikts (des »clash«) von europäisch-abendländischen Werten und, um nur dieses Stichwort ganz pauschal zu nennen, dem Islamismus; letzterer wurde angesichts der neu entstandenen bzw. sich jetzt ungehindert ausbreitenden Konflikte im Nahen Osten zu einer die Weltpolitik nachhaltig beeinflussenden Macht.

*Blick »nach vorn«*

Wenn im Blick auf diese Konstellationen die Frage sich anbietet, ob in ihnen utopische, zumal utopisch-sozialistische Vorstellungen (jenseits der »übrig« gebliebenen sozialistischen Staaten wie China, Vietnam und Kuba sowie jenseits des lateinamerikanischen »bolivarischen« Sozialismus) ihren Sitz im Leben hätten, würde sich die zusätzliche Frage ergeben, ob solche Vorstellungen entsprechend unserer Ausgangsfrage »nach vorn« oder »nach hinten« gerichtet sein könnten.

Nach vorn? Blicken wir auf Blochs Fahrplan: Wohin sollten sich Utopien heute tendenziell richten? Offenbar fehlen Orientierungspunkte für etwas völlig neues »Nächstes«, für eine neue gesellschaftliche Formation. Angesichts der Despotie des heutigen Finanzmarkt-

10 Hier folge ich der Konzeption eines Workshops von Helle Panke im April 2008. In den letzten Jahren wurden Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen, zumal der Globalisierung, von den Apologeten des Neoliberalismus als utopisch hingestellt. In einer im Juli 2008 vom Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber vorgestellten Denkschrift der Kammer für soziale Ordnung der EKD über »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« haben wir, wenn wir den ausführlichen Bericht in der FAZ vom 9. Juli 2008 (»Heuschrecke als Gottesanbeterin« – !) folgen, das genaue Gegenteil vor uns, nämlich ein Dokument des Neoliberalismus. Das gilt vor allem für die »evangelische« Position zu den Konzernen und Hedgefonds. So liest man u. a. in dem Bericht: »Ohne das Beispiel Nokia zu nennen, warnt die EKD ... vor pauschalen Verurteilungen im Falle von Arbeitsplatzabbau bei gleichzeitigem hohen Unternehmensgewinn: Hohe Renditen bedeuten nicht automatisch, dass ein Betrieb auch Arbeitsplätze schaffen könne.« Man wundert sich daher auch nicht, wenn die von dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gerd Wagner ausgearbeitete Denkschrift die immensen Managergehälter verteidigt. Man könne aus »Gerechtigkeitsgründen« wenig »gegen hohe und höchste Gehälter« sagen. Usw.

11 Roger Behrens: Es geht ums Ganze, in: Freitag, Berlin, 13/2008 (28. März 2008), S. 19.

Kapitalismus mit seinen rasch sprichwörtlich gewordenen »Heuschrecken«, angesichts der Zerklüftung der Arbeitswelt, unübersehbar in der Herausbildung einer neuen Klasse, der des Prekariats, der neuen industriellen Reservearmee – also angesichts solcher sozialer Verhältnisse<sup>10</sup> wird man eher zur Auffassung gelangen, daß »nach vorn« eigentlich nur (jedenfalls derzeit) unüberwindbare Hindernisse in Sicht sind, sich keine neuen Perspektiven eröffnen. Auch die von dem schwedischen Soziologen Gösta-Esping Andersen 1990 beschriebenen Modelle eines nordisch-sozialdemokratischen, eines kontinental europäisch-konservativen und eines angelsächsischen liberalen Wohlfahrtsstaats laden nicht unbedingt zu utopischer Phantasie ein. Es könnte dies von jenen zuvor von uns aufgerufenen Ideologen der neuen Sieger der Geschichte als »Ende der Geschichte« angesehen werden, und wenn die Geschichte am Ende ist, dann bedarf es eben auch keiner Utopien mehr.

Offenbar kann dies aber im Sinne einer immer irgendwie gegenwärtigen Vision von einem menschenwürdigeren und sozial gerechteren Leben doch wohl nicht das letzte Wort sein, und tatsächlich ist es für viele auch nicht das letzte Wort. So blicken sie womöglich »nach hinten«. Aber wie sie »nach hinten« blicken – darauf kommt es entscheidend an; ob nostalgisch, also schlicht restaurativ, oder unter neuen und kritischen Aspekten, wie es etwa Roger Behrens vorgemacht hat.

#### »Konkrete Utopie«

Dieser junge Lüneburger Gesellschaftswissenschaftler hat nämlich in einem konzis konzipierten Essay die radikale Frage nach den heutigen sozialen Verhältnissen, und er hat sie radikal gestellt. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß man dann, wenn erreicht werden soll, daß »die Menschen überhaupt Menschen werden«, eine »konkrete Utopie einer Welt« entwickeln müsse, »für die es noch keinen Namen gibt, sozusagen ein(en) anonyme(n) Neokommunismus«. Und er fügte hinzu: »Das ist gleichermaßen eine theoretische wie praktische Aufgabe an die radikale Linke: Sich den Sachzwängen zu widersetzen und die Utopie direkt in die sozialen Auseinandersetzungen zu bringen: als Frage, beziehungsweise als Problem, und nicht als fertig ausgepinseltes Bild.«<sup>11</sup>

Das sind natürlich noch recht vage Vorstellungen, aber damit ist immerhin ein U-Topos im Diskurs angesagt. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist ohnehin, alle bis 1989 als gültig, als vom Diktum: »Roma« locuta, causa finita normierten Denkformen zu überwinden, vor allem (so Michael Jäger in dem zitierten Aufsatz) die vom »sozialistischen Weg mit antidemokratischen Methoden«, die er etwa in China und in Kuba angewendet sieht, und die vom »Demokratischen Zentralismus« (den Lothar de Maizière 1989/90 wiederholt als den genetischen Fehler des Realsozialismus in der DDR bezeichnet hatte). Als eine andere solche Denkform wäre die der Ignorierung des Einzelnen in seiner Individualität anzuführen, die in der Literatur wiederholt zur Sprache gebracht worden ist, besonders eindrucksvoll bei Peter Weiss.

Wollten wir versuchen, über die bisher mehr theoretischen Erwägungen hinaus zu überlegen, wie denn eine solche »konkrete Utopie« im Sinne von Behrens ausgestaltet werden könnte (Blochs Fahrplan haben wir ja rebus sic stantibus beiseite gelegt), dann könnte man auf drei Elemente stoßen, die sozusagen als Material für den Bau der noch offenen

Trassen zum noch nicht genau markierten utopischen Zielort im Blick sein könnten.

### *Mögliche Bausteine einer »konkreten Utopie«*

Zum *einen* könnte es darum gehen, Errungenschaften aus der DDR (nehmen wir ruhig einmal diesen Begriff, den ich wie den der Geborgenheit seinerzeit als zu pathetisch möglichst übergangen hatte und der heute bei vielen einen ganz anderen Klang hat) aufzugreifen – solche nämlich, die nach ihrer ursprünglichen Diskreditierung in der Zeit der Wende und danach »posthum«, natürlich in je etwas veränderter Gestalt, eine gewisse Renaissance erfahren haben. Ich nenne nur Polikliniken (= Ärztehäuser), Schulorganisation (jenseits der Indoktrination), die in Finnland zu Pisa-Erfolgen geführt hat, damit verbunden Abitur in acht Jahren, Ganztagschule, Kitas, umfassenderer und erleichterter Zugang zu kulturellen Veranstaltungen, vor allem im Theater. Daß auch »Bausteine« aus der realen Gegenwart der kapitalistischen Gesellschaft, durch die die Trassen ja laufen müssen, herangezogen werden, ist ohnehin buchstäblich naheliegend.

Zum *zweiten* wäre es von großer Bedeutung, auf die theoretischen Diskurse und die je erst eingeleiteten Reformversuche in der Perestrojka der UdSSR, zuvor im »Prager Frühling« von 1968<sup>12</sup> sowie in Polen und Ungarn bereits ab Sommer 1989 zurückzukommen und deren Aspekte und Erfahrungen gezielt auszuwerten.

Schließlich könnte *drittens* zu solchen Baumaterialien manches gehören, was in früheren Utopien an Vorstellungen entwickelt worden ist und die ins heutige konkrete utopische Denken, ins ganz Offene hinein, integriert werden könnten.

### *Reservoir des Utopischen*

Trassenführung – diese Metapher würde übersetzt darauf hindeuten, daß sich solche utopischen Vorstellungen eigentlich doch schon auf die Strukturierung konzentrieren müßten. Aber wie die Dinge angesichts der Ausdifferenzierung nicht nur der Herrschaftsverhältnisse (Produktionsverhältnisse) im heutigen Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung und angesichts der höchstentwickelten und sich dennoch immer weiter entwickelnden Produktivkräfte samt der davon beeinflussten (euphemistisch so genannten) Arbeitswelt wird man kaum unmittelbar auf prinzipielle Vorstellungen, geschweige denn Modellierungen aus den klassischen Utopien und auch nicht aus den schon vom Frühkapitalismus beeinflussten Utopien des 18./19. Jahrhunderts zurückgreifen können.

Was man allerdings aus dem Reservoir früherer Utopien aufnehmen kann in heutiges engagiertes Nachdenken über die Perspektiven einer »konkreten Utopie«, das sind je unterschiedliche Modellierungen gesellschaftlicher Sachverhalte, die seinerzeit die Grenzen der vom »Fahrplan« vorgesehenen utopischen Zielvorstellungen ihrerseits transzendiert hatten, also Sachverhalte etwa aus dem Umfeld von Erziehung, überhaupt Bildung, Familie, Generationengerechtigkeit usw. Überdies könnten aus den überlieferten utopischen Materialien solche Vorstellungen berücksichtigt werden, die auf den ersten Blick ohne gesellschaftliche Relevanz zu sein scheinen, weil sie »nur« den Einzelnen betreffen. Wir hatten allerdings schon bemerkt, daß gerade damit ein

12 »Der Sozialismus, wie er in Osteuropa seit 1917 existierte, hat sich durch seine Unfähigkeit zur Selbstkorrektur und seine Opferzahlen selbst diskreditiert. Wird heute nach Alternativen gesucht, kann es nicht darum gehen, das damalige Programm der Reformsozialisten wieder aufzunehmen. Die sozialen und freiheitlichen Utopien der Gegenwart müssen eine andere Gestalt gewinnen, sie können nicht einfach in die Kleider des Jahres 1968 schlüpfen. Aber der ›Prager Frühling‹ bleibt ein Teil der Geschichte Europas: er ist eine wichtige europäische Erfahrung.« Dieter Segert: Der Riß durch die Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 20/2008 (13. Mai 2008), S. 19.

Problem aufgerufen ist, das für das Scheitern des Realsozialismus als mitentscheidend anzusehen war, die Ignorierung des Individuums in seiner nur ihm eigenen Würde, der »Kategorie des Einzelnen« (Sören Kierkegaard).

»Kategorie des Einzelnen«

Wie gegenwärtig ein solcher Aspekt für unsere Erörterungen ist, kann ein je genauer Blick in zeitgenössische Debatten erweisen; man muß nur genau hinsehen. So war etwa auffällig, daß der bedeutende Theatermann Thomas Langhoff in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* am 5./6. April 2008 auf eine entsprechende Frage bemerkte:

»Wenn jeder Deutsche nur einen Euro abgeben würde, dann könnte die Hungersnot in Äthiopien endgültig beseitigt werden. Aber wir tun es nicht. Ein lächerliches Beispiel, aber der Mensch tut so etwas nicht. Vielleicht ist er als solches eine Fehlkonstruktion, oder der Kapitalismus wird *irgendwann* (von mir hervorgehoben. G. W.) von einer besseren Gesellschaftsordnung überholt und abgelöst. So auch meine Hoffnung, durch und durch.« Aus solcher Sicht war die Antwort, ob »wir in einer Untergangsgesellschaft leben«, kaum die vom Fragesteller erwartete: »Ja natürlich. Vielleicht noch die nächsten fünfhundert Jahre.«

An diesen eher aphoristischen Interview-Bemerkungen Langhoffs, die noch dadurch verstärkt wurden, daß er das ersehnte einheitliche Deutschland nicht in der Übernahme des einen durch das andere erwünscht hätte, ist zweierlei interessant; einmal der lange Zeitraum der »Untergangsgesellschaft« (die 500 ist nicht wörtlich zu nehmen) und zum anderen die Beachtung der Kategorie des Einzelnen.

Letzteres erhält zusätzliche Relevanz; wenn man beachtet, daß gerade aus dem Umfeld jener geistigen Kräfte, die ursprünglich als Widerpart gegen den Sozialismus erschienen, sozusagen als der weltanschauliche Erbfeind, im Stadium seines Scheiterns in dieser realen Gestalt (»in den Farben der DDR«) unerwartete Impulse kamen. Ich meine geistige Kräfte aus dem Umfeld des Christentums, zumal des Protestantismus, für die die Kategorie des Einzelnen zentrale Bedeutung besitzt.

Es könnte unter diesen Umständen von einer gewissen Bedeutung sein, eine Utopie zu observieren, die Potential bereitgestellt hat, das für unsere Debatten hilfreich sein kann, sowohl in gesellschaftlicher Hinsicht wie im Blick auf die Einzelnen, und dies nicht zufällig, handelt es sich doch, wie ich nur immer wieder betonen kann, um eine *evangelische Utopie*, nämlich um Johann Valentin Andreaes »Christianopolis.«<sup>13</sup>

## II

### *Die Christenstadt und ihr Feind*

Wir hatten gesehen, daß heute utopische Vorstellungen die Gegenfront einer gesellschaftlichen Ordnung, die von der »Despotie des Kapitals« (Karl Marx) dominiert ist, so daß selbst Regierungen mit solider parlamentarischer Mehrheit und durchaus überlegenswerten Konzeptionen (welcher Richtung auch immer) ihr klar unterworfen sind, kaum transzendieren könnten, die utopische Vision einer neuen gesellschaftlichen Ordnung also normalerweise zunächst ziemlich vage bleiben müßte.

13 Siegfried Wollgast hat in den Anmerkungen zum Andreae-Kapitel in seiner Philosophie-Geschichte von 1550 bis 1650 die Sekundärliteratur beispielhaft und sorgfältig aufgearbeitet, zumal auch die kirchengeschichtliche (etwa von Martin Brecht). Weniger hat er sich für die Reflexe auf Andreae in der DDR-Wissenschaft interessiert, auf die hinzuweisen ich versucht habe (insbesondere in der Germanistik bei meinem Lehrer Joachim G. Boeckh und in der Pädagogik bei Robert Alt).



Um nur ein Beispiel zu nennen: In einem Diskussionspapier der KP Böhmens und Mährens »Sozialismus für das 21. Jahrhundert« wird bei der »Prognostizierung der künftigen Gesellschaft« von den »Klassikern« des Marxismus, der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und den Erfahrungen »während des Aufbaus der ersten Form des Sozialismus« ausgegangen. Diese »erste Form« habe positive Seiten, aber »auch« Mängel gehabt (von 1968 ist aber nicht die Rede!). Die zentrale Aussage lautet: »In den Eigentumsbeziehungen wird die Ausbeutung überwunden und die Vergesellschaftung der Arbeit vertieft. Die Marktbeziehungen, die ökonomische Leitungstätigkeit und Elemente der Wirtschaftsdemokratie verhelfen dazu, die Unvollkommenheit der Vergesellschaftung und die für das frühere System charakteristische Bürokratisierung zu überwinden. Die verschiedenen Formen der Produktionstätigkeit und der Bereitstellung von Leistungen machen differenzierte Eigentumsformen, deren Pluralität, erforderlich. Die Herausbildung von gesellschaftlichem Eigentum bedeutet nicht Verstaatlichung, sondern die Veränderung des gesamten Systems ökonomischer Beziehungen, die Elemente der planmäßigen Regulierung, der Steuerpolitik, der Handelspolitik usw. beinhalten, in deren Gefolge sich kapitalistisches Eigentum in staatliches und genossenschaftliches Eigentum, in Eigentum von Beschäftigten, Eigentum von Regionen und Gemeindeeigentum verwandeln, bei dem die Eigentümerrechte der Beschäftigten als Miteigentümer immer weiter zunehmen. Alle Veränderungen werden in die Entstehung großer übernationaler Komplexe einmünden, die in der Lage sind, kapitalistische Großunternehmen aufzukaufen und im Wettbewerb auch zu überwinden. Neben solchen Komplexen werden auch in Privateigentum befindliche Mittel- und Kleinbetriebe tätig sein, die sich dem freien Wettbewerb stellen. Die sozialistische Wirtschaft wird eine geplante Marktwirtschaft sein, in der sich der Plan nicht etwa über administrative Direktiven, sondern mit Hilfe ökonomischer Hebel durchsetzt, wobei die Wachstumsindikatoren durch Indikatoren des Wachstums der Lebensqualität ersetzt werden.«<sup>14</sup> Das ist, wie mir scheint, eine Utopie, aber keine konkrete ... Allerdings war die mehr oder weniger konturierte Orientierung von Utopien aus unterschiedlichen Zeiten auf die Gegenfront nicht allzu neu, sie bot vielmehr immer den Ausgangsort für die Lafette, von der aus die »Kanonenkugeln« utopischer Visionen in die »blühende Landschaft« der Zukunft geschossen wurden.

Dies gilt zumal auch für Andreaes Utopie, der Siegfried Wollgast so große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die Einleitung dieser Schrift ist im Grunde nichts weiter als eine Anklageschrift gegen »die große und tiefe Finsternis der Papstherrschaft« (S. 108). Denn für Andreae war das Papsttum der »Antichrist, (der) die Kirche Christi mit schimpflichen Belastungen niedergedrückt hielt« (S. 5).

Andreae charakterisierte von hier aus die Reformation mit dem »unbesiegte(n) Held(en), unser(n) Doktor Luther« (S. 6), dahingehend, daß diese zunächst »mit Gottes Wort« (S. 6) die Kirche Christi von jenen schimpflichen Belastungen (S. 5) zu befreien versucht hatte, um dann, als er »mit Ergebenheit« (S. 6) nichts erreicht hatte, »seinen energischen Angriff auf die Engelsburg«, als Inbegriff der weltlichen Macht der Kirche, zu beginnen. Wenn »uns« auf diese Weise »die reinere Lehre aufgegangen« war und »unser gesamtes Staatswesen« danach

14 RotFuchs, Berlin, März 2008, S. 18.

15 Mit H. H. Krummacher bezeichnet Siegfried Wollgast (a. a. O., S. 865) Johann Arndt (1555-1621), Johann Gerhard (1582-1637) und Martin Moller (1547-1606) als Vertreter der »lutherischen Reformorthodoxie«, also als Theologen, die streng lutherische Positionen einnahmen, aber gleichzeitig offen waren für neue wissenschaftliche Erkenntnisse und für den philosophischen Diskurs, die sie manchen – auch untereinander – als Häretiker erscheinen ließen oder (wie Moller, der als Görlitzer Stadtpfarrer auch mit Jakob Böhme in Kontakt war) als »Kryptocalvinisten«. Von anderen kirchengeschichtlichen Schulen erhielten sie u.a. das Etikett »protestantische Mystik«. Nach Johann Gerhard war zu DDR-Zeiten ein kirchliches Institut in Potsdam benannt, das damit beschäftigt war, die weltanschaulichen und philosophischen Debatten in der DDR – zumal im Marxismus – zu beobachten und in Studienmaterialien zusammenzufassen. Nach Bildung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR nahm diese Aufgaben dessen Studienabteilung wahr. Das Hauptwerk Johann Arndts »Vom wahren Christentum« hatte die Evangelische Verlagsanstalt in einer Auswahl vorgelegt. Bei Koehler & Amelang, dem Leipziger CDU-Verlag, kam »Christianopolis« heraus, und schon 1975 war dort von Renate Riemeck eine Auswahl aus Gottfried Arnolds »Unparteiischer Kirchen- und Ketzerhistorie« erschienen – von Arnold, der als wesentlich Jüngerer (1666-1714) doch irgendwie zu den drei großen protestantischen A des 17. Jahrhunderts zählt: Andreae, Arndt, Arnold. So

»ausgerichtet« (S. 6) wurde, dann mußte Andreae allerdings klar werden, daß damit noch nicht der letzte Schritt zur Befreiung der Kirche Christi gegangen worden sei, ja, daß mit solcher »Ausrichtung« des Staatswesens gleichsam eine protestantische Kopie der päpstlichen Macht zu entstehen drohte. Es stehe alldem die von manchen Gruppen, auch von einer »gewissen Bruderschaft« (S. 10), die freilich »eine geheime ist und in ihrem Hochmut sich für allwissend hält, aber durch einen völlig zusammengeflackten Schild und allerlei Albernheiten einen schlechten Eindruck macht« (S. 11), heraufgerufene »Hoffnung auf eine Besserung der verderbten Zustände und die Verwirklichung der Nachfolge Christi« (S. 10) entgegen. In anderen Worten: Es gehe um die Weiterführung des reformatorischen Werks, wofür er die Namen von Johann Gerhard, Johann Arndt (Arnd) und Martin Moller<sup>15</sup> einsehen sieht (S. 7), letztlich für das, was für ihn »Generalreformation« hieß, also die Erneuerung auch der gesellschaftlichen Verhältnisse.

### *Die Staatsräson der Christenstadt*

Wenn Andreae – mit den Bemerkungen über die »geheime Bruderschaft« seine »Rosenkreuzer«-Periode beendend und transzendierend – in Christianopolis ein Modell solcher Generalreformation schafft, so kommt es in unserer Untersuchung vor allem auf das an, was er an prinzipiellen Postulaten allseitig zur Wirkung zu bringen versucht.

Nehmen wir das wichtige Kapitel »Die Staatswissenschaft« (S. 74). Dort ist die Rede von der subtilen Struktur, die die »Staatskunst« zur »Lenkung der Menschen und zur Erhaltung des Volkes« habe, letztlich also in der Staatsverfassung. »In ihr hat man die drei wichtigsten Güter der Menschheit verankert: die Gleichheit, die Friedensliebe und die Verachtung des Reichtums.«

Allein schon diese knappen Bestimmungen zur Staatsverfassung und Staatsräson von Christianopolis können verdeutlichen, welcher Kontrast sich zwischen der (sagen wir es mit unseren heutigen Begriffen so) Verfassungswirklichkeit von Christianopolis und den zeitgenössischen realen Verhältnissen um und nach 1619 ergibt.

### *1618, 1648 und die Folgen*

1619 – d. h. am Anfang des dann so genannten Dreißigjährigen Kriegs, der als Religionskampf beginnt und immer auch diesen Charakter behält, als er – unermeßliche menschliche Opfer und materielle Trümmer verursachend – zu grundlegenden Veränderungen im Reich und überhaupt im europäischen Staatensystem (Böhmisch-Pfälzer Krieg, Dänisch-Niedersächsischer Krieg, Schwedischer Krieg, Französisch-Schwedischer Krieg) führt. Mit 1648 setzt der Prozeß der Erosion des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ein, neue Großmächte melden ihre Ansprüche an, ältere verstärken sie (Frankreich, Schweden, Niederlande), die hegemonialen Tendenzen Habsburgs werden eingedämmt. Territoriale Veränderungen sind vordergründiger Ausdruck hierfür.

Wenn auch der Augsburger Religionsfrieden von 1555 (mit Einschluß der Reformierten) bestätigt wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß religiöse Toleranz nur mehr schlecht als recht den sich langsam neu herausbildenden säkularisierten Staat als Signatur einer völlig neuen geistigen, weltanschaulichen Entwicklung in Europa verschleiern kann.

Vor diesem hier notwendigerweise nur knapp skizzierten historischen Hintergrund wird das utopische Potential in Andreaes »Christianopolis« von der idealen Beschreibung dessen geprägt, was ein christlicher Staat, eine christliche Gesellschaft eigentlich sein müßte und was die kriegerische Konfrontation der Konfessionen im Dreißigjährigen Krieg ebenso dementieren sollte wie die Ouvertüre des Säkularisierungsprozesses.

Es ist dieser Säkularisierungsprozeß, der damals seinen zwar langen, aber offenbar unaufhaltsamen Lauf im geistigen Leben aufnahm, sichtbar in der vielgestaltigen Ausprägung der Aufklärung, in den weltgeschichtlichen Zäsuren der Französischen Revolution und des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs und in den grundlegenden Veränderungen in den Klassenverhältnissen, die ihrerseits von der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte befördert wurden.

### *Abrechnung mit der alten Welt*

Von hier aus läßt sich Andreaes Utopie der Christenstadt nicht nur auf die realen geschichtlichen Prozesse und auf die jetzt neu einsetzenden beziehen. Man wird sie vielmehr als Abrechnung mit der alten Welt, aber auch als Warnung vor den von ihm befürchteten Folgen des 1618 begonnenen Kriegs aufnehmen – vor den Folgen in allen gesellschaftlichen Bereichen und im geistigen Leben.

Oberflächlich könnte der Eindruck entstehen, daß Andreaes Blick rückwärts gerichtet sei; seine Utopie womöglich Anleihen in der christlichen Gesellschaft der ausklingenden Feudalzeit suche. Dies wäre allerdings ein trügerischer Eindruck, denn in der Tat ist die Blickrichtung Andreaes nach »vorn«, wenn auch ohne die Möglichkeit, das »vorn« vom »Fahrplan der Utopien« genau ablesen zu können. Es sind in meiner Sicht drei Aspekte, die seinen Blick nach vorn bestätigen.

Der *erste* Aspekt hat genau mit dem zu tun, wovon hier an der Stelle gehandelt wurde, daß es Situationen gibt und geben kann, in denen das utopische »vorn« noch eine absolute Terra incognita sei und es darauf ankäme, erst einmal die Gegenfront des allerdings ausgemachten Hauptfeindes zu markieren. Und das heißt im Fall Andreae: Im Mittelalter (im sogenannte christlichen Mittelalter) und auch noch in den Übergangszeiten der frühbürgerlichen Revolution war das Christentum, war die Kirche in je konfessioneller Gestalt nicht nur als religiöse Institution konstituiert, sie waren vielmehr prägende, ja herrschende gesellschaftliche Kräfte, wiesen Signaturen staatlicher Autorität auf und waren von womöglich entscheidendem Einfluß auf die unmittelbare Gestaltung der Gesellschaft und des Reichs.

### *Andreaes Utopie und ihr Platz in der Geschichte*

Wenn Andreae feststellen muß, daß in dieser Gesellschaft, in der vorfindlichen »christlichen Welt« im Grunde nichts mehr stimmt und vor allem nichts mehr übereinstimmt mit den (im Kapitel 74 präzisierten) Grundforderungen des Christentums, dann ist das Urteil über diese Kirche, auch die lutherische, die nicht mehr die Kirche Luthers ist, gefällt, und die geistig-politische Situation in der vorfindlichen Welt erscheint nun erst recht zur »Generalreformation« herauszufordern.

Wir wissen, daß Andreaes Bilanz und Warnung ungehört verhallen, aber es ist dieses Schicksal – nicht nur seiner – Utopie keinesfalls An-

kam dies übrigens in Boeckhs Vorlesungen an der Humboldt-Universität 1951/52 heraus – von Boeckh, der ja in den zwanziger Jahren »Chef-ideologe« des Kögener Bundes war, eines zugleich mystischen und linken Zweigs der Jugendbewegung (u. a. mit Albrecht Goes und Harald Poelchau).

laß, deren Sitz im geschichtlichen Leben herunterzuspielen. Ohnehin war Andreae selber klar, daß »Christianopolis« ohne reale Folgen bleiben werde, mußte ihm doch bewußt sein, wie die Machtverhältnisse in der von ihm überschauten Welt beschaffen waren – und diese Welt war nicht nur, wie manche seiner Kritiker insinuierten, allein die württembergische oder gar nur die von Vaihingen, sein Blickfeld umfaßte das mittlere, westliche und südliche Europa, von dem er weite Teile durch unzählige Bildungsreisen kannte. So führte er denn auch in seine Überlegungen die zeitgenössisch nicht unbekanntere Kategorie des Spielerischen, des Ludibrium, ein (sich dabei übrigens an Thomas Morus anlehnend). Freilich war diese Reservatio intellectualis ihrerseits von spielerischem Charakter und sollte nicht, wie dies Harald Scholtz getan hat, überbewertet werden.<sup>16</sup>

16 Harald Scholtz: Evangelischer Utopismus bei Johann Valentin Andreae. Ein geistiges Vorspiel zum Pietismus, Stuttgart 1957. In meinem Nachwort zur Leipziger Ausgabe von »Christianopolis« habe ich mich ausdrücklich von Scholtz abgegrenzt (S. 179 f.), insbesondere von seiner elitären Deutung Andreaes, wonach die »Reform des Gemeinwesens aus christlichem Geist ... zur beständigen Aufgabe einer Geistes-elite« werden solle.

Es ist ja im Gegenteil so – und damit erweist sich der Standort von Andreaes Utopie im theologischen Umfeld des Protestantismus als eine im Vergleich mit anderen Utopien singuläre, eben als eine evangelische –, daß die Hauptlinien seiner Kritik der Verklammerung von christlicher Botschaft und der Kirche (unabhängig von ihrer Konfession) mit der je zeitgenössischen Welt galten. Diese Hauptlinien waren gleichzeitig die seines (general)reformatorischen Blicks in die Zukunft. Das wäre der zweite Aspekt.

#### *Das Credo der Einwohner der Christenstadt ...*

In diesem Sinne formuliert Andreae nicht nur eine kämpferische Anklage gegen den »Bauchdienst« (in) der Kirche (S. 9) – so wenn er hervorhebt, daß für die Bewohner von Christianopolis »das wichtigste« sei, daß sie »durch ihre Religion, aber auch durch ihre Lebensweise sich von der gesamten Welt unterscheiden sollen« (S. 111). Es geht ihm gleicherweise positiv darum, gewissermaßen eine »Theologie« zu entwickeln bzw. zu beschreiben, die einer solchen Haltung angemessen ist. Diese Position ist prägend für das ganze Werk, hervorstechend im 28. Kapitel (»Die Religion«), in dem gleichsam das Glaubensbekenntnis der Bewohner von Christianopolis wiedergegeben wird – übrigens in unmittelbarer Verbindung mit der Verfassung im 29. Kapitel, in der es im IX. Artikel im Sinne solcher theologischen Neuorientierung heißt: »Wir bemühen uns, (...) göttliches und menschliches Recht nicht zu vermengen« (S. 53).

Für das »Credo« ist charakteristisch sein johanneischer Ansatz der Gottvaterschaft, der Sohnschaft Jesu Christi und der Trinität (II. und VI. bzw. I. und VIII.), die Hervorhebung des Dienstes am Wort und die starke Betonung des Kreuzestods (Theologie des Kreuzes). Es tritt also mit dem Dienst am Wort das protestantische Prinzip »allein durch das Wort« hervor, während das andere »sola gratia« (Rechtfertigung allein durch die Gnade) zurücktritt. Im ganzen ist das »Credo« geprägt von dem, was in der Theologiegeschichte Synergismus genannt wird, also das Zusammenwirken Gottes mit dem Menschen bei der Rechtfertigung.<sup>17</sup>

Beachtlich ist auch die im III. Artikel gemachte Aussage, daß mit der durch den Kreuzestod Jesu möglich gewordenen »Erneuerung des Geistes« die »Wiederherstellung der durch Adams Fall verlorenen Menschenwürde vollzogen« werden könne.

17 Friedrich Hauck, Eberhard Herdieckerhoff, Rudolf Mau (Hrsg. bzw. Bearbeiter): Theologisches Fach- und Fremdwörterbuch, Berlin 1978, S. 164.

... und seine theologische Begründung

Die genauere eben theologische Begründung dessen, was im »Credo« bekannt wird, erfolgt in späteren Kapiteln, in den »Hörsaal«-Kapiteln des Christianopolis-Bildungssystems, die sich mit Kirchengeschichte (72.) – im Zusammenhang mit Geschichte (71.) und (!) Physik (70.) –, mit systematischer Theologie (76.) – im Zusammenhang mit praktischer Theologie (77.) und den Prophezeiungen (78.) – sowie (im Zusammenhang mit dem Kapitel Kirche) dem geistlichen Beruf (83.), der Predigt (84.) und den Sakramenten (86.) beschäftigen.

Generell fällt dabei der Rückgriff auf die Urkirche, neuerlich die Kreuzestheologie und die Hinwendung zum Alten Testament (auch in der Namensgebung für die wenigen näher vorgestellten Exponenten von Christianopolis) auf.

Diese eher rationalen Akzente auf die Glaubensgewißheit werden im 76. Kapitel (Theologie) einerseits aufgenommen durch die Hervorhebung der biblischen Schriften, der »Waffen des unbezwingbaren Wortes«, andererseits relativiert nicht nur durch die Bemerkung, Christus seien die Gehorsamen lieber als »die ständig Diskutierenden«, sondern auch durch die Beschreibung pietistischer Frömmigkeitsformen im 84. und 86. Kapitel.

Wenn damit gewissermaßen eine Reverenz gegenüber dem schwäbischen Pietismus erwiesen wird (was allerdings auch nicht Ausdruck eines Provinzialismus wäre angesichts des alles andere als quietistisch zu charakterisierenden schwäbischen Pietismus), dann hat dies übrigens zusätzlich damit zu tun, daß Andreae seine auf Christianopolis bezogene Theologie wenigstens an einigen Stellen absichern muß gegen Versuche, ihn als ketzerisch hinzustellen. Das gilt etwa für die Feststellung im 84. Kapitel, es habe in Christianopolis nichts gegeben, »was von unserm Augsburger Bekenntnis abweiche«. Auch die zeitgenössisch bekannten harten Strafen (Kirchenbann usw.) werden von ihm nicht dementiert.

*Die Hegemonie ethischer Normen*

Um so mehr, weil ins Utopische wieder zurückkehrend, wird freilich das 80. Kapitel über »Die Jurisprudenz« zu würdigen sein, wenn es dort klipp und klar heißt: »Ich hoffe auf Nachsicht bei den Rechtsgelehrten, wenn ich sage, daß sie bei den Einwohnern von Christianopolis überhaupt nicht gebraucht werden. Denn da sie nach eigenen Gesetzen leben und außer ihrer Jahressteuer keine weiteren gesetzlichen Verpflichtungen haben, wollen sie sich nicht mit fremden Reskripten, Codices ... befassen (...). Denn nichts ist einleuchtender als die Gerechtigkeit (...). Daher gelangen Prozesse und Prozessierer gar nicht zum Zuge. Es ist ganz leicht, einen Streit oder eine kleine Meinungsverschiedenheit zu schlichten ...« In Christianopolis gibt es eben keine Hegemonie juristischer Paragraphen, sondern die ethischer Normen in Übereinstimmung mit den christlichen Geboten.

Parallel hierzu fehlt – und das wäre der in solchem Zusammenhang vielleicht nicht erwartete *dritte* Aspekt – ebenfalls (fast) in keinem Kapitel die genaue Markierung der Gegenfront, also die gegen den Papismus, an einer Stelle aber auch – zusammen mit dem »Antichrist«, also für Andreae mit dem Papst – die gegen Mohammed und die »sonstigen falschen Propheten« (S. 105), was bei Andreae doch überrascht, da er in anderen Texten positiv auf den Koran zu sprechen kommt.<sup>18</sup>

18 Ich denke an das 46. Kapitel von Andreaes ebenfalls 1619 verfaßter Schrift über den »Christlichen Bürger« (Oehlersche Ausgabe von 1878).

*Über die »Engelsburg« und das »Konstantinische Bündnis«*

An dieser Stelle sei ein Exkurs erlaubt:

Es gibt den Text eines Kirchenmannes, der literarisch kaum hervorgetreten ist, und es ist dieser Text, der eine bemerkenswerte Nähe zu Andreae aufweist. Aus dem Nachlaß des Berliner Propstes Siegfried Ringhandt (1963-1971), der aus dem militanten Flügel der Bekennenden Kirche kam und gegenüber der DDR eine kritische Haltung einnahm, hat Friedrich Winter in seiner Biographie Ringhandts den Vortrag abgedruckt, den dieser 1958 bei der Konstituierung des Weißenseer Arbeitskreises – einer Gruppierung evangelischer Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg, die zum Kurs von Bischof Dibelius im Gegensatz stand – gehalten hat, und dort findet sich eine Analyse der kirchlichen und politischen Lage, die davon ausging, daß das »Konstantinische Zeitalter«, wie dies Günter Jacob<sup>19</sup> in seinem als sensationell aufgenommenen Vortrag in der Synode der EKD 1956 formuliert hatte, daß das »Konstantinische Bündnis«, um mit Ringhandt zu sprechen, definitiv zu Ende sei:

»Hätte der Kampf (der Bekennenden Kirche) um die Kündigung der Restbestände des Bündnisses länger angedauert, die Kirche hätte wohl gründlicher zurückgefunden zur Freiheit des Wortes. Gott muß sie wohl immer zu ihren besten Erkenntnissen prügeln, ehe sie bereit wird, das bequeme Dasein im weichen Sessel Konstantins mit der Existenz ›draußen vor dem Lager‹ zu vertauschen (...). Für die westlichen Kirchen bedeutete das auf der ganzen Linie grünes Licht für die Rückkehr zu den Fleischtöpfen Konstantins (...). Wie aber laufen die Dinge bei uns? Das eine kann man dem Kommunismus bescheinigen: Er hat eigentlich von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, daß er das Bündnis als erledigt betrachtet (...). Kühl und sachlich verkündigte er: Sie (die Kirche) wird sterben bei fortschreitender Sozialisierung der Gesellschaft, und als ihm die Sozialisierung nicht schnell genug ging, versuchte er, wenigstens das Sterben der Kirche durch einige Nachhilfe zu beschleunigen. Diese ehrliche, unverblümete nachkonstantinische Haltung ist nicht nur von der des Westens unterschieden, sondern auch von der des Jahres 1918.«<sup>20</sup>

Und wie habe die Kirche hierauf reagiert? Sie habe alte Rechtstitel, die schon abgelaufen waren, hervorgeholt. »Das Leitbild (...) ist – neben dem neidischen Blick auf die westliche Entwicklung – einfach das Bild der staatsrechtlich geschützten Körperschaft des öffentlichen Rechts mit relativer Selbständigkeit der Vertretung: also der Staat im Staate, der sich an dem Wohl und Wehe seiner Umgebung desinteressiert.«

Es ist einleuchtend, daß die von Andreae gebrauchte historische Metapher von der »Engelsburg« als Zitadelle des Klerikalismus 300 Jahre später im Paradigma des nun allerdings konfessionell nicht mehr einseitigen »Konstantinischen Bündnisses« (bis 1918 sprach man von »Thron und Altar«) in Erscheinung tritt – nur mit dem Unterschied, daß es sich zuletzt im »Konstantinischen Bündnis« gewissermaßen um eine Rückzugslinie aus der »Engelsburg« handelt: Nicht mehr wie um 1600 ist es der Klerikalismus, der die letztlich bestimmende Macht ist, gegen den der Verfasser der Utopie von 1619 mit der »Kreuzfahne« des »großen Luther« (S. 108) und der »Strenge der Reformationszeit« (S. 109) auftritt. Jetzt ist es *die*, sind es die Kirchen jeglicher konfessioneller Gestalt, die mit den eigentlich herrschenden Mächten verklammert sind, in

19 Neue Zeit,  
29. Juni 1956.

20 Friedrich Winter:  
Bekenner in zwei Diktaturen.  
Propst Siegfried Ringhandt  
(1906-1991), Berlin 2007,  
S. 199 f. Dort auch das  
folgende Zitat.

der Art, wie es Helmut Gollwitzer Mitte der fünfziger Jahre in einer kämpferischen Synodalrede auf den Punkt gebracht hatte, nämlich in der Art des »Bündnisses von Klerus, Kapital und Generälen«. Aber auch die partielle Übernahme partieller Herrschaftsformen der Welt in die Kirche ist hier in Betracht zu ziehen. Ringhandt sah dies zumal in der weiteren Verrechtlichung, im Ausbau des Ordnungssystems der Evangelischen Kirche – nicht nur im »Westen«, sondern auch im Osten –, »im beharrlichen Zentralismus als Frucht des Rechtsdenkens«<sup>21</sup> (Zentralismus – hatten wir den nicht schon?).

21 Ebenda, S. 200 bzw. 204.

### *Tatsächlich eine evangelische Utopie*

Alles, was ich über die Theologie von Christianopolis und deren Reflexe in unsere Zeit ausgebreitet habe (dies im übrigen noch gar nicht erschöpfend), sollte unterstreichen, daß es sich bei dieser Utopie (wie ich es in meinem Nachwort zur DDR-Ausgabe von 1977 mehr thesenhaft formuliert habe) um eine »evangelische Utopie« handelt. Dies hat allerdings den Widerspruch von Siegfried Wollgast hervorgerufen, zuerst ausführlich in seiner Rezension dieser Ausgabe in der *Deutschen Literaturzeitung* 6/1980, dann in seinem Buch über »Philosophie in Deutschland zwischen Reformation und Aufklärung 1550-1650«, wo es klipp und klar gegen »Scholtz, Wirth« (gegen Scholtz hatte ich mich ausdrücklich abgegrenzt) heißt: »Das alles hat nichts mit ›evangelischem‹ Utopismus (...) zu tun. Das ›evangelische‹ ist Traditionshintergrund und erscheint in Andreaes Denken vielfach nur als Sprach- und Formenmaterial. Entscheidend ist das Inhaltliche: das Bemühen, die Zeit und die sich in ihr anbahnenden neuen Tendenzen zu erfassen.«<sup>22</sup>

22 Siegfried Wollgast, a. a. O., S. 281.

Das »Inhaltliche« – ich denke, es ist vorstehend ausreichend zur Wirkung gebracht, Wollgast selber hat in seinem Buch hierfür nur fünfundzwanzig Zeilen, von denen die reichliche Hälfte einem Zitat von Richard van Dülmen gewidmet ist, das freilich mehr für meinen Ansatz als den seinigen spricht.<sup>23</sup>

23 Ebenda, S. 295.

In der Tat schließt meine Verortung von Christianopolis als einer evangelischen Utopie nicht aus, daß genau auch der von Wollgast herausgestellte Aspekt seine Gültigkeit hat: »in diesem Buch wird Bacons Kritik an der Wissenschaft seiner Zeit vorweggenommen. Andreae nimmt mit seiner Auffassung der Naturwissenschaft eine Zwischenstellung zwischen Renaissance und Aufklärungs- bzw. klassischer bürgerlicher Philosophie ein.« Er bezeichnet ihn als »– wenn auch gemäßigten – Anhänger der naturphilosophisch-hermeneutischen Tradition«.<sup>24</sup>

24 Ebenda, S. 292.

### *Glaube und Vernunft*

Schließlich ist ja gerade das so bemerkenswert an dieser evangelischen Utopie mit dem Blick »nach vorn«, daß in Christianopolis die Vorstellungen von einer neuen gesellschaftlichen Ordnung mit neuen zwischenmenschlichen Verhältnissen in der Einheit von Glaube und Vernunft, von ethischen Postulaten und wissenschaftlichen Einsichten, von christlichen Geboten und Aufklärung realisiert werden. Von hier aus gesehen haben wir es damit tatsächlich auch mit einer konkreten Utopie zu tun.

Daß Andreae dieses dialektische Verhältnis selber genau so sah, geht daraus hervor, daß er – von Wollgast auch, aber eher statistisch bemerkt

25 Wollgast hat die Rosenkreuzer-Problematik – aufbauend auf einer umfassenden Kenntnis von Primärquellen und Sekundärliteratur – ausführlich analysiert und dargestellt (auf 45 Seiten), und er hat hinsichtlich der Beziehungen Andreaes zu den Rosenkreuzern positive wie kritische Akzente gesetzt. Der positive Akzent (S. 320 f. seines Buchs) ist insbesondere in der Charakterisierung dessen zu entdecken, was die Rosenkreuzer unter »Generalreformation« verstanden. Diese Ziele demnach auf drei Bereiche, nämlich erstens auf den »religiös-kirchlichen« im »Kampf vor allem gegen die Papstkirche, aber auch gegen Schwärmertum« und gegen »orthodoxe Verknöcherung und Verengung«, dies im Rückgriff auf den authentischen Luther, dann auf die Auseinandersetzung mit der »Schulphilosophie« und schließlich auf »die Herstellung einer vollkommenen Harmonie zwischen dem (reinen) Christenglauben ursprünglich lutherischer Prägung ... und (der) sich erschließenden Fülle wissenschaftlicher Erkenntnis«. Offensichtlich waren es solche Zielsetzungen, die Andreae, der als Verfasser früher programmatischer Schriften der Rosenkreuzer gilt, in Übereinstimmung mit dieser Bewegung sehen, jedenfalls vor 1619. Andererseits – der kritische Akzent – hebt Wollgast hervor (S. 329): »Schon in seinem ›Turrus Babel‹ (1619) wandte sich Andreae gegen die Rosenkreuzer. Er läßt in 25 Gesprächen Vertreter der Bruderschaft mit Anhängern des Christentums disputieren. Erstere reden von einer weltberühmten Fraternität, träumen von Weltreforma-

– der Arithmetik und Geometrie die »mystischen Zahlen« zuordnet, der Dialektik und Metaphysik die Theosophie, die er abhebt gegenüber der Theologie als Wissenschaft für die Kirche, und besonders eindrucklich der Astronomie die Astrologie und den »Himmel der Christen«, also gewissermaßen den virtuellen.

Die Astronomie (67. Kapitel) ist für Andreae die Wissenschaft, die die Bewegungen am Himmel so erforschen kann, daß sie »ihn in gewisser Weise unserer Erde untertan« mache. Umgekehrt ist Gegenstand der Astrologie (68. Kapitel) »die Beobachtung (...), daß die Gestirne die Welt regieren«. Allerdings gewähre »diese Wissenschaft« nicht unbedingt »sichere Ergebnisse«. Ohnehin sei für die Bürger von Christianopolis »das glücklichste Horoskop (...), Gottes Kinder zu werden«. Schließlich »Der Himmel der Christen« (69. Kapitel): Der Christ »sei mit dem Himmel versöhnt«. Von ihm empfangen er »wie von einem Freunde mancherlei Geschenke«. »Der Himmel lehrt durch Weissagungen und Wunder, er straft die Ungläubigen und läßt die Frommen ihr Haupt erheben, er richtet sie auf in der Hoffnung auf völlige Wiederherstellung.«

In den letzten Sätzen des 69. Kapitels werden die drei gleichsam zusammengefaßt: »Die Bürger von Christianopolis streben vor allem nach dem geistlichen Himmel, den materiellen Himmel lieben sie aber besonders deswegen, weil sie wissen, daß er den Christen immer gnädig gewesen ist und bleiben wird.«

In dieser dialektischen Zuordnung von Astronomie, Astrologie und letztlich Theologie drückt sich sehr präzise aus, was für Andreae prägend ist: in der Astronomie der wissenschaftliche (aufklärerische) Ansatz, in der Astrologie (wie parallel hierzu in den mystischen Zahlen oder auch in der Theosophie und in den der Theologie zugeordneten Prophezeiungen) die Abgrenzung gegenüber der Rosenkreuzer-Vergangenheit (bei durchaus partiell bleibender Identifizierung)<sup>25</sup> und im Himmel der Christen der christliche Status confessionis.

#### *Aufklärerisches in »Christianopolis« – und eine Ausnahme*

Wir haben eingehend den sozusagen weltanschaulichen Charakter der Utopie von 1619 charakterisiert, wir haben die Abgrenzungsproblematik in dem Maße angedeutet, das für sie in meiner Sicht angemessen ist. So verbleiben noch analytische Bemerkungen zum Wissenschaftlichen, Aufklärerischen und zum eigentlich Gesellschaftlichen. Hierbei ist allerdings von vornherein nachdrücklich festzuhalten, daß diese bei Wollgast – unter Berücksichtigung des von ihm weiträumig beobachteten Forschungsmaterials – so bearbeitet und bewertet worden sind, daß man nur immer von neuem Zustimmung signalisieren muß. Zusammenfassend hat Wollgast – und das ist ein für Andreae offenbar spezifisches Moment – treffend »Christianopolis« dahingehend charakterisiert: »Daß in Deutschland zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges eine solche Sozialutopie entstehen konnte (wenn es sich nicht sogar um ein zumindest in den Grundrissen als realisierbar angesehenes Programm [oder eine konkrete Utopie] handelt), verbunden mit einer oppositionellen Weltanschauung, scheint mir für die Kontinuität und den Progreß der Ideen in Deutschland bedeutsam zu sein (...).«<sup>26</sup>

Es genügt die allgemeine Feststellung, dass im wirtschaftlichen Leben der Christianopolis, im administrativen Gefüge, im Bildungs-



system sowie für die Einrichtungen des Alltags (bis hin zum Umweltschutz) solche Institutionen beschrieben werden, die in der Tat als »nach vorn« gerichtet angesehen werden können – mit dem Akzent auf Gleichheit, Kooperation, Konsens. Eine Ausnahme macht allein – von der Garten-Kultur (94. Kapitel) abgesehen – das kulturelle Leben. Hier dominiert das streng Konfessionalistische, Weltanschauliche. Das gilt für die Bibliothek (39. Kapitel). Es gibt dort zwar die »Erzeugnisse zahlloser Geister«, »von verloren geglaubten Werken war nahezu alles vorhanden«, aber letztlich gelte nur oder jedenfalls »am höchsten« die »Autorität der heiligen Schriften«. Daher auch werden in der Druckerei (42. Kapitel) geistliche Schriften und »nur wenige Bücher anderen Inhalts« gedruckt. Analoges gilt für die Musik, nämlich die »geistliche Musik« (85. Kapitel). Luthers Lieder und die Psalmen Davids haben Priorität. Auch die Aufführung von geistlichen Dramen in der Kirche wird erwähnt, so (S. 124) ein »Jeremias« von Thomas Naogeorgus (1508-1563).

Das kulturelle Leben ist zweifellos evangelisch geprägt, aber nicht evangelisch-utopisch, sondern gleichsam konservativ, konfessionalistisch, ohne Perspektive. Es ist diese Problematik, die eigentlich aus dem Rahmen fällt, der für diese Utopie verpflichtend ist, also (in anderen Worten) den Blick nach vorn vermissen läßt. Ich kann hier nur holzschnittartig andeuten, daß wir es hier mit einem Sachverhalt zu tun haben, der für den Protestantismus bis heute problematisch ist, nämlich mit dem Verhältnis zur Kultur im weiteren, zu den Künsten im engeren Sinne. Es hat Zeiten gegeben, etwa vor hundert Jahren, in denen Protestantismus und Kultur identifiziert wurden, im »Kulturprotestantismus«, einer Strömung liberaler Theologie, die den Kern der christlichen Botschaft und des Auftrags der Kirche aufweichte oder mindestens aufzuweichen schien (Stichwort: »Goethepredigten«), und wieder andere, in denen sich beide mehr als fremd waren. Dabei gab es immer eine bedeutende kirchliche »Binnenkultur«, vor allem in der einzigartigen evangelischen Kirchenmusik und zeitweilig in der bildenden Kunst, die in ihren herausragenden Fällen direkt oder indirekt in das gesamt-kulturelle Leben wirkte. Am kompliziertesten war die Lage im Umfeld der Literatur. Abgesehen davon, daß bedeutende Schriftsteller/innen (Gertrud von le Fort, Werner Bergengruen u. a.) überhaupt erst nach ihrer Konversion zu ihrem Rang gefunden hatten (der Universalismus der katholischen Kirche bot ihnen mehr Raum und metaphorisches Material), haben wir relevante »protestantische Literatur« zumeist bei politischem und ideologischem »Gegenwind« zu verzeichnen, in den dreißiger Jahren in der »inneren Emigration« und in der DDR mit Johannes Bobrowski.

Unabhängig von diesem nicht zu ignorierenden Desiderat ist offensichtlich der progressive gesellschaftliche Charakter der Utopie Andreaes deutlich geworden, und gleichzeitig hat im Zusammenhang des weltanschaulich-christlichen und des aufklärerischen Gehalts dieser Utopie das Menschenbild Andreaes seine Spiegelung erfahren.

### *Andreaes Menschenbild*

Besonders hervorstechend hatten wir dieses Menschenbild – trotz anderer angeführter zeitgenössischer Einschränkungen – schon im Bild der Frau erblicken können. Analoges gilt für seinen Begriff der Arbeit: In

tion, glauben an die magische Kraft der Gestirne und an geheimnisvolle Zahlen, schwören vornehmlich aber auf die Goldmacherkunst. Letztere vertreten die Grundsätze der Bibel und ermahnen ihre Gesprächspartner, ihr müßiges Spiel aufzugeben. Während man in der Öffentlichkeit z. T. noch an die Bruderschaft glaubt, erklärt Andreae hier kategorisch, alles sei Spott und Spöterei.«

Der entscheidende Punkt im Absetzen Andreaes von den Rosenkreuzern, der auch, wie schon erwähnt, in der Einleitung von »Christianopolis« zu entdecken ist, besteht darin, daß Andreae sich nicht mehr mit der früh von ihm favorisierten Bruderschaft oder Korporation identifizieren kann, sondern auf größere Gemeinschaften (oder »Gemeinden« wie in Christianopolis) setzt. Daher sehr treffend bei Wollgast (S. 318): »Die Gemeinschaft dieser wahren Christen findet sich in ›Christianopolis‹.« Vgl. auch die folgende Anmerkung.

26 Siegfried Wollgast, a. a. O., S. 299. Hier würde ich nur die Klammer wegnehmen und einen stärkeren Akzent auf das Programmatische legen, um dann eher Wollgasts letzten Satz (ebenda) die Klammer zuzuweisen: »Das beziehe ich auch auf die Bewegung der Rosenkreuzer.«

den Hüttenwerken werden die Menschen »nicht wie Arbeitstiere zu Tätigkeiten gezwungen, in die sie keinen Einblick bekommen« (S. 26). Die Handwerker in der Christenstadt »sind fast alle gebildete Leute« (S. 30). Denn »die Wissenschaften sind ja nicht so kompliziert und die handwerklichen Fertigkeiten nicht so schwierig, daß ein Mensch nicht beides erlernen könnte, *wenn er genug Zeit dafür bekommt*« (Ebenda – von mir hervorgehoben. G. W.). Überdies ist für Christianopolis charakteristisch, daß die Arbeitszeit nur wenige Stunden betrage. »Dennoch wird nicht weniger geleistet als anderswo, denn Nichtstun über die erlaubte Zeit hinaus gilt allen als Schande« (S. 34). Schließlich wird zur Freizeit der Bürger von Christianopolis bemerkt: »Wenn sie die Pflichten der Frömmigkeit, der Gemeindeaufgaben und der Weiterbildung mit Freuden erfüllt und den Leib durch Handwerksarbeit geübt haben, machen sie, der Jahreszeit entsprechend, längere oder kürzere Ruhepausen« (S. 35). Hier sind die Stichworte »Weiterbildung« und »Gemeindeaufgaben« besonders hervorzuheben, Gemeindeaufgaben bzw. »öffentliche Arbeiten« (22. Kapitel), zu denen alle Bürger verpflichtet seien, etwa zum Wachdienst, zur Ernte usw. Daher auch ist *den* Bürgern, die so ihren Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft solidarisch und gewissenhaft nachkommen, ihr »Lohn« in Gestalt ihrer, auch der öffentlichen Würdigung sicher (S. 36), und in den regelmäßig erscheinenden »Jahrbüchern« (41. Kapitel) »wird alles, was redlich und tapfer vollbracht worden ist, als Beispiel und Ansporn« vor Augen geführt.

Ich habe hier den sozusagen weltlichen Kern der Wesensmerkmale von Andreaes Menschenbild herauszuarbeiten versucht. Er steht (soll ich sagen: natürlich?) in engstem Zusammenhang mit der Gotteskindschaft der Bürgerinnen und Bürger der Christenstadt – im Sinne des Wortes aus 1. Kor. 3, 22 f.: »Alles ist euer, ihr aber seid Christi.« Oder anders formuliert, heutig: Andreae geht es offenbar um die Herausbildung aller schöpferischen Kräfte des einzelnen, einerseits um ihrer selbst willen, also um der einzelnen willen – ein Aspekt, den wir im realen Sozialismus allzusehr ignoriert haben. Bei Siegfried Ringhandt finden wir diese Beobachtung (übrigens vor dem von ihm ausdrücklich genannten Hintergrund Sartres und Bennis): »Die Angst vor den Schwindel erregenden Horizonten menschlicher Freiheit treibt zu neuen bergenden Ufern; aber anstatt des Schatzes findet der Mensch nur neue Sklavenhalter (...). So kommt es zu der oft beschriebenen Tatsache, daß der Einzelne eine aussterbende Kategorie ist; jeder Mensch droht von überpersönlichen Institutionen, Organisationen, Interessengruppen und Vereinigungen verschluckt zu werden. Übergreifende Ordnungsmächte strecken die Hand nach ihm aus, bestimmen seine Funktion, verengen seinen Standort, reduzieren seinen Lebensbereich, verkümmern seine Relation zur Welt auf ein Minimum.«<sup>27</sup> Andererseits (und dieser Aspekt wurde realsozialistisch um so schärfer akzentuiert) um der Gemeinschaft willen, und diese weitete sich bei Andreae allerdings zur »Gemeinschaft der Heiligen«, der Gläubigen.

In der Herausarbeitung gerade auch der von Wollgast so gewürdigten (sagen wir verkürzt) aufklärerischen Züge im Menschenbild von Andreae wären wir letztlich also doch wieder im Reich der evangelischen Utopie gelandet (Utopie zusätzlich auch insofern, als vieles, was hier zu zitieren war, einer hedonistischen und Spaßgesellschaft besonders fremd klingen wird). Allerdings sind wir genau an der Stelle gelandet,

27 Friedrich Winter, a. a. O., S. 208. In seinem Buch »Marxismus und Glauben« (Hamburg 2006, S. 302 bzw. S. 306) hat Uwe-Jens Heuer die Notwendigkeit betont, eine »marxistische Konzeption des Einzelmenschen« auszuarbeiten. Die theoretischen Aussagen seien nicht der ganze Marxismus. »Er umfaßt auch Wertungen, Appelle, Forderungen (...) Marxist zu sein ist nicht nur die Wahl einer Theorie, sondern zugleich die Wahl einer Haltung. Insofern wendet der Marxismus sich an den Einzelnen.«

wo sich eine evangelisch-utopische Vorstellung mit der sozialistischen »konkreten Utopie«, jenseits des Realsozialismus, trifft, nämlich in der bewußten Frontstellung gegen die »Diktatur des Kapitals« (Karl Marx), gegen die »Monster« der Finanzmärkte (Horst Köhler) und in der Einheit des Ringens um neue gesellschaftliche Verhältnisse mit der *in ihnen* respektierten Würde des einzelnen.

### III

#### *Wo ist die Kraft?*

Vor diesem Hintergrund und mit dem Blick auf den Ausgangspunkt stellt sich offenbar die alte russische revolutionäre Frage: Wer ist die Kraft? Wo ist die Kraft?

Für Andreae ist dies keine Frage. Seine ganze Schrift ist schon die Antwort: Es gibt diese Kraft als eine transzendente, in einem institutionell und konfessionell gereinigten (»generalreformierten«), allein auf das Kreuz Jesu Christi, auf seine Nachfolge und auf die Urkirche orientiertes, die johanneische Vision von einem »neuen Himmel und einer neuen Erde« (Offenbarung 21, 1) ernstnehmendes Christentum, das dann so viel Inspiration zu vermitteln vermag, daß es tatsächlich zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen kommen kann. Es ist also die Antwort der evangelischen Utopie in einer Zeit, die in dem überschaubaren Raum weltanschaulich noch homogen ist, aber eben konfessionell zersplittert und machtpolitisch deformiert. Insofern ist die Antwort gleichbedeutend einem Appell zum: Ändert euch, aber auch die Verhältnisse. Wir wissen, was aus dem Appell geworden ist.

Was nun die zeitgenössische Situation und ihre »konkrete Utopie« angeht, steht die Frage im Raum, und sie bleibt wohl auch dort stehen. Denn so brennend akut sie ist, so wenig steht eine Antwort bereit. Wahrscheinlich kann sie überhaupt erst bereitstehen, wenn die Vorfrage beantwortet ist, die nach dem Inhalt der »konkreten Utopie«, die auch alles einschließen müßte, was sich an neuen Herausforderungen auch durch die Natur sowie in der Natur (Klimaveränderungen, Artenschutz, Nahrungsmangel etc.) ergeben hat. Wie lautet der letzte Satz in Ernst Blochs »Freiheit und Ordnung« – im letzten Abschnitt »Marxismus und Antizipation«? »Homo homini homo: *das also meinen die Grundrisse einer besseren Welt, was die Gesellschaft angeht.* Und nur, wenn das zwischenmenschliche Verhältnis geziemend in Ordnung gekommen ist, das Verhältnis zum Menschen, dem Gewaltigsten, was lebt, kann auch eine wirklich konkrete Vermittlung beginnen mit dem Gewaltigsten, was nicht lebt: mit den Kräften der anorganischen Natur.«<sup>28</sup>

Die Antworten auf beide Fragen sind im Augenblick so offen wie es die Zukunft ist. Die Antworten sind deshalb offen, weil die Mauern, die die globalisierten Konzerne und die ebenso weltweit agierenden Finanzmärkte, diese anonymen, sich absolutistisch gebenden Mächte, errichtet haben, immer höher und massiver geworden sind.

Doch freilich: War es in der hermetisch abgeschlossenen sowjetischen Gesellschaft nicht so, daß es plötzlich sogenannte »jäh Wendungen« gab, die völlig unerwartet kamen und auch zu völlig unerwarteten Entwicklungen führten? Sind denn heute solche jäh Wendungen, dann freilich ganz anderer Art, unmöglich – oder waren wir kürzlich womöglich schon nahe daran?

28 Ernst Bloch, a. a. O., S. 191. In Nr. 81 von »Lettre International«, der Jubiläumsausgabe zum zwanzigjährigen Bestehen (»So leben wir heute«), schreibt Friedrich Dieckmann im Anschluß an Kants berühmten Aufsatz »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht« über »Geschichtsprognosen, Weltbürgerliche Absichten und die Weltregenten des Eigennutzes« (S. 21) u. a.: »Die Abwendung vorhersehbarer Katastrophen (Erderwärmung, Erschöpfung der Weltvorräte an Rohstoffen, Energieträgern, Wasser und Nahrungsmitteln) setzt die Verknüpfung wirksamer politischer Vorgaben mit marktwirtschaftlichen Mechanismen voraus, die dem Primat der Politik unterstellt werden. Der Markt, die Börse, diese Weltregenten eines abstrakten Eigennutzes, haben sich in den neunziger Jahren mit einer ideologischen Fortschrittsaura umgeben, als wären sie die Erben des Politbüros. Wie sie sich, gesteuert (...) von Funktionären der Renditenoptimierung, absolut setzten, sind sie Wegbereiter jenes Welt-Krieges um Wasser, Luft, Erdöl, Nahrungsmittel, der am Himmel der Geschichte aufscheint«.

## ULRICH BUSCH

# Finanzmarktkrise und Finanzmarktkapitalismus

### *Subprime-Krise und Bankenkrise*

Angefangen hat alles auf dem Immobilienmarkt in den USA. Nachdem im Frühjahr 2000 die New-Economy-Blase an den Aktienmärkten geplatzt war, orientierten sich viele Anleger auf Immobilien. Die steigende, zum Teil spekulative Nachfrage nach Grundstücken, Häusern und Wohnungen bewirkte einen kräftigen Preisanstieg: Binnen fünf Jahren stiegen die Häuserpreise um 100 Prozent. Dies zog eine Aufstockung der Hypotheken nach sich sowie einen Anstieg der Konsumausgaben, finanziert über Schulden. Gestützt auf den privaten Konsum prosperierte die US-Wirtschaft kräftig. Über den Import ausländischer Güter und die Verschuldung im Ausland wirkte dies zugleich belebend auf die Weltwirtschaft.

Solange die Immobilien im Wert stiegen, funktionierte dieses Modell. Millionen von US-Bürger gelangten auf diese Weise in den Besitz eines Eigenheims, wenn auch belastet mit Hypotheken. Darunter auch viele Schuldner von nur geringer Kreditwürdigkeit, welche darauf hofften, ihre Schulden aus der Wertsteigerung ihrer Häuser bezahlen zu können. Dies erwies sich jedoch von dem Moment an als Illusion, als die Immobilienpreise nicht mehr weiter anstiegen, sondern fielen. Inzwischen schulden viele Hausbesitzer den Banken mehr Geld als ihr Haus noch wert ist. Die Schulden müssen aus den laufenden Einkommen bedient werden, welche dafür häufig nicht reichen. Kredite werden fällig oder nur noch zu weniger günstigen Konditionen gewährt. Ein Verkauf der Immobilien ist nur unter Inkaufnahme von Verlusten möglich. Kurz: Der Immobilienmarkt in den USA ist kollabiert.

Dass es nicht dabei blieb, sondern dass sich die US-Immobilienmarkt- und Hypothekenkrise zu einer weltweiten Banken- und Finanzmarktkrise auswuchs, erklärt sich nicht zuletzt aus der Art und Weise der Immobilienfinanzierung. Im Unterschied zu früher erfolgt heutzutage die Kreditierung des Immobilienerwerbs über *strukturierte Bankprodukte* und über eigens dafür gegründete *Zweckgesellschaften*. Dem liegt die Praxis der *Verbriefung* von Krediten und der Platzierung entsprechender »Finanzpakete« am globalen Kapitalmarkt zugrunde. Zur Finanzierung dieser Transaktion emittieren die Banken kurzfristige Anleihen, *asset backed commercial paper* (ABCP), welche weltweit gehandelt werden. Mit der Krise am Subprime-Markt im Sommer 2007 gerieten auch diese Anleihen in den Strudel fallender Preise (Kurse). Darüber hinaus kam es am Interbankengeldmarkt zu einer Vertrauenskrise, so dass viele Banken in

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, TU Berlin, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik sowie zur Entwicklung in Ostdeutschland, zuletzt in UTOPIE kreativ: Kein Ende der Arbeitslosigkeit durch Bevölkerungsrückgang, Heft 208 (Februar 2008).

Liquiditätsprobleme gerieten. Ende 2007 schließlich weitete sich die Liquiditätskrise auf ernst zu nehmende Solvenzaspekte aus (vgl. Weber 2008b). Die Folge war, dass im Frühjahr 2008 das Kreditgeschäft einbrach. Damit war aus der US-Immobilienmarktkrise endgültig eine Banken- und Finanzmarktkrise geworden, welche faktisch alle Akteure und Finanzinstrumente erfasst. Indizien dafür sind sinkende Umsätze im Kreditgeschäft, hohe Abschreibungen bei hypothekebesicherten Wertpapieren, Kreditausfälle am Subprime-Markt, aber auch bei Konsumenten- und Kartenkrediten sowie Bankfusionen und -zusammenbrüche, auch wenn hier das Schlimmste durch das Eingreifen von Zentralbank und Staat bisher verhindert werden konnte.<sup>1</sup>

Die potenziellen Verluste und bilanziellen Wertberichtigungen summieren sich bis heute auf fast eine Billion US-Dollar. Das ist viel, auch wenn es sich dabei, gemessen am Weltfinanzvermögen, um nicht viel mehr als ein halbes Prozent handelt. Der größte Teil davon entfällt auf Abschreibungen auf Wertpapiere und schlägt sich in einer entsprechenden Reduktion der Börsenkapitalisierung der Banken nieder. Geschädigt werden dadurch vor allem die Aktionäre der Banken und Anleger am internationalen Kapitalmarkt, die für hypothekebesicherte Wertpapiere von US-Emittenten zu hohe Preise bezahlt haben. Mitunter aber trifft es auch Steuerzahler, dann nämlich, wenn der Staat oder staatseigene Kreditinstitute für den Schaden aufkommen.<sup>2</sup> Die direkten Verluste aus den Subprime-Hypothesen schätzt der IWF auf 45 Milliarden US-Dollar. Sie gehen zulasten von Banken. Andere Rechnungen beziffern die Schadenssumme höher: im Worst-Case-Szenario könnten es bis zu 200 Milliarden US-Dollar werden (Sommer 2008). Hinzu kommen Ausfälle bei Hypothesen, Unternehmenskrediten und Kartenkrediten, ferner Zwangsversteigerungen<sup>3</sup> und andere Negativeffekte in den USA, die aber kaum auf die internationalen Finanzmärkte durchschlagen werden.

Viel gravierender ist, dass die Immobilien- und Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft der USA ausstrahlt und den Konjunkturverlauf beeinflusst. Wie schon in der Vergangenheit<sup>4</sup>, so wird auch hier evident, dass Finanzmarktkrisen im Finanzkapitalismus keine bloß peripheren Störungen darstellen, sondern durchaus den Nerv des Systems treffen. Banken und Finanzmärkte bilden das Steuerungszentrum des gegenwärtigen Kapitalismus. Kommt es hier zu Funktionsstörungen, so hat dies Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Insofern ist der Hauptschaden, der durch die Finanzmarktkrise entsteht, in den Folgen der sich dadurch verschärfenden Wirtschaftskrise zu sehen, in den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die mit der Krise auftreten. Dies gilt sowohl für die USA, wo die Rezession bereits eingesetzt hat, als auch für die übrige Welt.

*Handelskapitalismus, Industriekapitalismus, Finanzkapitalismus*  
Geld ist für die bürgerliche Gesellschaft von jeher von essentieller Bedeutung. Als »letztes Produkt der Warenzirkulation« ist es zugleich die »erste Erscheinungsform des Kapitals« (Marx 1969, S. 161).<sup>5</sup> In ihm manifestiert sich der »Geist des Kapitalismus« (Weber 1920).

1 »Die Banken spekulierten darauf, dass sie zu groß waren, als dass der Staat sie würde in Konkurs gehen lassen. Die Tatsache, dass die englische Zentralbank Northern Rock aus der Bredouille half und die US Federal Reserve Bear Stearns mit 30 Mrd. Dollar rettete, zeigt wie richtig sie damit lagen.« (Hans-Werner Sinn in: Börsen-Zeitung vom 26. 4. 2008).

2 In Deutschland ist dies bei der IKB der Fall, für deren Spekulationsverluste die staatseigene KfW einsprang. In bestimmtem Maße gilt dies auch für die Verluste der Landesbanken, deren Umfang aber noch nicht bekannt ist.

3 Im Jahr 2007 wurde in den USA über 1,5 Millionen Häuser und Wohnungen ein Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg von 53 Prozent. Für 2008 wird mit einem weiteren Anstieg der Vollstreckungsverfahren gerechnet (FAZ, 7. 5. 2008).

4 Vgl. dazu Bundesministerium der Finanzen (BMF): Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: Monatsbericht April 2002, S. 47-65.

5 »Das Kapital kömmt zunächst aus der Zirkulation her, und zwar vom Geld als seinem Ausgangspunkt (...) Geld ist die erste Form, worin das Kapital als solches erscheint« (Marx 1983, S. 178).

6 Vgl. dazu Behrens 1981, Bd. 1, S. 70 ff.; Kuczynski 1965, S. 5 ff.

7 »Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.« (Hilferding 1955, S. 335).

8 Der von Hilferding und Lenin verwendete Begriff des Finanzkapitals ist vom umgangssprachlichen Verständnis zu unterscheiden. So fasst Wikipedia unter »Finanzkapital« wenig präzise die Gesamtheit der Banken, finanziellen Kapitalgesellschaften und Aktienhaber, Institutionen und Personen also, die eine Rendite erzielen, indem sie Geld verleihen bzw. anlegen oder vergleichbare Kredit- und Geldgeschäfte tätigen. In einer noch weiter gehenden Bestimmung wird jegliches Geldvermögen bzw. jede Geldforderung als Finanzkapital definiert.

Dies zeigte sich zuerst im *Handelkapitalismus* des 17. und 18. Jahrhunderts, im Kaufmanns- und Wucherkapital (vgl. Sombart 1916). Für die wirtschaftstheoretischen Systeme jener Zeit, *Monetarismus* und *Merkantilismus*, welche im Geld den Reichtum *an sich* erblickten, galt daher uneingeschränkt: Kapitalismus *ist* Geldwirtschaft.<sup>6</sup>

Im 19. Jahrhundert prägte sich der monetäre Charakter der Wirtschaft weiter aus. An die Stelle von Münz- und Papiergeld treten jetzt jedoch Kredit und Kreditgeld: Die *Kreditwirtschaft* wird zur adäquaten Geldform des *Industriekapitalismus*. Institutionell dokumentiert sich dies im Aufstieg der Banken (vgl. Bagehot 1920). Dabei zeichnen sich gegen Ende des Jahrhunderts bereits länderspezifische Unterschiede ab. So waren für Deutschland ordnungspolitisch *Kartelle* und *Korporationen* typisch; als Finanzierungsform überwog der langfristige Kredit. Das Bankwesen wurde nach dem *Universalbankprinzip* organisiert und orientierte sich am *stakeholder-Modell* nachhaltiger Gewinnerzielung und Kapitalvermehrung. Dem gegenüber entwickelten sich die USA zum »Land der Trusts und der anarchischen Konkurrenz« (Windolf 2005, S. 13), wozu gehört, dass sich Unternehmen vor allem am Kapitalmarkt über Aktien und Anleihen finanzieren und das *shareholder-value-Prinzip* vorherrscht.

Beide Finanzierungsmodelle, das deutsche beziehungsweise kontinentaleuropäische bankbasierte und das angloamerikanische marktorientierte System, bildeten eigene Strukturen, Institutionen und Instrumente heraus, die vom Grundsatz her bis heute gelten. Anfangs besaß das bankbasierte System die größere Strahlkraft und wurde daher, ausgehend von Deutschland, in anderen Ländern (Italien, Skandinavien, Mittel- und Osteuropa) kopiert. Heute jedoch gilt das marktorientierte System als das für die Kapitalverwertung effizientere. Die Entwicklung tendiert daher gegenwärtig stärker in diese Richtung.

Anfang des 20. Jahrhunderts erreichte der Industriekapitalismus eine neue Stufe. Maßgebend hierfür war die *elektrotechnische* Revolution, und die damit einhergehende Konzentration und Zentralisation von Kapital. Parallel dazu erfolgte die wirtschaftliche und machtpolitische Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum *Finanzkapital*. Rudolf Hilferding hat diesen Prozess 1910 eingehend beschrieben<sup>7</sup>; Wladimir I. Lenin führte diese Analyse 1916 fort und konstatierte ein »Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals«, woraus er »die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie« in der Gesellschaft ableitete. Ferner »die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle »Macht« besitzen« – als wichtigstes Merkmal des »Imperialismus« (Lenin 1981, S. 242).

Mit der Herausbildung des Finanzkapitals<sup>8</sup> und dessen Omnipotenz in Wirtschaft und Gesellschaft wandelte sich der Industriekapitalismus zum *Finanzkapitalismus*. Ausgehend von den oben genannten Unterschieden führte dieser Wandel zu *zwei Varianten* finanzkapitalistischer Regulation: Einmal beteiligen sich die Geldkapitalbesitzer durch den Kauf von Aktien *direkt* am industriellen Kapital. Die Rolle der Banken ist auf die Vergabe von Zirkulationskrediten und die Organisation der Geldzirkulation beschränkt. Dies ist für Großbritannien und die USA typisch. Im zweiten Fall dage-

gen verfügen die Banken über das Geld der Anleger (Sparer) und verwandeln dieses *indirekt*, als zinstragendes Geldkapital, in industrielles Kapital. In der Folge verschmelzen Bank- und Industriekapital miteinander und es bildet sich eine von den Banken dominierte Wirtschafts- und Machtstruktur. Diese Variante war für Deutschland typisch. Praktisch bedeutete dies die Kontrolle der Wirtschaft durch Großbanken, zugleich aber auch deren geld- und kreditgesteuerte Regulierung und die Tendenz zur »Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung« (Hilferding 1915, S. 322). Der damit beschriebene Entwicklungspfad stellte zugleich einen Baustein für die Formierung des *Rheinischen Kapitalismus* nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Rückblickend lässt sich einschätzen, dass sich das kredit- und bankbasierte Modell für den forcierten, politisch gesteuerten und kontrollierten Aufholprozess nach dem Zweiten Weltkrieg als außerordentlich effizient erwies. Mit der Öffnung der Märkte jedoch, der Liberalisierung des Güter-, Personen- und Kapitalverkehrs, der Durchsetzung frei konvertierbarer Währungen und flexibler Wechselkurse, kommt es zunehmend zu »Reibungsverlusten«. Zunächst international, dann aber auch national. Als Reaktion hierauf erfolgten wirtschaftspolitische Veränderungen, die sich, so kompliziert und vielgestaltig sie im Einzelnen auch sein mögen, im Ganzen als Aufwertung *marktlicher* Koordinierungsmechanismen begreifen lassen. Damit einher geht die Umgestaltung der Produktionsweise von der fordistischen Massenproduktion zu einem postfordistischen Modell flexibler Fertigung diversifizierter Qualitätsprodukte (vgl. Abelshausen 2005, S. 432 ff.). Zu dessen Merkmalen gehört, dass immer größere Bereiche der gesellschaftlichen Produktion »marktförmigen Steuerungsmechanismen und Finanzkalkülen« (Dörre, Brinkmann 2005, S. 86) überantwortet werden.

Der übergreifende gesellschaftliche *Umbruch*<sup>9</sup> beginnt in Deutschland Anfang der 1970er Jahre. Er wird durch den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1971-1973) und den Umbau der internationalen Finanzarchitektur sowie den geldpolitischen Kurswechsel der Deutschen Bundesbank (1973)<sup>10</sup> erheblich forciert. Sowohl die Politik während der Ära Kohl (1982-1998) als auch die *Agenda 2010* sind Versuche, den Umbruch zu bewältigen und interessengeleitet zu gestalten. Dazu gehört, dass das »deutsche Modell« des Finanzkapitalismus gegenüber dem angloamerikanischen Modell zunehmend an Boden verliert oder, anders ausgedrückt, sich die kapitalmarktbestimmte Variante des Kapitalismus im globalen Maßstab durchsetzt. Das heißt, in Deutschland vollzieht sich seit den 1980er/1990er Jahren der Übergang zum Finanzmarktkapitalismus.

#### *Das aktuelle Modell: Finanzmarktkapitalismus*

Gegenüber dem traditionellen Finanzkapitalismus, wie er sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch den Zusammenschluss von Bank- und Industriekapital herausgebildet hat, aber auch gegenüber dem bank- und kreditbasierten, korporatistischen und staatlich regulierten Kapitalismus der fordistischen Ära der 1950er bis 1970er Jahre verkörpert der gegenwärtige Finanzmarktkapitalismus eine

9 Zum Umbruch als gesamtgesellschaftlichem Veränderungsprozess vgl. Martin Baethge, Peter Bartelheimer: Deutschland im Umbruch, in: Martin Baethge et al. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Erster Bericht, Wiesbaden 2005, S. 11-36.

10 Die Deutsche Bundesbank ging 1973 zu einem neomonetaristischen, allein auf die Sicherung der Geldwertstabilität ausgerichteten und sich vor allem an der Entwicklung der Geldmenge orientierenden Kurs über. (Vgl. von Hagen 1998, S. 456 ff.)

neue Qualität. Sein Auftreten markiert »eine weitere Stufe in der Evolution kapitalistischer Produktionsregime« (Windolf 2005, S. 52). Ausschlaggebend dafür ist eine veränderte institutionelle Konfiguration: Die ökonomischen Beziehungen werden hier nicht mehr durch den *Kredit* als einem Vertrag zwischen Bank und Unternehmen dominiert, sondern durch die *Aktie* und damit durch die Funktionsweise des Kapitalmarktes (Börse). Zentrale Akteure in diesem System sind mithin nicht mehr Kreditbanken, sondern Aktionäre, insbesondere institutionelle Anleger wie Investmentgesellschaften, Pensionsfonds und Versicherungen. Zentrales Kontrollinstrument sind jetzt die Eigentumsrechte der Aktionäre, welche sich bei ihren Entscheidungen von kurzfristigen Renditeerwartungen und den Analysen internationaler Rating-Agenturen leiten lassen. Dem entspricht der Shareholder-Value-Grundsatz. Zugleich trägt diese Entwicklung ausgesprochen globale Züge und ist folglich mit einer *Entnationalisierung* des Kapitals wie der Kapitalver- und -entwertung verbunden.

Ein weiteres Merkmal betrifft die Rolle, den Einfluss und die Machtbefugnisse des Staates und der nationalen Finanzpolitik, welche im Finanzmarktkapitalismus geringer werden. Mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen, der Internationalisierung der Märkte, der Emission immer neuer Finanzprodukte (Derivate) und dem Trend zur Verbriefung von Verbindlichkeiten erfolgt eine Transformation des Finanzmechanismus, wodurch den nationalstaatlichen Steuerungsaktivitäten und finanzpolitischen Instrumenten zunehmend der Boden entzogen wird. Eine Einschränkung der Rolle des Geldes und monetärer Instrumente generell ist hingegen nicht zu beobachten. Eher trifft das Gegenteil zu, auch wenn die Machtposition bestimmter Institutionen wie der Kreditbanken, der nationalen Finanzaufsicht und des Fiskus gegenüber früher geschwächt erscheint. Die starken Positionen haben nunmehr die Akteure an den internationalen Finanzmärkten inne, insbesondere große und global operierende Kapitalgesellschaften und institutionelle Anleger. Dies wird auch quantitativ sichtbar, indem die Finanzvolumina, die von diesen Akteuren bewegt und kontrolliert werden, den Umfang des Budgets, mitunter sogar des Nationaleinkommens, mancher Staaten übersteigen.

Diese Veränderungen sind weit mehr als ein bloßer Modellwechsel. Sie bestimmen das Produktions- und Akkumulationsregime, die Art und Weise der Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion, das Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Mit ihnen geht eine Machtverschiebung einher, sowohl innerhalb einzelner Staaten und Staatengruppen als auch zwischen diesen, zwischen Institutionen, Interessengruppen, Branchen und sozialen Schichten. Die Stichworte hierfür lauten *Globalisierung*, nicht nur des Handels, sondern auch der Produktion, *Liberalisierung*, *Deregulierung*, *Privatisierung* und *Kommerzialisierung* sowie *Monetarisierung* so ziemlich aller Bereiche der Gesellschaft.

Es handelt sich hierbei um eine Transformation der *gesamten* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Im Lichte des Varieties-of-Capitalism-Ansatzes erscheint dieser Umbruch als *Übergang* von einer »koordinierten« zu einer »liberalen« Marktökonomie (vgl.



Hall, Soskice 2001). Im Kontext komparativer Untersuchungen, welche zwischen kontinentaleuropäischen und angloamerikanischen Systemen des Finanzkapitalismus unterscheiden, ist die Rede von einer erdrutschartigen Gewichtsverschiebung, welche dazu führt, dass ersteres System von der Weltkarte verschwindet und letzterem die Alleinherrschaft zufällt (vgl. Albert 1992). Diese Transformation impliziert einen Bedeutungszuwachs des Geld- oder zinstragenden Kapitals gegenüber dem produktiven Kapital. Die Spezifik des Finanzkapitals besteht darin, dass es, obwohl es im Wirtschaftsprozess agiert, *Geldkapital* ist – auch seiner Verwertungslogik nach, was in der Marxschen Formel  $G-G'$  seinen prägnantesten Ausdruck findet. Indem das Geldkapital im Finanzmarktkapitalismus zur bestimmenden Größe wird, wird der volkswirtschaftliche Gesamtprozess der Verwertungslogik des Geldes unterworfen. Das Geld und der Zinsmechanismus bestimmen nunmehr die Funktionsweise des Kapitalkreislaufs *insgesamt*, das Akkumulationsregime der Gesellschaft. Damit sind eine Reihe substanzieller Veränderungen im Verwertungsprozess des Kapitals verbunden. So kommt es zu einer *relativen* »Entkopplung von Produkt- und Kapitalmarkt« (Kühl 2003, S. 78) beziehungsweise zu Erscheinungen der »Verselbständigung« der monetären gegenüber der realwirtschaftlichen Sphäre.<sup>11</sup> Ausdruck dessen ist eine Ausdifferenzierung der Finanzsphäre in unterschiedliche Märkte, wovon die abgeleiteten, die sekundären und tertiären Segmente, ein immer größeres Gewicht erhalten.

In seiner ursprünglichen Bedeutung umfasst der Begriff *Finanzmarkt* den *Geldmarkt* als Markt für kurzfristige Transaktionen von Liquiditätstiteln und den *Kapitalmarkt* als Markt für langfristige, vor allem der Investitionsfinanzierung dienenden Geldanlagen beziehungsweise Kredite. Heute fächert sich bereits der Geldmarkt weit auf, indem bei den Liquiditätstiteln zwischen verschiedenen Liquiditätsgraden und Fristen unterschieden wird. Hinzu kommen die Devisen- und Sortenmärkte, welche den *Währungsmarkt* bilden.<sup>12</sup> Zum Kapitalmarkt zählen neben den (1) klassischen Kreditmärkten für Unternehmen, Regierungen und Privatpersonen, (2) der *Primärmarkt* für Wertpapiere, auf dem sich Unternehmen und Regierungen durch die Ausgabe von Aktien oder die Auflage von Anleihen über die Börse direkt beim Publikum finanzieren, (3) der bedeutend größere *Sekundärmarkt* für Wertpapiere, auf welchem bereits emittierte Papiere gehandelt, be- und verliehen sowie besichert werden, und (4) der Markt für abgeleitete Finanzprodukte (*Derivate*), welche sich vor allem auf Forderungen und Verbindlichkeiten in der Zukunft beziehen beziehungsweise der Immunisierung gegen Zins- und Wechselkursänderungen dienen (vgl. Huffschild 2002, S. 25).

Auf diese Weise entsteht neben dem primären, produktiven Verwertungsprozess ein sekundärer, spekulativer und größtenteils fiktiver Prozess, der sich durch die Emission und Zirkulation von Derivaten »reflexiv vervielfältigt« und inzwischen den primären Verwertungsprozess volumenmäßig übersteigt (Deutschmann 2005, S. 63).<sup>13</sup> Es ist dies ein Phänomen, worin sich die fortgeschrittene Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion offenbart, aber auch der Vorrang des Rentiers und Finanzinvestors gegenüber dem produktiven Unternehmer (vgl. Deutschmann 2006; Fiehler 2000). Damit wer-

11 Inwieweit eine solche Verselbständigung der Geldsphäre gegenüber der realen Ökonomie möglich ist bzw. tatsächlich zu konstatieren, ist umstritten. Vgl. dazu Heine, Herr 1996.

12 Allein hier belaufen sich die täglich getätigten Umsätze auf eine Summe von 1,5 Billionen US Dollar, ein Vielfaches des transnationalen Güterhandels.

13 Bereits 1998 war zu lesen, dass durchschnittlich jeden Tag 1.230 Mrd. US-Dollar »um die Welt« rasen. »Lediglich drei Prozent davon dienen der Abwicklung des Warenverkehrs. Die übrigen 97 Prozent sind reine Finanztransfers, Kapital, das vor allem auf der Suche nach kurz- oder langfristigen Anlagemöglichkeiten ist.« (BVI 1998, S. 41)

14 Während die Wirtschaftsleistung in der Welt gegenwärtig auf rund 60 Billionen US-Dollar geschätzt wird, liegt die globale Aktienmarkt-Kapitalisierung bei ca. 55 Billionen US-Dollar, handelbare Schuldverschreibungen sind etwa 70 Billionen US-Dollar wert und das Volumen der Derivate umfasst nominal 1 600 Billionen US-Dollar, das 27-fache der realen Wirtschaftsleistung (Berliner Zeitung 1. 2. 08).

15 Der Aktienhandel an den europäischen Wertpapierbörsen wuchs von 1990 bis 2000 auf das 13,6-fache, von 1,4 Billionen US-Dollar auf 19,1 Billionen US-Dollar. Gleichzeitig erhöhte sich in der Europäischen Union die Marktkapitalisierung (der Kurswert der Aktien) von 65 Prozent auf 161 Prozent, in der Eurozone sogar von 21 Prozent auf 89 Prozent des BIP. In Deutschland lag dieser Wert 1999 bei 67,8 Prozent (ECB 2001, S. 10; Beckmann 2007, S. 55). Pro Tag werden an den Weltbörsen mehr als zwei Billionen US-Dollar umgesetzt.

den Erscheinungsformen des »fiktiven Kapitals« sowie Finanzinnovationen und Derivate wie Optionen, Swaps, Futures, Junkbonds, diverse Commercial Paper, Asset Backed Securities (ABS), Discount-, Basket-, Index und Bonus-Zertifikate, Aktienanleihen usw. zu Schlüsselgrößen für die Finanzmärkte und ihre Bewegungen, Kursänderungen usw. zu Auslösern ökonomischer Ver- und Entwertungsprozesse.<sup>14</sup> In diesem Zusammenhang kommt es zu eklatanten Verschiebungen in den Macht- und Entscheidungsstrukturen: Aktionäre und Finanzinvestoren gewinnen an Einfluss, ebenso Analysten, Rating-Experten und Fondsmanager, während Industrie-Manager, Kreditbanker und Finanzpolitiker an Macht, Einfluss und Ansehen verlieren.

Trotz teilweise rückläufigen externen Finanzbedarfs steigt die Abhängigkeit der Unternehmen von den globalen Finanzmärkten. Dabei tritt die Investitionsfinanzierung gegenüber dem spekulativ ausgerichteten *Finanzinvestment* in den Hintergrund. Dies tangiert selbstverständlich die Einkommensströme, mehr aber noch die Vermögensstruktur. So kommt es zu massiven Vermögensumschichtungen und zu einer strukturellen Neuordnung der betrieblichen und privaten Finanzvermögen. Dabei spielen spekulative Verwertungsprozesse, die zur Reichtumskonzentration beitragen, aber auch enorme Entwertungen in und durch Finanzkrisen, wie sie früher nur durch Kriege ausgelöst wurden, eine zunehmende Rolle. Zugleich wird die *finanzielle* Vermögenssituation der privaten Haushalte, deren Liquidität und Performance, immer mehr zur bestimmenden Größe für die soziale Differenzierung und Polarisierung in der Gesellschaft, für gesellschaftlichen Auf- und Abstieg wie für Wohlfahrt und Sicherheit.

### *Empirische Befunde*

Die sich gegenwärtig vollziehende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zum Finanzmarktkapitalismus lässt sich an einer Reihe von Einzelprozessen und Phänomenen festmachen:

- Zwischen den Hauptwährungen der Welt (US-Dollar, Euro und Yen) besteht ein Regime *flexibler Wechselkurse* als Funktionsbedingung für globale Devisen- und Finanzmärkte. Dies impliziert die Möglichkeit hoher Volatilität und extremer Kursschwankungen und macht das System anfällig für Krisen und spekulative Angriffe.
- Der internationale Kapitalsverkehr ist *vollständig liberalisiert*, Kapitalverkehrskontrollen sind abgeschafft.
- Das Handelsvolumen auf den internationalen Finanzmärkten hat sich explosionsartig vergrößert. Es übersteigt den Umfang des Güteraustauschs um ein Vielfaches.<sup>15</sup>
- Damit verbunden ist eine *qualitative* Veränderung, insbesondere die gewachsene Integration und globale Vernetzung der Märkte, aber auch die Veränderung der gehandelten Produkte, welchen heute überwiegend Derivate und Finanzinnovationen sind.
- Das Handelsvolumen der Finanzinnovationen wächst rasant und übersteigt das Volumen der Aktien und Anleihen. Zwischen 1987 und 1998 erhöhte sich das nominale Volumen der Derivate von 1,6 auf 65,9 Billionen US-Dollar. Das ist ein Anstieg auf das Vierzigfache! Für 2001 wird nach Angaben der *Bank for International*

*Settlements* (BIS) das Gesamtvolumen aller Finanzderivate auf mehr als 120 Billionen US-Dollar geschätzt. Arbeitstäglich werden an den Börsen Derivate im Umfang von 2 209 Milliarden US-Dollar gehandelt. Dies entspricht einem Jahresumsatz von 696 Billionen US-Dollar. Da nur rund ein Fünftel des Derivatehandels an den Börsen abgewickelt wird, vier Fünftel aber außerbörslich, ist der Gesamtumfang noch wesentlich höher.<sup>16</sup>

- Kein anderer Markt ist, was die gehandelten Produkte anbetrifft, derart innovativ wie die Finanzmärkte. Finanzmarktinnovationen verdrängen mehr und mehr die klassischen Geld- und Kapitalmarkt-titel.

- Die Verbriefung von Krediten (Securitization) und der Handel mit derivaten Wertpapieren ersetzt zunehmend das klassische Kreditgeschäft. Damit tritt der Kapitalmarkt an die Stelle des Bankkredits. Aber selbst für die Banken werden die Einnahmen aus dem sekundären Wertpapierhandel, aus Fusionen und Börsenplatzierungen zunehmend wichtiger als das Einlagen- und Kreditgeschäft. Dies führt zu Umstrukturierungen in der Finanzbranche selbst (Beckmann 2007, S. 10).

- Eng damit verknüpft ist der Wandel der *Akteure*. Waren dies früher Zentral- und Geschäftsbanken, Versicherungen und Unternehmer, die auf den Geld- und Kapitalmärkten Geld- und Wertpapiergeschäfte tätigten, so sind dies heute überwiegend institutionelle Anleger, Investmentfonds und -banken, Off-Shore-Banken, Hedge-Fonds<sup>17</sup>, Pensionsfonds sowie Rating-Agenturen, die hier agieren, enorme Vermögen einsetzen und diese (spekulativ) verwerten.<sup>18</sup>

- Für 2006 wird das von institutionellen Anlegern verwaltete Vermögen auf mehr als 55 Billionen US-Dollar geschätzt. In Deutschland stieg sein Umfang von 1990 bis 2001 von 599 Milliarden US-Dollar auf 1,47 Billionen US-Dollar an.<sup>19</sup>

- In den einzelnen Ländern verteilt sich das Vermögen sehr unterschiedlich auf die institutionellen Anleger: So entfällt in den USA der größte Teil des Vermögens auf Pensionsfonds, während in Deutschland, Frankreich und in Großbritannien rund 50 Prozent des Vermögens auf Versicherungen entfallen. Überall jedoch nimmt der Anteil der Investmentfonds rasch zu und steigt das Fondsvermögen überproportional an.<sup>20</sup>

- Dabei beschränkt sich die Rolle der institutionellen Anleger keineswegs auf Finanztransaktionen, sondern ihr Einfluss erstreckt sich auch auf die Politik. So geben sie global geltende Regeln für die Bonitätsbewertung von Staats- und Unternehmensanleihen vor, definieren internationale Corporate Governance Codes, beeinflussen mit ihrem Kauf- und Verkaufsverhalten die Wertentwicklung von Unternehmen und ganzen Branchen und unterstützen oder konterkarieren damit nicht unwesentlich die Wirtschaftspolitik.<sup>21</sup>

- Direkter Ausdruck des finanzkapitalistischen Umbaus der Gesellschaft ist die seit Ende der 1990er Jahre zu beobachtende *neue Investmentkultur*<sup>22</sup>, welche breite Kreise der Bevölkerung erfasst. Ebenso der sukzessive Umbau der Altersvorsorge in ein System privaten Kapitalsparens. In Deutschland verdoppelte sich im letzten Jahrzehnt die Zahl der Aktionäre und Fondsanteilseigner. 2007 waren es 10,3 Millionen, davon entfielen 8,7 Millionen auf die alten

16 Allein das Handelsvolumen der Zinsfutures lag 2001 bei 420 Billionen US-Dollar, der Bestand bemaß sich auf 9,1 Billionen US-Dollar. (Huffschnid 2002, S. 52, 59)

17 Das von Hedge-Fonds verwaltete Kapital hat sich in den letzten 6 Jahren verfünffacht. 2006 betrug es 1,6 Billionen US-Dollar (Wahl 2008, S. 5).

18 In den USA hielten die institutionellen Anleger 2005 Kapitalanlagen im Umfang von 26,5 Billionen US-Dollar, das ist weit mehr als der Gesamtumfang der nationalen Wertschöpfung (International Financial Services 2006, S. 4).

19 Insgesamt entfiel auf die Europäische Union ein Vermögensumfang der institutionellen Anleger von 15,6 Billionen US-Dollar (International Financial Services 2006, S. 4; DAI 2003, 8. 8).

20 In Deutschland stieg der Umfang des Fondsvermögens von 5 Mrd. Euro 1970 auf 129 Mrd. Euro 1990 an. Im Jahr 2000, im Zenit der Börseneuphorie und Begeisterung für den Neuen Markt, waren es 932 Mrd. Euro (BVI 2002, S. 64). 2003 waren in Fonds noch 822 Mrd. Euro angelegt (Beckmann 2007, S. 62 f.).

21 »Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten« (Breuer 2000).

22 Zur Aktienkultur bzw. -unkultur in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre: vgl. Strocjan 2002.

und 1,6 Millionen auf die neuen Länder. Rund 6,5 Prozent der Bevölkerung sind direkt in Aktien investiert, doppelt so viele in Fonds (vgl. Tabelle 1). Hinzu kommen rund eine halbe Million Besitzer von Zertifikaten.

Tabelle 1:  
**Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer in Deutschland (in 1000)**

	1988	1992	1996	1998	2000	2001	2002	2004	2007
Aktionäre	3.192	3.984	3.754	4.515	6.211	5.694	5.000	4.605	4.047
Fondsbesitzer				3.185	8.365	9.766	8.637	7.843	7.947
Gesamtzahl				6.789	11.828	12.853	11.549	10.504	10.317

Quelle: DAI-Factbook 08.3-Zahl-D, Stand: März 2008

23 Für die Berechnung dieser Relation wird in der Regel die Umlaufrendite inländischer Schuldverschreibungen (mit einer Restlaufzeit von mindestens fünf Jahren) zugrunde gelegt bzw. der Zinssatz für Dreimonatsgeld. Da es sich hierbei um nominale Größen handelt, ist für die Bestimmung realer Zinssätze jeweils die Inflationsrate in Abzug zu bringen. Dabei wird auf den Index der Verbraucherpreise zurückgegriffen, welcher laut Deutscher Bundesbank »eine gute Näherung an das gesamtwirtschaftliche Preisniveau« darstellt. Mithin gilt:  $r = i - Pe$  bzw. in Form der Fisher-Parität geschrieben:  $(1+i) = (1+r)(1+Pe)$ , wobei  $r$  für den realen und  $i$  für den nominalen Zins stehen und  $Pe$  für die erwartete Preissteigerungsrate (vgl. Deutsche Bundesbank 2001, S. 35 f.)

24 Dies gilt für die USA, wo 1981 die Kurve des Realzinses die Kurve der Veränderungsrate des realen BIP schneidet und dann bis 2003 einen ähnlichen Verlauf aufweist wie diese.

### *Relation von Realzins und Wachstumsrate*

Der zentrale Indikator für den finanzkapitalistischen Umbau der Wirtschaft ist das *Verhältnis von Realzins und Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP)*. Bis in die 1970er Jahre überstieg die jährliche Wachstumsrate des BIP in der Regel den realen Zinssatz auf den Geld- und Kapitalmärkten.<sup>23</sup> Seit Anfang der 1980er Jahre gilt dies nicht mehr: Nunmehr liegt das Zinsniveau gleichauf mit der Wachstumsrate<sup>24</sup> oder darüber. Die Differenz zwischen beiden Größen gilt gemeinhin als geeigneter Indikator für die nähere Bestimmung des Akkumulationsregimes. Eine Größenverschiebung beziehungsweise ein Wechsel des Vorzeichens lassen darauf schließen, dass sich hier eine gravierende Veränderung vollzogen hat.

Dies lässt sich empirisch gut zeigen: Stellt man den durchschnittlichen Realzins auf 10-jährige Staatsanleihen der durchschnittlichen realen Wachstumsrate des BIP gegenüber, so ergibt sich für die Jahre 1959 bis 1971 eine Differenz von -1,99. Dies bedeutet, dass die Zinsaufwendungen vollständig aus dem Zuwachs des BIP bestritten wurden und das Wirtschaftswachstum trotzdem noch hinreichte, um einen allgemeinen Wohlfahrtsanstieg zu ermöglichen. Für die Jahre 1972 bis 1981 beträgt die Differenz dagegen +0,69. Dies deutet auf einen Regimewechsel hin. Da diese Differenz in dieser Periode in anderen Ländern jedoch noch negativ war<sup>25</sup>, spricht einiges für einen geldpolitischen Alleingang Deutschlands während der 1970er Jahre, für ein »geldpolitisches Experiment« (von Hagen 1998, S. 439). Anfang der 1980er Jahre kommt es dann jedoch *weltweit* zu einer Umkehr der Relation: Zwischen 1982 und 2001 ist die Differenz zwischen Realzinsen und durchschnittlicher Wachstumsrate in allen kapitalistischen Ländern *positiv*. Diese Entwicklung setzt sich, wenn auch mit geringer werdender Signifikanz, bis zuletzt fort. In der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Differenz zwischen 1982 und 1991 +3,11, 1992 bis 2001 +2,76 und von 2002 bis 2007 +1,03.<sup>26</sup>

Der Wechsel des Vorzeichens (von - zu +) steht für den Übergang vom staatlich regulierten, fordistischen Kapitalismus zum liberalen

Finanzmarktkapitalismus.<sup>27</sup> Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass dieser Wechsel durch *zwei* Prozesse hervorgerufen wird: Zum einen durch das nachlassende Wirtschaftswachstum seit Mitte der 1970er Jahre. Und zum anderen durch den Anstieg des realen Zinsniveaus auf den Geld- und Kapitalmärkten, wofür weniger der Konjunkturverlauf und der periodische Zinszyklus als die Zins- und Wechselkursentwicklung an den internationalen Finanzmärkten und die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank ausschlaggebend war.

Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine drastische Anhebung des nominalen Zinsniveaus, wodurch auch die Realzinsen nach oben gezogen wurden. Mitte der 1970er Jahre aber fielen sie wieder, auf dem Kapitalmarkt bis auf einen historischen Tiefstand von nahe Null, auf dem Geldmarkt kurzzeitig sogar unter Null, um sich dann jedoch, nach 1980, oberhalb des langjährigen Durchschnitts zu stabilisieren (vgl. Deutsche Bundesbank 1991, S. 31 f.; 2001, S. 42 ff.). Seitdem scheint ein hohes Realzinsniveau für Deutschland ebenso typisch zu sein wie ein geringes Wirtschaftswachstum. Im Übrigen ist wegen der »zentralen Bedeutung« des Realzinses für die Konjunktur und das langfristige Wachstum die »Abweichung« des tatsächlichen vom neutralen Zins immer auch ein »Indikator für den Restriktionsgrad der Geldpolitik« (Deutsche Bundesbank 2001, S. 47).

Tabelle 2:

**Zinsentwicklung 1960 bis 2006 (in Prozent), Quartalsdaten**

	Kapitalmarkt*		Geldmarkt**		
	Nominal	Realzins		Nominal-	Real-
		ex ante	ex post	zins	zins
1960:1-1968:4	6,53	4,23	3,49	4,47	2,01
1969:1-1978:2	8,15	3,86	3,17	6,91	2,14
1978:3-1986:2	8,06	3,71	5,62	7,28	3,46
1986:3-1994:1	7,13	5,12	4,51	6,93	4,58
1994:2-2001:1	5,40	3,13	3,91	3,88	2,29
2001:1-2006:4	3,97	-	2,34	2,90	1,27

\* Umlaufrendite inländischer Schuldverschreibungen (ab 1974 mit einer Restlaufzeit von 5 bis 6 Jahren);

\*\* Dreimonatsgeld.

Zuletzt lag der Zins jedoch wieder deutlich unter der Wachstumsrate, wofür wirtschaftspolitische Eingriffe verantwortlich gemacht werden. Ein ähnliches Bild zeichnet sich für Japan ab. In einer Reihe von europäischen Ländern jedoch, in Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich, kommt es 1981/82 tatsächlich zu einer Umkehr der Relation, die bis 2004 anhält. Erst im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung klettert die Wachstumsrate wieder leicht über den Zinssatz (vgl. Flassbeck, Spiecker 2007, S. 179, 298 f.).

25 Vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 69; Altvater 2006, S. 121.

26 Sehr deutlich dokumentiert sich der Regimewechsel in den aggregierten Daten für die G-7-Staaten: Hier betrug die Differenz im Durchschnitt der Jahre 1946 bis 1958 -0,36, von 1959 bis 1971 -3,15 und von 1972 bis 1981 -2,87, von 1982 bis 1991 dagegen +2,30 und 1992 bis 2001 +2,13 (Deutscher Bundestag 2002, S. 69).

27 Vgl. hierzu Deutscher Bundestag 2002, S. 69 ff.; Beckmann 2007, S. 43 f.; Flassbeck, Spiecker 2007, S. 177 ff.

Ausschlaggebend ist, dass das Wirtschaftswachstum seit den 1970er Jahren offenbar nicht mehr ausreicht, um die Zinsforderungen, das heißt die Ansprüche des Geldkapitals, voll zu befriedigen. Es kommt daher zu strukturellen Verschiebungen bei den Primäreinkommen und zu einer kapitalmarktinduzierten Redistribution von Einkommen und Vermögen: Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigt, während der Anteil der Einkommen aus Arbeit sinkt. Dies ist verbunden mit einer beschleunigten Akkumulation von Geldkapital, auch in fiktiver Form, während die reale Investitionstätigkeit zurückgeht. Die Gewinndynamik von Finanzunternehmen übersteigt die Gewinne nichtfinanzieller Unternehmen (vgl. Bischoff 2006: 35 ff.). Dadurch wird ein *circulus viciosus* in Gang gesetzt, welcher zu sinkenden Investitionsquoten und niedrigen Wachstumsraten auf der einen Seite und einer unproduktiven Reichtumpolarisierung auf der anderen Seite führt. Im Extremfall kann dieser Prozess in eine Stagnations- und Deflationsspirale münden. Er ist aber auch Ergebnis konkreter Politik und kein objektives, zwingend eintretendes Gesetz. Es ginge also auch anders.

Analysiert man die dafür relevanten Daten, so kann man sich des Eindrucks eines bewusst herbeigeführten Trendwechsels Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre kaum entziehen. Zumal diese Entwicklung mit der Chronologie des Umbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft ziemlich exakt übereinstimmt. Elmar Altvater gibt einen Überblick, über welche Schritte und Maßnahmen die Zinsen Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre nach oben geschleust wurden (2006, S. 117 ff.). Eine ähnliche Analyse legten Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker 2007 vor.<sup>28</sup> Sie machen für die veränderte Relation von Realzins und Wirtschaftswachstum jedoch ausschließlich die neomonetaristische Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank verantwortlich, während meines Erachtens hierzu auch der nachhaltige Rückgang des Wirtschaftswachstums beiträgt.

Die Folgen finanzmarktkapitalistischer Entwicklung sind vielschichtig: *Zum einen* ergeben sich hieraus gegenüber der Zeit davor geringere Wachstumschancen, was vor allem aus der tendenziellen Verteuerung der Kredite und Investitionen resultiert. Die Umlaufrendite von Schuldverschreibungen entspricht ziemlich genau den Opportunitätskosten einer Finanzanlage oder realen Investition. Insofern sind die realen Zinsen in der Tat »von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Konjunktur und das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft«, wie selbst die Deutsche Bundesbank einräumt (2001, S. 47). *Zum anderen* führt die Stabilitätspolitik der Zentralbank tendenziell zu einer Aufwertung der Währung. Dadurch erhöht sich der Wert des Finanzvermögens, zugleich verschlechtern sich aber die Exportchancen und damit die Möglichkeiten wirtschaftlicher Expansion. Die in Deutschland praktizierte Strategie eines »Lohndumping« ist als direkte Reaktion hierauf zu werten. Denn sie kommt einer realen Abwertung gleich und sichert damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter den Bedingungen eines starken Euro. Der »Preis« dafür besteht jedoch im Zurückbleiben der Binnennachfrage, was sich bei nachlassender Auslandsnachfrage als konjunkturpolitische Bremse erweist.

28 »Seit 1980 lag der Realzins nie mehr spürbar geschweige denn längere Zeit unter der Wachstumsrate, vielmehr übertraf er sie von 1980 bis 1989 um durchschnittlich 1,8 Prozentpunkte und seit der deutschen Wiedervereinigung 1991 bis heute beträgt der Abstand immerhin 1,3 Prozentpunkte.« (Flassbeck, Spiecker 2007, S. 180).

Nicht zu übersehen ist auch, dass unter diesen Bedingungen die (privaten) Geldvermögen weit schneller wachsen als die Realwirtschaft und mit diesen die binnenwirtschaftlichen Schulden und der Kapitalexport. Da eine inflationäre Entwertung der Finanzvermögen und Schulden unter diesen Bedingungen kaum stattfindet, kommt es zu wachsenden Ungleichgewichten in der Volkswirtschaft. Die Geldvermögen wachsen, verstärkt durch den Zinseszinsseffekt, exponentiell, während die Schuldner real einen immer höheren Schuldendienst zu leisten haben. Dies hat beachtenswerte Redistribuitionseffekte zur Folge (vgl. Moewes 2004; Deutschmann 2002). Dabei stärken die hohen Realzinsen die Position der Vermögenden und lassen die spekulative Anlage von Geldkapital mitunter attraktiver erscheinen als eine Realinvestition. Dies gilt insbesondere für Banken und Finanzintermediäre, die mit fremdem Geld, mit Kundeneinlagen, auf internationalen Märkten spekulieren, weil ihnen dies eine höhere Rendite verspricht als das Kreditgeschäft in der heimischen Wirtschaft. Mitunter sind sie aber durch die Sparpolitik der Länder und Kommunen auch geradezu dazu gezwungen, auf fremden Märkten aktiv zu werden, um so den Ausfall der inländischen Kreditnachfrage auszugleichen.<sup>29</sup>

#### *Ambivalenz des Finanzmarktkapitalismus*

Im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus treffen wir auf eine Kräfte- und Interessenkonstellation, die eher auf *hohe* und stabile Realzinsen setzt als auf wirtschaftliche Dynamik. Gedeckt wird diese Prioritätensetzung durch die neomonetaristische Theorie, welche unter den wirtschaftspolitischen Zielen den Vorrang der Geldwertstabilität betont und diesen zum alleinigen Ziel der Geldpolitik erklärt. Dies stößt auf Kritik, vor allem bei jenen, die im Finanzmarktkapitalismus ohnehin nur eine Deformation der sozialstaatlich ausbalancierten Wachstums- und Wohlfahrtsgesellschaft der 1960er und 1970er Jahre erblicken, einen »Spekulations- und Kasinokapitalismus« (Hickel 2007; 2008), worin die monetäre Sphäre von der Realsphäre »entkoppelt« ist (Zinn 1997, S. 93), wo Hunderte Billionen US-Dollar und Euro als »vagabundierendes Kapital« auf der Suche nach einer renditeträchtigen Anlage um den Globus jagen (Bischoff 2006, S. 7) und der »Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment« (Huffs Schmid 2002, S. 38) vollzogen ist.

Demgegenüber sehen andere, weniger radikale Kritiker im Finanzkapital und seinem Verwertungsregime den sozioökonomischen Kern eines »neuen Kapitalismus«. Dieser unterscheidet sich qualitativ vom Produktions- und Akkumulationsregime fordistischer Prägung und trägt neben Deformationserscheinungen auch Züge einer neuen geldwirtschaftlichen Rationalität in sich (vgl. Aglietta 2000; Boyer, Durand 1997). In diesem Kontext erscheint der globale Charakter der Finanzmärkte nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance für eine globale Regulation der Weltwirtschaft. Ebenso bieten Finanzinnovationen die Möglichkeit, riesige Kapitalmassen zu mobilisieren und auf diese Weise globale Probleme zu lösen. Und die weltweite Streuung des Aktienbesitzes erlaubt eine neue Herangehensweise an das Eigentumsproblem (vgl. Rifkin 2007; Busch

29 Das früher in diesem Ausmaß kaum denkbare Engagement der Landesbanken auf spekulativen Märkten erklärt sich zumindest zu einem Teil aus dem Dilemma dieser Banken, über steigende Einlagen zu verfügen, für welche sie eine marktgerechte Rendite erwirtschaften müssen, infolge der Sparpolitik des Staates aber keine ausreichende Kreditnachfrage vorzufinden. Riskante Geschäfte im Ausland stellten hierfür vorübergehend eine Lösung dar. Die Subprimekrise offenbarte jedoch, welche Risiken und Verlustpotenziale hierin impliziert waren.

2003). Eine dritte Position würdigt besonders diese Momente und hofft darauf, die systemimmanenten Defekte des Finanzmarktkapitalismus durch Konventionen und institutionelle Arrangements wie Corporate Social Responsibility (vgl. hierzu Beyer, Hiss 2007) in den Griff zu bekommen.

Die Diskussion zwischen den Positionen dauert an. Gleichwohl markiert der Finanzmarktkapitalismus bereits heute eine neue Stufe in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Während immer größere Teile von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Markt- und Geldlogik bestimmt werden, bilden sich »Elemente eines nachfordistischen Produktionsmodells« (Dörre, Brinkmann 2005, S. 86), gelangen neue Formen der gesellschaftlichen Interaktion zum Durchbruch und verbinden sich individuelle Freiheit in der Arbeit und im Konsum auf neue Weise mit marktbestimmten und von Finanzkalkülen diktierten Zwängen. In der gegenüber früheren Formen des Kapitalismus zweifelsohne gewachsenen Rationalität und gestiegenen Effizienz des monetär gesteuerten und global organisierten Verwertungsprozesses einerseits und der Blindheit gegenüber langfristigen Lebensinteressen der Menschheit, gegenüber nachhaltigen Produktionszielen, sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung andererseits zeigt sich die *Ambivalenz* des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus. Die hierin zum Ausdruck kommenden Gefahren zu bannen und gleichzeitig die Chancen zu nutzen, ist die Aufgabe der Zukunft.

#### Literatur

- Abelshäuser, Werner 2005: Die Wirtschaft des deutschen Kaiserreichs: Ein Treibhaus nachindustrieller Institutionen, in: Windolf (Hrsg.), a. a. O., S. 172-195.
- Abelshäuser, Werner 2004: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München.
- Aglietta, Michel 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Albert, Michel 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a. M./New York.
- Altwater, Elmar 2006: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen, Münster.
- Baethge, Martin et al. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Erster Bericht, Wiesbaden 2005.
- Bagehot, Walter 1920: Das Herz der Weltwirtschaft. Die Lombarden-Straße, Essen.
- Beckmann, Martin 2007: Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie, Münster.
- Behrens, Fritz 1981: Grundriss der Geschichte der Politischen Ökonomie. Die Politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik, Berlin.
- Beyer, Jürgen; Hiß, Stefanie (Hrsg.) 2007: Aktionärsinteresse versus soziale Verantwortung, in: Berliner Debatte Initial (18) 4-5 2007, S. 3-82.
- Bischoff, Joachim 2006: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF): Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: Monatsbericht April 2002, S. 47-65.
- Bundesverband Deutscher Investmentbanken (BVI) 1998: Jahresbericht 1998, Frankfurt a. M.
- Busch, Ulrich 2003: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: UTOPIE kreativ 155, S. 830-840.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) 1998: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München.
- Deutsche Bundesbank 1994: Geldpolitische Implikationen der zunehmenden Verwendung derivativer Finanzinstrumente, in: Monatsbericht November.
- Deutsche Bundesbank 2001: Realzinsen: Entwicklung und Determinanten, in: Monatsbericht Juli, S. 33-50.
- Deutsches Aktieninstitut (DAI) (2003) 2008: Factbook, Frankfurt a. M.
- Deutscher Bundestag 2002: Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Abschlussbericht, Berlin.
- Deutschmann, Christoph (Hrsg.) 2002: Die gesellschaftliche Macht des Geldes. Leviathan, Sonderheft 21, Wiesbaden.
- Deutschmann, Christoph 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise, in: Windolf, Paul (Hrsg.), a. a. O., S. 58-84.
- Deutschmann, Christoph 2006: Keynes und die Rentiers, in: Berliner Debatte Initial (17) 4/2006, S. 22-36.
- Dörre, Klaus; Brinkmann, Ulrich 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells?, in: Windolf (Hrsg.), a. a. O., S. 85-116.
- European Central Bank (ECB) 2001: The European Equity Market, Frankfurt a. M.
- Fiehler, Fritz 2000: Die Gesellschaft der Vermögensbesitzer, Hamburg.



- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike 2007: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen, Frankfurt/M.
- Hagen, Jürgen von 1998: Geldpolitik auf neuen Wegen (1971-1978), in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), a. a. O., S. 439-473.
- Hall, Peter; Soskice, David 2001: Varieties of Capitalism, Oxford.
- Heine, Michael; Herr, Hansjörg 1996: Money Makes the World Go Round. Über die Verselbständigung der Geldsphäre und andere Mißverständnisse, in: Prokla (103), 2/1996, S. 197-225.
- Hickel, Rudolf 2007: Die Krise des Spekulationskapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (10) 2007, S. 1157-1161.
- Hickel, Rudolf 2008: Keynes und der Kasinokapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (5) 2007, S. 105-107.
- Hilferding, Rudolf 1915: Arbeitsgemeinschaft der Klassen?, in: Der Kampf 8, S. 321-329.
- Hilferding, Rudolf 1955: Das Finanzkapital, Berlin.
- International Financial Services 2006: Financial Market Trends, Europe vs. US 2006, October.
- Kaufmann, Stephan 2008: Ein Geschenk an die Finanzmärkte, in: Berliner Zeitung, 1.2.
- Kuczynski, Jürgen 1965: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 26, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen 1975: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin.
- Kühl, Stefan 2003: Exit. Wie Risikokapital die Regeln der Wirtschaft verändert, Frankfurt a. M.
- Lenin, W. I. 1981: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin, S. 189-309.
- Marx, Karl 1969: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Band 23, Berlin
- Marx, Karl 1970: Das Kapital. Dritter Band, in: Marx/Engels: Werke, Band 25, Berlin.
- Marx, Karl 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels: Werke, Band 42, Berlin.
- Moewes, Günther 2004: Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern, Wien, München.
- Sinn, Hans-Werner 2008: Wenn Banken mit Zitronen handeln, in: Börsen-Zeitung vom 26.4.
- Sombart, Werner 1916: Der moderne Kapitalismus, 1.-3. Bd, München und Leipzig.
- Sommer, Rainer 2008: IWF: Subprimekrise kostet 945 Milliarden Dollar, [www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel](http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel), 17. 4. 2008.
- Stroczan, Katharine 2002: Der schlafende DAX oder das Behagen in der Unkultur, Berlin.
- Wahl, Peter 2008: Finanzmärkte als Entwicklungshemmnis, Manuskript 25.1. (online-Publikation).
- Weber, Axel 2008 a: Aktuelle Finanzmarktfragen, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 15 vom 9. 4., S. 3-5.
- Weber, Axel 2008 b: Die Subprime-Krise. Ursachen und Folgen für das Kreditwesen, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 18 vom 29. 4., S. 3-6.
- Weber, Max 1920: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen, S. 17-206.
- Windolf, Paul 2005: Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, in: Ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 20-57.
- Windolf, Paul (Hrsg.) 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45, Wiesbaden.
- Zinn, Karl-Georg 1997: Jenseits der Marktmythen, Hamburg.

JÖRG ROESLER

## Zwei Währungsreformen im besetzten Deutschland

Konzepte und Korrekturen

### *Die Notwendigkeit einer Währungsreform in Nachkriegsdeutschland*

»Nur selten kam eine Überraschung so wenig überraschend wie diese Geldreform«, kommentierten Währungsexperten am 19. Juni 1948 die am Abend zuvor bekannt gegebene Währungsreform für die amerikanische, britische und die französische Besatzungszone. »Seit mehr als drei Jahren war sie überfällig.«

In der Tat, alle finanzpolitischen Daten sprachen dafür. Die Geldmenge in Deutschland war von 1939 bis Ende 1945 auf das Siebenfache gesteigert worden, vor allem um die Militärausgaben aufzubringen, die sich auf 510 Milliarden Reichsmark (RM) beliefen. Nach Kriegsende stand dieser durch die »geräuschlose Kriegsfinanzierung« entstandenen potentiellen Kaufkraft infolge der Kriegseinwirkungen und Kriegsfolgen kein personelles und sachliches Produktionspotential mehr gegenüber, das ausgereicht hätte, die Güternachfrage zu befriedigen. Die Diskrepanz zwischen der aufgeblähten Geldmenge und der zur Verfügung stehenden Warenmenge beförderte Schwarzmarktgeschäfte zu Preisen, die in der Regel um ein Vielfaches höher lagen als die offiziell beim Abkauf der Lebensmittelkarten zu entrichtenden Summen. Die Preisdifferenzen waren so enorm, dass bald jedermann die Notwendigkeit eines kräftigen Währungsschnitts einsah. Als im Mai 1948 die britische Militärregierung die Meinung der Berliner zur Währungsreform in Deutschland ermitteln ließ, antworteten auf die Frage, ob ein Geldschnitt tatsächlich notwendig sei, eine überwältigende Mehrheit von 81 Prozent mit »Ja«. Die Antwort dürfte repräsentativ für ganz Deutschland gewesen sein. Auch hinsichtlich des Umfangs des Währungsschnitts waren sich zumindest die Experten der Alliierten und der Deutschen in allen Besatzungszonen einig; 10 : 1.

Entsprechend des Potsdamer Abkommens hätte diese Währungsreform gemäß dem dort erzielten Übereinkommen, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten und zu behandeln, für alle vier Besatzungszonen gemeinsam erfolgen müssen. Eine derartige Geldreform wäre angesichts der noch keineswegs ausdifferenzierten Wirtschaftssysteme – in der Ostzone wie in den Westzonen war das Wirtschaftsleben durch ein engmaschiges Bewirtschaftungssystem geprägt und Enteignungen der Banken und der Großindustrie waren in beiden Teilen Deutschlands zumindest geplant – theoretisch möglich gewesen. Dem stand entgegen, dass beide in Deutschland tonangebenden Mächte – die USA auf der einen und die Sowjetunion

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Der Autor stützt sich zum Teil auf sein 2008 im Karl Dietz Verlag erschienenenes Buch »Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre ›Argumente‹ produzieren.« Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der »historische Lohn«, Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen, Heft 210 (Januar 2008).

auf der anderen Seite – mit dem Geldumtausch mehr beabsichtigten als die Gesundung der deutschen Währung herbeizuführen. Sie wollten mit der Währungsreform im von ihnen dominierten Teil Deutschlands die Durchsetzung des von ihnen favorisierten Wirtschaftssystems – Marktwirtschaft im Westen, Planwirtschaft im Osten – vorantreiben. Die US-Amerikaner gerieten dabei als Erste in Zugzwang: Anfang April hatte Präsident Truman den Marshallplan bestätigt, mit dem, wie der US-amerikanische Deutschlandshistoriker Charles S. Maier schreibt, die »Entwicklung eines stramm antikommunistischen Westeuropas gefordert wurde«. Im März 1948 waren auch die deutschen Westzonen in den Marshallplan einbezogen worden.

Dennoch wäre eine Zusammenarbeit der US-Amerikaner mit den Sowjets auch bei der Durchführung getrennter Währungsreformen noch möglich gewesen. Denn finanztechnisch gesehen war die Ausgangslage in Ost- und Westdeutschland – der gewaltige Geldüberhang – sehr ähnlich. Noch am 19. Juni, als alle die Antwort Marschall Sokolowskis, des Chefs der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland, auf die Bekanntmachung Clays und seiner Amtskollegen in der britischen und französischen Zone zum Geldumtausch erwarteten, wurde in Berlin über den »günstigsten Fall« einer Währungsreform für die Stadt spekuliert: »Die Russen führen in ihrer Zone eine solche Währungsreform durch, die wirtschaftlich und (finanz)technisch der westdeutschen so ähnlich ist, dass es im Grund doch nur eine Währung in Deutschland gibt.« Bestärkt wurde diese Auffassung noch als Informationen durchsickerten, in der SBZ sollte der Geldumlauf von 20 Milliarden DM auf 2,8 Milliarden DM zusammengeschnitten werden. Damit wäre eine weitgehende Übereinstimmung mit der Währungsreform im Westen erzielt. Doch zu einer zeitlichen Koordinierung beider Währungsreformen kam es nicht mehr.

### *Die Währungsformen in den Westzonen, der sowjetischen Zone und in Berlin*

Als die im Kontrollratsgebäude versammelten Mitglieder des Alliierten Finanzdirektoriums am Abend des 22. Juni 1948 ohne Ergebnis auseinander gingen, war offensichtlich, dass die Währungsreformen nicht einmal in Berlin zeitlich synchron ablaufen würden. Ab 24. Juni wurde in Ostberlin und ab 25. Juni in Westberlin die Reichsmark umgetauscht. Gegen den zu erwartenden Strom alter Reichsmarkscheine aus dem Westen, deren Besitzer die Umtauschstellen dort gescheut hatten, machte die SMAD die Grenze zur sowjetischen Zone dicht (»Blockade«). In Westberlin mussten am 24. und 26. Juni die Banken und die meisten Läden geschlossen bleiben, um das Einströmen von alten Reichsmark aus dem Osten abzuwehren. Jene Besucher aus der Sowjetzone im Westen, die tagelang an der Grenze festlagen ohne gültiges Geld zu besitzen und jene Berliner, die im Westen wohnten und im Osten arbeiteten erfuhren die erste große Eskalation des Kalten Krieges auf deutschem Boden unmittelbar am eigenen Leibe.

Für die Zukunft bedeutsamer aber waren für die Trennung der Deutschen voneinander die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland in den Umtauschbedingungen.

»Verlierer waren auf den ersten Blick alle, deren Rücklagen sich auf Bank- und Sparkassenkonten befanden. Die Spareinlagen reduzierten sich von 73,7 Milliarden RM auf 3,7 Milliarden DM. Sofern es sich um die einzige Form von Anlagen handelte, verloren deren Besitzer fast alles Vermögen. Unter den Betroffenen befanden sich vielfach Arbeiter und Angestellte, darunter auch Kleinverdiener. Sie hatten seit Beginn des Zweiten Weltkrieges ihr Geld, u. a. als Folge der Konsumeinschränkungen, in die öffentlichen Sparkassen getragen. Binnen weniger Jahre stieg die Sparsumme der Deutschen damals auf mehr als das Dreifache. In den öffentlichen Sparkassen hatten sich die Einlagen allein im Jahre 1942 um 15,1 Milliarden auf insgesamt 51,2 Milliarden RM erhöht. »Eisern gespart« wurde mit Blick auf die Zeit nach dem »Endsieg«. Viele Arbeiter und Angestellte versuchten so, ausreichend Geld zurückzulegen, um sich nach dem Krieg verschiedene Lebensträume erfüllen zu können. Die Währungsreform machte derartige Träume zunichte, sofern sie überhaupt die ersten Nachkriegsjahre überlebt hatten. Fast die Hälfte der vor der Währungsreform bestehenden Sparkonten erloschen durch die Umstellung. Ein großer Teil der einfachen Leute verfügte seit der Währungsreform über keinerlei Ersparnisse mehr. Besonders hart betroffen waren Flüchtlinge.«  
Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik, Berlin 2008, S. 26/27.

In den Westzonen wurden alle Bank- und Sparguthaben 10 : 0,65 umgestellt, das heißt wer bis dahin 100 Reichsmark auf seinem Konto gehabt hatte, erhielt dafür nur ganze 6,50 DM, der Verlust belief sich auf etwa 94 Prozent der Ersparnisse. Von dem Umstellungsverhältnis waren in den Westzonen (wie in der SBZ) solche regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Löhne, Gehälter, Mieten Pachteinnahmen, die Sozialversicherungsrenten der Arbeiter und Angestellten und Beamtenpensionen ausgenommen. Diese wurden 1 : 1 ausgezahlt.

So wenig sich an den Umtauschbedingungen in den Westzonen irgendeine Ungleichbehandlung von Personengruppen erkennen ließ, so unterschiedlich betroffen von der Währungsreform waren doch die verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Auf den ersten Blick waren für ein paar Tage, vom Empfang des Kopfgeldes von 40 DM am 20. Juni an gerechnet, alle Westdeutschen – bezogen auf ihre Kaufkraft – gleichgestellt. Danach ließen sich rasch Gewinner und Verlierer ausmachen. Gewinner waren in jedem Fall die Sachwertbesitzer, ob sie nun Fabriken, Häuser, Grundstücke oder Waren besaßen. Ihnen blieb ihr Wohlstand weitgehend unbeeinträchtigt erhalten. Auch das Umstellungsverhältnis der Aktienwerte lag für die Mehrzahl der Gesellschaften bei 1 : 1. Insgesamt ergab sich bei der Neufestsetzung des Aktienkapitals eine Umstellung von 10 : 8,2. Während die Mehrheit der Bevölkerung 94 Prozent ihres Geldvermögens verlor, belief sich der Verlust für die Aktionäre lediglich auf 18 Prozent. So begünstigt wurde nur eine Minderheit über Vermögen Verfügender, denn bei der überwiegenden Mehrheit der Westdeutschen war der Sachwert- beziehungsweise Aktienbesitz außerordentlich bescheiden. Diese Mehrheit, in der Regel Arbeiter und Angestellte, wurde somit zum Verlierer der Währungsreform. Die dadurch geschaffene soziale Schieflage vor Augen schrieb bereits einige Tage nach Bekanntgabe des Geldumtauschs für die Westzonen Willy Brandt im *Sozialdemokrat*: »Wir denken gar nicht daran, uns für die westliche Währungsreform zu begeistern. (...) Niemand kann erwarten, daß wir ›ja‹ sagen zu allen Einzelheiten der Prozedur, die man im Westen eingeleitet hat. Wir wissen gut genug, daß der Marshall-Plan nicht aus Nächstenliebe geboren wurde. Wir kennen unsere besitzbürgerlichen Pappenheimer und wissen, daß sie alles tun werden, um die Lasten der Sanierung auf die Schultern der breiten arbeitenden Schichten, der Rentner und Kleinsparer abzuwälzen.«

Die wirtschaftliche Sanierung wurde vor allem mit Hilfe des an die Währungsreform gekoppelten »Leitsatzgesetzes« realisiert. Das von Ludwig Erhard, dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, einer Art Wirtschaftsregierung der britischen und amerikanischen Bi-Zone initiierte und durchgepeitschte Gesetz beinhaltete eine weitgehende Freigabe der Preise für Gebrauchsgüter, die zu Preiserhöhungen für alle nicht auf Lebensmittelkarten erhältlichen Waren führte und angesichts eines (bis Anfang November) weiter geltenden Lohnstopps den Unternehmern satte Profite sicherte. Bald erfüllte sich auch eine weitere Voraussage Brandts, der mit Blick auf die Unternehmer prophezeit hatte: »Sie werden auch nicht umfassende Entlassungen scheuen.«

Ebenso wie die westdeutsche hatte die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone ihre ordnungspolitischen – in diesem Fall auf die Stärkung der planwirtschaftlichen Elemente zielenden – Einseitigkeiten. Heinrich Rau, der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), deren Verordnung über die Neuordnung der Währung zusammen mit dem diesbezüglichen Befehl 111 von Marschall Solokowski erschien, nahm kein Blatt vor den Mund: »Die staatlichen und kommunalen Haushalte, die volkseigenen Betriebe, die demokratischen Parteien und die freien Gewerkschaften sollen beim Umtausch bevorzugt behandelt werden.« Während die kommunalen und volkseigenen Betriebe ebenso wie die verstaatlichten Banken ihre Geldbeträge 1 : 1 umgetauscht bekamen, erhielten private Unternehmen den gleichen Satz nur bis zur Höhe eines wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände. Ansonsten galt der Umtauschsatz 10 : 1.

Weil beide Währungsreformen, die jeweils angestrebte zukünftige – kapitalistische beziehungsweise sozialistische – Wirtschaftsstruktur begünstigten, wiesen die Reformen unter sozialem Aspekt deutliche Unterschiede auf. Rau hatte die populäre Forderung, »die Kriegsgewinne auszuschalten und die Nachkriegersparnisse des kleinen Mannes zu erhalten« am Vorabend des Geldumtauschs im Osten zum eigentlichen Zweck der Währungsreform in der Ostzone erklärt. Das war kein Lippenbekenntnis, sondern eine programmatische Aussage. Von einer bedingungslos ausgezahlten Kopfquote von 70 Mark abgesehen wurden Barbeträge bis zu 100 RM im Regelfall 1 : 1 in DM Ost umgetauscht, Sparbeträge bis 1 000 RM im Verhältnis 5 : 1. Darüber hinaus und für die bis zum Kriegsende eingezahlten Beträge galt der Umtauschsatz 10 : 1. Bei Umtauschsummen über 3 000 DM Ost wurde zunächst der rechtmäßige Erwerb überprüft, das heißt untersucht, ob diesem Geldvermögen Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne zugrunde lagen. Unter dem Strich ergab sich für den Osten eine Umwertung des Geldumlaufs von 7,5 : 1, für die Westzonen einer von 10,9 : 1.

In der deutschen Wirtschaftsgeschichte der Nachwendezeit gilt die Nähe zur Expertenschätzung 10 : 1 für den notwendig gewordenen Währungsschnitt in der Nachkriegszeit als Kriterium dafür, ob die jeweilige Währungsreform »radikal« beziehungsweise »konsequent« (Steiner) war wie die westdeutsche, oder »wenig professionell« wie die ostdeutsche (Zschaler). Einmal abgesehen davon, dass hier die Währungsreformen unter rein finanztechnischen Kriterien beurteilt werden, obwohl es sich – sowohl die westdeutsche, mit dem »Leitsatzgesetz« gekoppelt, als »Doppelreform« (Prollius) wie auch die ostdeutsche mit ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Umtauschkursstaffelung – um komplexe wirtschaftspolitische Umstrukturierungsmaßnahmen handelte, blendet eine derartige Beurteilung aus, dass beide Währungsreformen ihre Defizite hatten, die bereits wenige Monate später zu deutlichen wirtschaftspolitischen Korrekturen zwangen.

### *Korrekturen der politischen und sozialen Auswirkungen der westdeutschen Währungsreform im Herbst 1948*

Die unmittelbaren Folgen der Währungsreform, so sehr sie auch die Kleinsparer und diejenigen benachteiligte, die allein von Lohn- und Gehaltszahlungen zu leben hatten, wären noch eher zu ertragen ge-

»Nach der von den drei westlichen Militärregierung verordneten Währungsreform führte auch die SMAD eine Währungsreform durch, die am 24. Juni 1948 in Kraft trat. ... Anders als in den Westzonen war der freie Handel mit Grundbesitz und Produktionsstätten in der SBZ nicht erlaubt. Einen Lastenausgleich gab es nicht. Während der westdeutsche Währungsreform wettbewerblichen Prinzipien zum Durchbruch verhalf, baute in der SBZ die Währungsreform die Wirtschaftsordnung weiter in Richtung staatliche Planwirtschaft aus: Rationierung, Zwangsbewirtschaftung und Preiskontrollen blieben bestehen. Beide Währungsreformen vollendeten die wirtschaftliche Teilung Deutschlands, bevor sie durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik politisch besiegelt wurde.«

Siegfried Kupper, in: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000, Berlin, S. 688/689.

wesen, wenn das Preisniveau stabil geblieben wäre, wie es der »konsequente Währungsschnitt« eigentlich hätte erwarten lassen. Wirtschaftsdirektor Erhard hatte tatsächlich in seiner Ansprache am Vorabend der Währungsreform und der Aufhebung der Bewirtschaft erklärt, dass die Tendenz zur Preissenkung überwiegen würde. Stattdessen stiegen die Preise für die Mehrzahl der Verbrauchsgüter rasch an. Währungsexperten sprachen von einer »Preis Anpassungs-inflation«. Von Juni bis Dezember 1948 verzeichnete der amtliche Preisindex bei Nahrungsmitteln eine Zunahme um insgesamt 20 Prozent und für Bekleidung um rund ein Drittel. Gleichzeitig blieb es – erst einmal aufgrund des Lohnstopps – bei einem Monatslohn von durchschnittlich 140 Mark. Für den größten Teil der Bevölkerung war mit der Preisfreigabe die bis dahin fast flächendeckende Rationierung in Form von Warenzuteilung durch eine »Rationierung durch den Preis« ersetzt worden, wie die Wirtschaftshistorikerin Irmgard Zündorf es treffend formulierte.

Bald trat eine Lage ein, die der Sozialhistoriker Gerhard Beier rückblickend so beurteilt hat: »Die horrenden Preissteigerungen nach der Währungsreform und der andauernde Lohnstopp hatten im Spätsommer 1948 zu wachsenden sozialen Spannungen mit klassenkämpferischen Akzenten geführt.« Der Unmut der Bevölkerung entbrannte zunächst gegen die unmittelbaren Repräsentanten der Teuerungswelle. In vielen Städten der Westzonen flogen Tomaten gegen die Händler und marschierten Hausfrauen protestierend durch die Straßen.

Schließlich sahen sich auch die Gewerkschaften, die anfangs nur zu einem – in der Praxis kaum zu realisierenden – Käuferstreik geraten hatten, gezwungen, sich an die Spitze der Teuerungsproteste zu stellen. Auf einer derartigen Protestkundgebung am 28. Oktober 1948 in Stuttgart waren Losungen zu sehen wie »Herunter mit den Preisen!« oder »Fort mit Professor Erhard!«. Auch trugen Demonstranten einen Galgen, unter dem eine Schlinge baumelte, an der ein Schild befestigt war: »Weg mit dem Preiswucher – oder ...!«. Im Anschluss an die Kundgebung ging ein Teil der Demonstranten gewalttätig gegen Auslagen in der Hauptgeschäftsstraße Stuttgarts vor. Zunächst wurden Polizeikräfte eingesetzt. Die Protestanten wehrten sich mit Stöcken und Steinen aus Hauseingängen heraus und von den Dächern. General Clay ließ schließlich Panzer einsetzen, um spät am Abend der Lage Herr zu werden.

Im Unterschied zu den »Stuttgarter Vorfällen« verlief der eintägige Generalstreik der Gewerkschaften in der Bizone – in der Französischen Besatzungszone war der Streik verboten worden – am 12. November 1948, der gegen die Teuerung und für mehr gewerkschaftliche Mitbestimmung unternommen wurde, ohne derartige Zwischenfälle, war aber ungeachtet dessen mit neun Millionen Teilnehmern ein außerordentlich eindrucksvoller Beweis für den Kampfeswillen der westdeutschen Lohnempfänger.

Erhard überlebte den »heißen Herbst 1948« zwar politisch. Amerikanischer Druck – Clay wusste, dass er nicht wiederholt Panzer gegen Demonstranten hätte einsetzen können – dürfte aber einiges von den Kompromissen bewirkt haben, die Erhard nach den »Stuttgarter Vorfällen« und dem Generalstreik in der Bizone bereit war

einzuweichen. Da »der Markt« erst einmal nicht in der Lage war, für »anständige« Verbraucherpreise zu sorgen und Kartenrationen – soweit beibehalten – sich nur auf einige Lebensmittel bezogen, musste »der Plan« es richten.

Das wichtigste der im Spätherbst 1948 eingeführten »Planungselemente« war das »Jedermann-Programm«. Der Grundgedanke des angedachten Produktionsplanes bestand darin, dass der Staat denjenigen Firmen Rohstoffe zuwies, die »ein nach Art und Qualität genau umschriebenes, als Jedermannsware zu kennzeichnendes Erzeugnis am billigsten und schnellsten auf den Markt« brachten. Auf diese Weise konnten qualitativ hochwertige und doch zu vorgegebenen Preislimiten von jedermann erwerbbarer Verbrauchsgüter angeboten werden.

Das Jedermann-Programm hatte ausgesprochen sozialen Charakter. Es schuf ein von den Wirkungen des Marktes geschütztes Warenssegment. Die Güter würden vor allem an minderbemittelte Käuferschichten gehen, die Verlierer von Währungsreform, Lohnstopp und Preisauftrieb.

Im Dezember 1948 verkündete der Erhard, immer noch von Misstrauensvoten der Bevölkerung verfolgt, als Antwort auf Forderungen der Gewerkschaften nach Verlängerung des für alle bezahlbaren Warenangebots, dass das Jedermann-Programm auf 70 bis 80 Prozent der gesamten Textilproduktion ausgedehnt werden solle. Im letzten Monat des Jahres wurden bei Schuhen bereits 60 Prozent des Angebots über das Programm produziert und verkauft. Das Programm wurde bis Anfang der 1950er Jahre, solange wie die aus der westdeutschen Währungsreform resultierenden beträchtlichen sozialen Verwerfungen andauerten, obwohl ordnungspolitisch ein Fremdkörper, doch zum Bestandteil der »sozialen Marktwirtschaft« in der frühen BRD.

#### *Korrekturen der finanztechnischen und sozialen Auswirkungen der ostdeutschen Währungsreform im Herbst 1948*

Über die Währungsumstellung in der sowjetischen Zone hieß es im Westberliner *Telegraf* Ende Juni 1948: »Die Währungsreform der Ostzone umkleidet sich mit einem angeblich besonderen sozialen Mäntelchen, aber in Wirklichkeit wird hier viel zu großzügig – um nicht zu sagen leichtfertig – vorgegangen. Der Kreis der Privilegierten ist zu groß, deren Barmittel und Konten nicht zusammengestrichen, sondern im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden. Auch bei der Behandlung der kleinen Sparer verfährt man scheinbar ziemlich großzügig.« Tatsächlich aber würde sie Schaden erleiden, denn man könne die Ostwährung »nur als eine neue Inflationswährung ansprechen«, als – wie dem Leser immer wieder suggeriert wurde – »Tapeutenmark«.

Der Tonfall dieser Einschätzung war offensichtlich von dem Gedanken geprägt, dem westlichen Leser die soziale Ungerechtigkeit der westdeutschen Währungsreform, die auch für die drei Westsektoren übernommen worden war, erträglich erscheinen zu lassen. Man fürchtete diesbezügliche Vorwürfe der über die ostdeutsche Währungsreform gut informierten Westberliner und war darüber hinaus sogar zu einigen kleineren, aber unmittelbar wirksamen Zu-

»Das Jedermann-Programm war keine Idee Erhards – konnte es eigentlich auch gar nicht sein, denn eine ›gelenkte Serienproduktion von Gütern des täglichen Bedarfs‹ widersprach seinem marktwirtschaftlichen Konzept. Anleihen für das westdeutsche Jedermann-Programm waren beim britischen Utility-Programm gemacht worden, mit dessen Hilfe dort seit 1941 standardisierte und preiswerte Bedarfsgüter zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung, besonders derjenigen mit geringem Einkommen, angeboten wurden. Das Utility-Programm war ein Kind der auf der keynesianischen Lehre beruhenden britischen Wirtschaftspolitik, in der die staatliche Lenkung der Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielte. Erhards ordoliberalen Vorstellungen von freier Marktwirtschaft, die über höhere Profite für die Unternehmen letztlich zum ›Wohlstand für alle‹ führen sollten, standen den keynesianischen Vorstellungen in vieler Hinsicht entgegen.«  
Jörg Roesler, a. a. O., Berlin 2008, S. 74/75.

geständnissen ihnen gegenüber bereit: In Westdeutschland wurde die erste Kopftauschsumme auf 40 DM begrenzt, der eine zweite von 20 DM folgte. In Westberlin wurden sofort 70 DM umgetauscht, genau so wie im sowjetisch besetzten Gebiet: In den drei Westzonen wurde die Kopfquote auf die Umtauschsumme angerechnet, in Westberlin nicht – genau wie im sowjetischen Sektor.

Im Kern aber hatte der *Telegraf* schon recht: Die die Kleinsparer und ordnungspolitisch gesehen staatliche Betriebe und Institutionen bevorzugende ostdeutsche Währungsreform hatte den Geldüberhang in der SBZ nicht vollständig beseitigen können. Sichtbarstes Ergebnis dessen war das Weiterbestehen des Schwarzmarktes, einer Institution der Nachkriegswirtschaft, die im Westen nach der Währungsreform relativ schnell verschwunden war. Der durch Lebensmittelkarten und Bezugscheine immer noch limitierte Zugang zu Konsumgütern und die einzig weiterhin bestehende Möglichkeit, sich zusätzliche Verbrauchsgüter über den Schwarzen Markt zu beschaffen, erweckten bei der ostdeutschen Bevölkerung den Eindruck, mit der Währungsreform habe sich bei ihnen kaum etwas geändert, gehe die durch Notstandsregelungen gekennzeichnete Nachkriegszeit weiter. Ein Blick in die vollen Läden in Westberlin beziehungsweise in westdeutschen Grenzstädten zeigte den Ostdeutschen zugleich, dass es auch anders ging, da man im anderen Teil Deutschlands Waren unbegrenzt kaufen konnte. Zwar druckten die ostdeutschen Zeitungen Nachrichten über die Protestaktionen gegen Teuerung in den Westzonen gern nach und wiesen immer wieder darauf hin, dass im Westen Deutschlands viele, gerade werktätige Menschen, sich die auf dem freien Markt angebotenen Güter überhaupt nicht kaufen könnten, aber der Eindruck, dass »drüben« wieder »normale« – das heißt Vorkriegsverhältnisse – eingetreten waren und im Osten nicht, der blieb.

In dieser Situation wurde es politisch wichtig, auch im Osten »freie Läden« zu haben, wo man unbeschränkt, das heißt nur begrenzt durch den Umfang des eigenen Geldbeutels, Waren über die durch Karten abgesicherte Grundversorgung hinaus kaufen kann. Finanztechnisch war ein solcher Schritt ebenfalls unumgänglich, um zu erreichen, dass die Beträge des Kaufkraftüberhangs, das überschüssige Geld also, in staatlich kontrollierte Kanäle und nicht auf den unkontrollierbaren Schwarzen Markt floss. Auch auf sozialem Gebiet waren Anreize zu schaffen, damit die durch Leistungssteigerung im Zuge der propagierten Aktivistenbewegung erzielbaren höheren Löhne (insbesondere der über »progressiven Leistungslohn« realisierbare beachtliche Mehrverdienst) auch in mehr Güter umgesetzt werden konnte.

Die Lösung für alle drei durch Einseitigkeiten der ostdeutschen Währungsreform verursachten Probleme hieß »freie Läden« beziehungsweise »freie Restaurants«, der zu diesem Zweck im November 1948 gegründeten staatlichen Handelsorganisation (HO) gehörten. In den Läden konnten die Ostdeutschen endlich Waren in unbeschränkten Mengen, allerdings zu wesentlich höheren als den »Kartenpreisen« kaufen. Die Läden boten den Käufern nicht nur eine besondere Warenfülle, sondern versprachen auch guten Service und eine angenehme Einkaufsatmosphäre: Nach zehnjähriger Pause



werde damit »echter Handel zur Deckung der Bedürfnisse der Bevölkerung wieder begonnen«, hieß es in einem Artikel des Verantwortlichen bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die Schaffung freier Läden, Erich Freund.

Im Vergleich zur hervorgehobenen »Rückkehr zur Normalität der Vorkriegszeit im Handel« wurde von Freund die finanzpolitische Seite der »freien Läden« und »freien Restaurants« nur kurz behandelt. Die Differenz zwischen den Rationierungs- und HO-Preisen bildete eine Art Verbrauchssteuer, die mit dem traditionell üblichen Namen Akzise bezeichnet wurde. »Über sie wurden große Teile des Geldes, das die Verbraucher in den staatlichen Läden ausgaben, in den Haushalt abgeführt«, schreibt die Wirtschaftshistorikerin Jennifer Schevardo.

Die neue Handelsorganisation ließ sich nicht besonders gut einfügen in das seit einem Halbjahrplan im Juli 1948 in der SBZ offiziell angelaufene Zeitalter der Planwirtschaft. Eine Preisbildung »nach Angebot und Nachfrage« hatte Erich Freund im *Neuen Deutschland* Mitte November 1948 angekündigt. Er enthielt sich dabei nicht, auf das Wirken von Marktkräften zu verweisen. »Es wird (...) Aufgabe der Handelsorganisation sein, die Käuferwünsche in den ersten Wochen bereits aufmerksam zu beobachten, damit die Warenlisten für das I. Quartal 1949 unter Berücksichtigung der Käuferwünsche erstellt werden können.« Keineswegs allein dem angestrebten sozialistischen Ideal entsprachen auch die von den Organisatoren der »freien Läden« akzeptierten Auswirkungen der HO auf unterschiedliche Käuferschichten. Zwar hob auch Freund hervor: »Es ist zu erwarten, dass die Arbeitsaktivisten der Ostzone und des Ostsektors von Berlin einen überwiegenden Teil der Käuferschichten darstellen werden.« Jedoch gelte, so betonte er, die Möglichkeit, unbegrenzt Waren in der HO einzukaufen für alle – also auch für die »Besserverdienenden«, das heißt die privaten Handwerker und Gewerbetreibenden sowie die gutverdienenden Angehörigen freier Berufe. Auch die Teilnahme von Schiebern und Spekulanten, »asozialen Elemente« nach Freund, am Einkauf in den freien Läden oder am Speisen in »freien Restaurants«, werde nicht verhindert werden können. Man solle sich damit trösten, dass die HO das beste Mittel im Kampf gegen den Schwarzmarkt sei und damit auch die Existenz der Schieber und Spekulanten bedrohe – einer Prophezeiung, die allerdings erst nach mehreren HO-Preissenkungen Anfang der 1950er Jahre wirklich zutraf.

#### *Schlussbemerkung: Neues Herangehen an die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit erforderlich*

Es zeigte sich bereits in den ersten Monaten nach den Währungsreformen im Westen und Osten Deutschlands, dass insbesondere aufgrund der vorgenommenen Verknüpfung der finanztechnischen mit ordnungs- und sozialpolitischen Zielen Korrekturen an der durch die Währungsreformen eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung notwendig wurden. In beiden Fällen zwangen die Folgen der Währungsreformen die Politik ihre einander ordnungspolitisch entgegengesetzten Konzepte bis zu einem gewissen Grade zu korrigieren und bei der Durchsetzung der »reinen Lehre«, sei es der

»freien Marktwirtschaft« beziehungsweise einer sozial gerechten, auf die Förderung der Staatsunternehmen Wert legenden Wirtschaftsplanung, Abstriche zu machen. Wenn man so will, brachten die im Herbst 1948 vorgenommenen Korrekturen an den wirtschaftlichen Folgen der Währungsreformen, die Wirtschaftspolitiken in West und Ost einander wieder näher, in dem die freie Marktwirtschaft planwirtschaftliche Elemente aufnahm und die im Entstehen begriffene Planwirtschaft marktwirtschaftliche Momente gelten ließ. Ursache war in beiden Fällen die Notwendigkeit, auf bestimmte Interessen von durch die Währungsreform benachteiligten Schichten stärker Rücksicht zu nehmen. Bei beiden deutschen Wirtschaften handelte es sich also zunächst einmal um »Mischsysteme«. Erkenntnisse wie diese konnte in den Jahren der durch den Kalten Krieg geprägten Wirtschaftsgeschichtsschreibung über die DDR beziehungsweise die Bundesrepublik nicht zu Tage gefördert werden. Eine diesbezügliche Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte steckt auch heute noch in den Anfängen, ja sie wird durch die zum Teil dominierende Umformung der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik entsprechend neoliberalen Grundsätzen geradezu hintertrieben.

#### Literatur

- Rolf Badstübner, (Leiter des Autorenkollektivs): Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin 1989.
- Karsten Broosch : Die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR, Herdecke 1998.
- Gernot Gutmann: Die Währungsreform in Ostdeutschland und die Entwicklung des Geld- und Bankwesens in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24/1997, S. 13-19.
- Herbert Krafft: Marktwirtschaft auf dem Prüfstand. 45 Jahre Berliner Wirtschaft, Offenbach 1984.
- Jochen Laufer: Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage 1944-1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45/1998, S. 455-485.
- Katharina Pence: Building Socialist Worker-Consumers: The Paradoxical Construction of the Handelsorganisation HO 1948, in: Peter Hübner, Klaus Tenfelde, Arbeiter in der SBZ/DDR, Essen 1999, S. 497-526.
- Jennifer Schevardo: Von der Kartenwirtschaft zum »Exquisit«: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln/Weimar, Wien 2006, S. 87-127.
- André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Michael W. Wolff: Die Währungsreform in Berlin 1948, Berlin/New York 1991.
- Frank Zschaler: Die vergessene Währungsreform: Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45/1997, S. 191-223.



## THOMAS PHILIPP

# Pragmatische und normative Grundlagen der Linken

In regelmäßigen Abständen kommt die Frage auf »Was ist heute links?«.<sup>1</sup> Jüngst hat sich Erhard Eppler daran gemacht, eine Antwort zu formulieren und sie zur Diskussion zu stellen.<sup>2</sup> Bevor der Blick auf Epplers aktuelle Positionsbestimmung der Linken fällt, ist es vorab notwendig zu klären, ob identitätslogisches Denken, wie es in der Frage »Was ist heute links?« zum Ausdruck kommt, im Kontext postmoderner Differenzdiskurse überhaupt noch plausibel zu machen ist, zielt diese Denkungsart doch auf Einheit in der Vielheit.

Adorno lehnt dieses identitätslogische Denken strikt ab, weil es, so mahnt er, »auf Totalität aus«<sup>3</sup> sei. Ihm komme es darauf an, den Widerspruch im Denken lebendig zu halten. Und dies könne nur gelingen, wenn Denken dialektisch verfare, denn die Dialektik sei »das konsequente Bewusstsein von Nichtidentität.«<sup>4</sup> Angesichts dieser Fundamentalkritik kann es kaum verwundern, wenn Identitätsdiskurse auf Skepsis oder teilweise sogar auf scharfe Ablehnung stoßen.<sup>5</sup> Ist eine rigide Ablehnung des Identitätsbegriffs aber angemessen und sinnvoll?

Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, sich derart radikal von identitätstheoretischen Vorstellungen zu lösen, und zwar aus folgendem Grund: Identität und Differenz sind zwei Seiten einer Medaille und stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander. Identität lässt sich also mit anderen Worten nicht ohne einen Rückbezug auf Differenz und Differenz lässt sich nicht losgelöst von einem identitären Kern dekonstruieren. Zwei Überlegungen sollen dies – zumindest ansatzweise – kurz verdeutlichen. Identität bedeutet, etymologisch gesehen, »völlige Übereinstimmung«, »absolute Wesenseinheit bzw. -gleichheit«. Offenkundig gibt es eine solche Selbigkeit im strengen Sinne nicht. Denn dies würde bedeuten, den »Menschen an sich« zu definieren. Tatsächlich aber ist der Mensch stets in soziale Kontexte eingebunden; der Andere bzw. die Anderen müssen mithin immer einbezogen werden, wenn es darum geht, etwas über den Einzelnen als Person sagen zu wollen. Unter der Voraussetzung von Pluralität kann Identität demnach nicht bedeuten, ein Subjekt durch »unbewegliche, der Zeit und Kontingenz entzogene Attribute« zu identifizieren (Straub 2004, S. 277). Eine solche starre, zeit- und raumlose Selbigkeit gibt es nicht. Daher leuchtet es zunächst ein, Differenz in den Mittelpunkt philosophischer Denksysteme zu stellen.

Desgleichen aber ist jedes Subjekt damit beschäftigt, sich im Spiegel des und der Anderen ein Bild von sich selbst zu machen. Die Erkundung der eigenen Person mittels der Frage »Wer bin ich?« zielt

Thomas Philipp – Jg. 1966, M. A., Studium der Politischen Wissenschaften, Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie, Erwachsenenpädagogik; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen (Teilbereich: Politische Theorie/Ideengeschichte) und als Dozent in der beruflichen Aus- und Fortbildung. Letzte Veröffentlichung: Thomas Philipp, et al. (Hrsg.): Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2008, hierin: Der liberale Rechts- und Verfassungsstaat: Zur Genese und Bedeutung der Trennung von Recht und Religion.

1 Aktueller Anlass zur Erörterung der Frage war in den beiden vorangegangenen Jahren die Gründung der WASG respektive der Zusammenschluss von PDS

darauf ab, das eigene, wandelbare Selbst zu erkennen. Diese identitäre Selbstverortung ist allerdings an bestimmte Faktoren gebunden: Niemand hat die Möglichkeit, seine körperliche Bedingtheit zu umgehen und sich die Zeitumstände seiner Existenz selbst zu wählen. Die individuellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verdichten sich zusammen mit den Wechselfällen des Lebens zu einer *individuellen* Biographie. Straub spricht deshalb in Anlehnung an Ricœur von der »Kontinuität einer Person in der Zeit« (Ebenda, S. 283). Das Leben selbst und der Verlauf desselben seien deshalb als Einheit bzw. Identität des Einzelnen anzusehen, ohne dass diese existenzielle Selbstbeschreibung an einem Punkt komplett abgeschlossen und damit völlig eindeutig bestimmbar sei. Straub sieht Identität demzufolge als ein Paradoxon: Sie wird dauerhaft angestrebt und bleibt doch fortwährend unerreicht. Eben diese paradoxe Konstellation kennzeichnet das Zusammenwirken von Einheit und Differenz. Inwiefern lässt sich dieses individualistische Identitätsverständnis auf Linke als Kollektiv übertragen?

Es ist gewiss nicht unproblematisch, von einer kollektiven Identität zu sprechen, weil ein Kollektiv im Unterschied zu einem Individuum keinen sozialen Körper im Sinne einer sicht- und greifbaren Wirklichkeit hat. Assmann versteht kollektive Identität deshalb als eine »Metapher, eine imaginäre Größe, ein soziales Konstrukt« (Assmann 1992, S. 132). So gibt es etwa nicht *die* Gemeinschaft der Europäer als eine fixierte Wesenseinheit, gleichwohl spricht man zu Recht von einer europäischen Identität. Es existiert also mit anderen Worten etwas, was die Europäer miteinander verbindet (gemeinsame Geschichte, kulturelle Werte, politische Institutionen etc.), aber sie sind deshalb trotzdem oder gerade deswegen keine homogene Einheit, in der alle gleich sind. Kurzum: Versteht man Identität im Sinne von Adorno als das »All-Eine«, so sind die Vorbehalte gegen diesen Begriff durchaus plausibel (Adorno 1998b, S. 506). Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass diese begriffliche Fixierung keineswegs zwingend notwendig ist. Ganz im Gegenteil: Erst wenn Identität (Inklusion) und Differenz (Exklusion) in ihrem Zusammenspiel betrachtet werden und nicht bloß als simples Gegenüber angesehen werden, wird der Mehrwert ihrer Reziprozität deutlich (vgl. Habermas 1989, S. 153 ff.; zur Orientierung an einem Differenzdenken vgl. Clam 2002).

Im Hinblick auf die Bestimmung des Begriffs links bedeutet dies: Es gibt nicht *die* Linke als eine geschlossene und festzementierte Einheit. Aber links ist umgekehrt eben auch kein Terminus, der nach Belieben definiert werden kann, denn trotz aller Divergenzen darüber, was links eigentlich heißt, existiert doch so etwas wie die *raison d'être* der Linken.<sup>6</sup> Worin besteht dieser Kern linker Identität?

Eppers Synopse zur Bestimmung des Identitätsprofils der Linken ist, wie auch kaum anders zu erwarten war, von sozialdemokratischen Ideen der letzten vierzig Jahre durchwoben. Für ihn bedeutet links heute Folgendes:

- Engagement für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Basis des Grundsatzes: »Hilfe für die Schwachen mit dem Wohl des Ganzen in Einklang bringen«<sup>7</sup>;

- Abschied von einem einfältigen Fortschrittsglauben im Sinne ei-

und WASG zur »Die Linke«. Vgl. dazu Greffrath 2005: S. 1-4, Seils 2007: S. 1-2. Zum Programm und Profil der neuen Partei vgl. Fickingler 2007.

2 Eppler 2006: S. 1130 ff.

3 Adorno 1998b: S. 506.

4 Ebenda, S. 17.

5 Detlev Claussen behauptet sogar, dass heute keine denkender Mensch »das Wort Identität in den Mund nehmen und positiv verwenden kann, ohne rot zu werden« (Claussen 1995, S. 29). Zur Kritik an identitätstheoretischen Orientierungen vgl. Guggenberger 1987, Luhmann 1993: S. 14-30, Ricken 2002: S. 318-359. Zum Begriff Identität vgl. Straub 2004. Zum Einstieg und Überblick in die Debatte vgl. Marquard/Stierle 1979.

6 Identitätsdiskurse sind ferner deshalb nicht antiquiert und überflüssig, weil sie eine ureigene Dimension des Politischen sind, und zwar insofern, als jeder Gründungsakt eines politischen Gemeinwesens Prinzipien und Regeln festlegt, die das Zusammenleben der Bürger anleiten und bestimmen. Diese bilden gleichsam den identitären Bezugspunkt für das politische Denken und Handeln. Aber auch jenseits dieser abstrakten Dimension des Politischen spielt das Moment der Identifikation eine wichtige Rolle. Vereinigungen, Gruppen, Parteien, Organisationen: Politik ist immer an das Miteinander von mehreren Personen gebunden, die kooperieren, weil sie gemeinsame Ziele und/oder Interessen haben. Letztere werden in Klassifizierungen

wie liberal, konservativ, links, ökologisch-radikal begrifflich verdichtet.

7 Eppler 2006: S. 1336.

8 Ebenda, S. 1337.

9 Vgl. Ebenda, S. 1341 f.

10 Glotz 1993: S. 125.

11 Vgl. Giddens 1995, Bobbio 1989.

nes »Weiter so« hin zu einem bewussten Fortschrittswillen, das heißt: technische Innovationen müssen danach bewertet werden, ob sie den Menschen und der Gesellschaft zuträglich sind;

- Abkehr von einseitigen Menschenbildern, stattdessen (in Anlehnung an das Berliner Programm der SPD von 1989) die Charakterisierung des Menschen als lern- und vernunftfähig einerseits sowie fehlbar andererseits (die Fehlbarkeit schließe ein, dass der Mensch auch »in Unmenschlichkeit zurückfallen«<sup>8</sup> kann);

- Bekenntnis zu einer sozialen Marktwirtschaft, da weder eine staatlich gelenkte Zentralverwaltungswirtschaft noch der ultraliberale Marktstaat, wo alles und alle zur Waren werden, als Orientierung dienen könnten;

- Fürsprache für eine lebendige Demokratie verstanden als ein System der Machtzuteilung auf Zeit, das durch institutionelle Mechanismen vor Machtanhäufung und Machtmissbrauch zu schützen sei, wobei in Anlehnung an Willy Brandt eben auch eine aktive Bürgerschaft zu einer demokratischen Ordnung gehört;

- Überwindung nationalstaatlicher Engstirnigkeiten, denn nur durch supra- und transnationale Politikmuster könne das global agierende Kapital wirksam in Schach gehalten werden;

- Verurteilung des Krieges, da kriegerische Auseinandersetzungen heute mehr denn je unkalkulierbar geworden sind, auch und gerade für die waffentechnisch überlegene Seite.<sup>9</sup>

Es ist zu vermuten, dass europäische Christdemokraten und Liberale ganz ähnlich argumentierten, wären sie aufgefordert, politische Leitsätze zu formulieren. Gewiss, hier und da würden gemäßigte Konservative und Liberale abweichende Gewichtungen vornehmen, aber im Großen und Ganzen bliebe es wahrscheinlich bei kosmetischen Korrekturen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass nach dem Untergang des realexistierenden Sozialismus und vor dem Hintergrund einer ausufernden neoliberalen Globalisierung bestimmte Leitideen *quer* zu der Unterscheidung von links und rechts stehen. Peter Glotz spricht in diesem Kontext deshalb von »vernünftigen Forderungen«, die »zum Allgemeingut der demokratischen Kräfte«<sup>10</sup> in der Bundesrepublik geworden sind und mit eher nur geringen Abweichungen parteiübergreifende Zustimmung finden. Verwischt damit Unterscheidung zwischen links und rechts?

Anthony Giddens, Norberto Bobbio und das Gros der sogenannten Postmodernisten plädieren bei aller Unterschiedlichkeit im Detail für eine Abkehr von diesem Begriffsschema.<sup>11</sup> Sie verweisen darauf, dass die politischen Lager in vielen Belangen nicht mehr so eindeutig und trennscharf voneinander zu unterscheiden seien, wie dies noch vor einhundert Jahren oder noch früher der Fall gewesen war. Aber weil sich rechts und links hier und da angleichen oder sich die Vorzeichen sogar verkehren, also zum Beispiel Linke rechts-konservative Ideen adaptieren, wie es die Entwicklungen in Frankreich zeigen, bedeutet dies keineswegs, dass politische Farblehren und Lagerbildungen völlig obsolet geworden sind. Es besteht vielmehr die Notwendigkeit, genauer hinzuschauen, da sich manche Divergenzen erst in der Detailsicht zeigen.

Eine Sondierung der linken Identität ist aber nicht nur deshalb schwierig, weil sich die Beobachter der politischen Topographie un-

eins sind. Auch innerhalb der Linken selbst gibt es eine verwirrende Uneindeutigkeit: Während die einen im Sog der globalen Umbrüche, »die eigene, offenbar seit langem überanstrengte linke Identität zu opfern«<sup>12</sup> bereit sind, um auf diese Weise eine politische Neuverortung möglich zu machen, halten die anderen strikt »an der eigenen Identität«<sup>13</sup> fest. Für sie gibt es keinen Grund, das eigene politische Profil kritisch zu prüfen. Zwischen diesen beiden Extrempositionen lassen sich die »Links-Modernisten« positionieren. Das sind all jene, die der (eigenen) linken Identität mit einer reflexiven Offenheit gegenüberstehen, also bereit sind, ihre eigene Selbstverortung zu hinterfragen und gegebenenfalls auch zu verändern.

12 Dubiel 1994: S. 13.

13 Ebenda.

Will man im Hinblick auf die Sondierung des gegenwärtigen Identitätsprofils der Linken weder vorschnell sämtliche Traditionsbestände über Bord werfen noch krampfhaft an ihnen festhalten, sind aus meiner Sicht drei Aspekte für eine Analyse von Belang:

*Erstens* ist es unabdingbar, die politischen Rahmenbedingungen der Gegenwart auszuloten. Das bedeutet, in einem ersten Schritt gilt es zu analysieren, welche Prämissen überhaupt zu Grunde zu legen sind, wenn es darum geht zu bestimmen, was heute links ist.

*Zweitens* halte ich es für sinnvoll, einige zentrale Bestandsmerkmale der Linken aus ihrer Entstehungsgeschichte in Erinnerung zu rufen. Auf diese Weise wird einesteils sichtbar, was links ursprünglich bedeutete. Und andernteils lässt sich prüfen, inwiefern diese Ursprungsideen noch ausreichen, das heterogene Identitätsprofil der Linken in der Gegenwart anzuleiten.

*Drittens* ist es geboten, darüber nachzudenken, welche Kontur das linke Identitätsprofil haben muss, um den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Im Verlauf der einzelnen Reflexionsschritte verdichten sich die nachfolgenden Erörterungen zu fünf Thesen, in denen die Überlegungen am Ende des Beitrags zusammengefasst werden sollen.

### *Politische Lehren und Grundannahmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*

In einem ersten Schritt sind zunächst die historisch bedingten Prämissen zu nennen und darzulegen, die einen Blick nach vorn tragen können; sie dienen mithin gleichsam als Fundament der Fortschreibung linker Identität zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Es gibt auf absehbare Zeit keine ordnungspolitische Alternative zur Ökonomie des Wettbewerbs, der Konkurrenz und des Profits. Damit ist, um es ganz deutlich zu sagen, *nicht* beabsichtigt, den Status quo zu zementieren. Selbstverständlich können Wirtschaftsordnungen zukünftig eine völlig neue Gestalt annehmen. Aber bis auf Weiteres besteht nur die Möglichkeit, sich auf »einer langen Skala von mehr oder weniger temperierten Kapitalismen«<sup>14</sup> einzuordnen. Das bedeutet, der Markt ist als das wesentliche Strukturprinzip der ökonomischen Ordnung in modernen Gesellschaften anzusehen. Allerdings wäre es töricht, Marktwirtschaft und Kapitalismus einfach gleichzusetzen. Denn das freie Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf verschiedenen Märkten ist nur ein Teilmoment kapitalistischer Systeme. Sie sind zudem dadurch gekennzeichnet, »Kapital zu akkumulieren,«<sup>15</sup> also, vereinfacht gesagt, einen erwirtschaft-

14 Glotz 1993: S. 123.

15 Heilbroner 1994: S. 38.

teten Gewinn mit dem Ziel zu reinvestieren, den Kapitalertrag zu steigern. Je mehr diese Kapitalertragssteigerungen die Gesellschaft als Ganzes und nicht nur die ökonomische Sphäre kennzeichnen, desto weiter klappt die Lücke zwischen einer wettbewerbsorientierten Marktordnung, in der Friktionen sozial abgefedert werden, und einem rein-kapitalistischen Gesellschaftssystem, in dem ökonomische Nutzenkalküle und Profitmaximierungen das Denken und Handeln ausnahmslos anleiten, auseinander. Was folgt aber für die Linke aus der Annahme, dass in ordnungstheoretischer Hinsicht im Bereich der Ökonomie derzeit keine Systemalternative im eigentlichen Sinne zur Verfügung steht?

Keineswegs bedeutet dies, einer fundamentalen Kapitalismuskritik den Boden zu entziehen. Ganz im Gegenteil. Vielleicht besteht heute, da die kapitalistische Wirtschaftsweise den Globus fast flächendeckend beherrscht, überhaupt erst die Chance, Alternativen ernsthaft zu diskutieren, ohne sogleich in den Verdacht zu geraten, einer sozialistischen Propaganda zuspähen zu wollen. Warum ist es überhaupt so schwierig, ökonomische Alternativen auszumachen?

16 Adorno 1971: S. 157.

17 Offe 1986: S. 97.

18 George 2004: S. 121.

Für Adorno rührt dies daher, dass das Denken im Laufe der Modernisierung immer mehr »einer praktischen Vorzensur unterworfen wird.«<sup>16</sup> Das bedeutet: Theoretische Reflexionen bleiben ohne visionäre Energie, weil sich immer gleich Fragen der praktischen Umsetzung anschließen, sobald sie zur Diskussion gestellt werden. Heute müssen alle ökonomischen Alternativen mit anderen Worten die Praxistauglichkeit mit einbeziehen und plausibel machen. Das führt, ob man es gutheißt oder kritisiert, zu einer *visionären Leere*. Die Situation der »Nullutopie«<sup>17</sup>, wie Claus Offe sie bezeichnet, ist für die Linke dennoch eine Chance: Denn die bittere Erkenntnis, dass es im ökonomischen Bereich keine alternativen Projekte gibt, die flächendeckend über starke Korrekturen des Marktes hinausgehen, macht es möglich, die Aufmerksamkeit auf die Veränderung des bestehenden Systems zu lenken. Dies wird nicht jeden Linken gleichermaßen begeistern. Aber es ist, wie Susan George betont, schon schwer genug, in einer kapitalistischen Ordnung »überhaupt eine Verbesserung zu erzielen.«<sup>18</sup> so dass es angesichts der geringen Chance auf revolutionäre Veränderungen durchaus plausibel ist, sämtliche Energien darauf zu richten, gegen die ungezügelte Dynamik und instrumentelle Logik des Kapitalismus, wie sie sich vor allem auf den globalen Finanzmärkten zeigen, zu agieren. Was folgt aus diesen Überlegungen?

Es gibt derzeit, wie gesagt, keine Alternative zum Kapitalismus, desgleichen aber auch kein Gegenmodell zu einem aktiven Staat, der die rein profitorientierte Ökonomie im Zaum hält. Die eigentliche Alternative besteht demzufolge nicht mehr darin, sich zwischen der Ökonomie des Staates *oder* der des Marktes zu entscheiden, sondern Wirtschaftsordnungen sind in modernen Gesellschaften nur als markt-staatliche Gebilde plausibel zu machen. Denn nur das Zusammenspiel aus Wettbewerbssystem und staatlicher Intervention gewährleistet, dass sich die Entfaltung der Freiheit nicht nur nach den Maßgaben der Kapital- und Finanzinteressen vollzieht, wie umgekehrt nur eine Marktordnung der innovativen Kraft schöpferischer Ideen einen gebührenden Freiraum gewährt. Oder anders gependet:



Während die Ökonomie durch zentralstaatliche Lenkung auf Dauer verödet, weil sie die Kreativität des Einzelnen einschränkt oder gar ganz zerstört, ist im sozialen Sektor der staatliche Zugriff unverzichtbar, weil ansonsten große Teile der Gesellschaft den Wettbewerbsprinzipien einer Konkurrenzwirtschaft schutzlos ausgeliefert sind. Kinder; Kranke, Behinderte und alte Menschen sowie diejenigen, die dem Leistungsdruck der Erwerbsgesellschaft nicht oder nur bedingt gewachsen sind, bedürfen des Schutzes und der Fürsorge durch die Allgemeinheit. Die lupenreine warenwirtschaftliche Logik des Marktsystems ist hier unzureichend, ja schädlich. Denn sie kann den sensiblen Anforderungen eines humanen Zusammenlebens nicht gerecht werden, weil Nutzenkalküle und Profitstreben ausschließlich an Leistung und Mehrwert orientiert sind. Linke sehen daher Staat und Gesellschaft, worauf Eppler zu Recht insistiert, in der Verantwortung, »Hilfe für die Schwächeren in Einklang zu bringen mit dem Wohl des Ganzen.«<sup>19</sup> Über das Ausmaß und die genaue Zuordnung der Verantwortlichkeiten wurde und wird innerhalb der Linken heftig gerungen.

Totalitäres Denken und Handeln haben im 20. Jahrhundert zu einem menschenverachtenden Terror geführt, der Millionen Menschen das Leben kostete. Diese Erfahrung macht es unumgänglich, für eine offene Gesellschaft mit einer demokratischen Ordnung zu plädieren. Auch Eppler setzt sich mit Nachdruck für eine lebendige und rechtsstaatlich gesicherte Demokratie ein. Der Begriff der Demokratie ist allerdings dehnbar: Nicht alle meinen immer dasselbe, wenn sie sich für ein demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Für die einen bezeichnet das Rätssystem das ideale Demokratiemodell,<sup>20</sup> andere favorisieren hingegen die Idee der deliberativen Demokratie und setzen sich für mehr direktdemokratische Mitbestimmung ein.<sup>21</sup> So oder so bleibt aber zur Konturierung linken Denkens und Handelns ein Prinzip leitend: Selbstbestimmtes Leben durch Partizipation. Für die Linke ist somit die partizipative Mitbestimmung in einer Demokratie keine Residualgröße, sondern ein, wenn nicht gar der wichtigste, Bezugspunkt.<sup>22</sup> Die Idee eines selbstbewussten und kritischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger setzt allerdings voraus, dass Demokratie im Sinne Deweys zu einer Lebensform wird, also alle Lebensbereiche, nicht nur der der Politik, von den Menschen mitgestaltet werden.<sup>23</sup> Links ist daher mit dem Anspruch versehen, die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben.<sup>24</sup> Dies führt allerdings in eine verquere Lage, denn die Ausweitung bzw. Stärkung der Demokratie muss mit der kapitalistischen Marktordnung, wie dargelegt, in Einklang gebracht werden.<sup>25</sup> Die eigentliche Herausforderung der Linken liegt demnach darin, das Zusammenspiel von Demokratie und Kapitalismus so zu regeln, dass politische und ökonomische Freiheit einerseits sowie rechtliche und soziale Gleichheit andererseits in ein stimmiges Gesamtgefüge gebracht werden.

Seitdem im Jahre 1986 der Reaktor in Tschernobyl explodierte und ein großes Gebiet radioaktiv verseuchte, sind zwei Erkenntnisse nahezu unumstritten. *Erstens*: Atomkraft ist weitaus gefährlicher als Betreiber und Regierungen immer wieder versichern. *Zweitens*: Die Risiken der Atomenergie tragen nicht einzelne Nationalstaaten, sondern sie bedrohen letztlich die gesamte Menschheit.

19 Eppler 2006: S. 1336.

20 Vgl. Arendt 2000: S. 319 ff.

21 Zu Formen, Theorien und Perspektiven von ›Demokratie‹ vgl. Assheuer/Berger 2000, Vorländer 2003. Zur anarchistischen Kritik vgl. Wilk 1999.

22 Vgl. Haug/Haug 2002: S. 46 ff.

23 Vgl. Dewey 2001, Himmelman 2001.

24 Zum Begriff und Konzept vgl. Lukács 1985, Schubert et al. 1994.

25 Auch wenn Demokratie und Kapitalismus im Prinzip gegeneinander wirken, darf, wie Heilbroner betont, nicht vergessen werden, »dass kein nicht-kapitalistisches Land jenen Grad an politischer, bürgerlicher, religiöser und intellektueller Freiheit erreicht hat, der in den Ländern des modernen Kapitalismus existiert«. Heilbroner 1994: S. 67. Zum Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus vgl. Deppe 1997, Thielen 2001.

In den letzten zwanzig Jahren sind viele weitere Gefährdungen globalen Ausmaßes deutlich geworden: *global warming* und dadurch bedingte Klimaveränderungen, rapides Artensterben aufgrund ungehemmter Naturausbeutung und nicht zuletzt die exorbitante Verschwendung von Energiere Ressourcen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich anzunehmen, dass politisches Handeln heute in vielen Belangen eine globale Dimension hat. Neben der Verschränkung von nationalen und übernationalen Räumen zeichnet sich ferner immer deutlicher die Notwendigkeit ab, auch die Last zukünftiger Generationen in die politischen Reflexions- und Entscheidungsprozesse zu integrieren, weil die Lasten der sich bereits abzeichnenden Fehlentwicklungen erst in einigen Jahrzehnten vollends zum Tragen kommen. Was folgt daraus für das Verständnis linker Identität?

Auf den ersten Blick hat diese räumliche und zeitliche Erweiterung des Horizontes mit der Bestimmung des linken Identitätsprofils nichts zu tun. Bei genauerem Hinsehen ist es aber durchaus möglich, einen Bogen dorthin zu schlagen. Denn im Unterschied zu konservativen Kräften, die häufig nationale oder gar nationalistische Töne im Bereich des Politischen anstimmen, haben linke Kräfte immer schon eine Internationalisierung angestrebt. Gerade die Hiobsbotschaften über das Ausmaß der Umweltzerstörungen lassen deshalb keinen Zweifel mehr daran, dass zukünftig »eine sozial-ökologische Regulierung«<sup>26</sup> immer wichtiger sein wird, »und zwar eine, die nicht an den Landesgrenzen halt macht, sondern weltweit wirkt und das Nord-Süd-Verhältnis umfasst.«<sup>27</sup> Für die Linke ist zukünftig also mit anderen Worten vorrangig der »Kampf für die menschlich-soziale Umgestaltung der Globalisierung«<sup>28</sup> notwendig. Dies kann nur durch eine Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Institutionen gelingen. In einem Satz: Linke Identität hat gegenwärtig bereits einen weltinnenpolitischen Einschlag, der zukünftig noch deutlich zunehmen wird.

Zwar bilden Nationalstaaten nach wie vor die Basis einer noch zu etablierenden »Weltinnenpolitik«, gleichwohl haben sich die politischen Konturen der internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten auch strukturell verändert. Maßgeblichen Anteil an diesen Veränderungen hatten die Entstehung, Festigung und sukzessive Erweiterung der Europäischen Union. Zunächst verfolgte die europäische Integrationsbewegung vorrangig ökonomische Ziele. Mit der Errichtung des europäischen Binnenmarktes vor nunmehr fast fünfzehn Jahren gelang es, einen Wirtschaftsraum zu realisieren, in dem der Handel mit Waren und Dienstleistungen weitgehend liberalisiert ist. Die Fortschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren aber seit jeher mit der Idee verbunden, den politischen Einigungsprozess in Europa voranzutreiben. Niemand wird gegenwärtig noch ernsthaft bezweifeln wollen, dass auch die politische Integration seit den Römischen Verträgen beachtliche Fortschritte gemacht hat. Gleichwohl ist der entscheidende Schritt im Hinblick zur Einheit Europas, nämlich die Verabschiedung einer europäischen Verfassung, vorerst gescheitert. Es war und ist umstritten, ob Europa eine Verfassung braucht. Aber unabhängig davon, welcher Weg der europäischen Einigung präferiert wird, eines scheint sicher: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind in Europa die nationalstaatliche und supranationale Ebene eng miteinander verwoben – nationale Politik kann daher nur noch im eu-

26 Haug/Haug 2002: S. 74.

27 Ebenda.

28 Ebenda.

ropäischen Maßstab sinnvoll gedacht werden. Hinzu kommt, dass allein ein starkes Europa überhaupt noch die Kraft hat, auf politische und ökonomische Entwicklungen gebührenden Einfluss zu nehmen. Mehr noch: Die eigentliche Bewährungsprobe besteht darin, »ob Europa in der Lage sein wird, dem global agierenden Kapital Rahmen zu zimmern, die so stabil sind, wie einst die nationalstaatlichen«,<sup>29</sup> ohne dabei aber übermäßig protektionistisch zu sein.

Wenn Politik in vielen Belangen grundsätzlich nur noch jenseits des Nationalstaates ihre Handlungskompetenz behält, dann liegt es nahe zu sagen: Nationale Politik ist heute europäisch. Für das linke Denken und Handeln bedeutet dies, dass die fortschreitende Unterminierung menschenwürdiger Standards durch neoliberale Tendenzen nur durch ein politisch handlungsfähiges und demokratisches verfasstes Europa gestoppt werden kann. In diesem Sinne ist Eppler zuzustimmen, wenn er konstatiert: »Links ist europäisch.«<sup>30</sup> Da aber auch viele Konservative und Liberale bekennende Europäer sind, besteht die Notwendigkeit, genauer zu bestimmen, was die Linke mit der Idee Europa im Kern verbindet und wo sie sich genau von Europavorstellungen anderer politischer Lager unterscheidet. Anhaltspunkt für ein originär linkseuropäisches Profil ist die Unterstützung postnationaler Demokratiemodelle, das bedeutet:

- Ausweitung demokratischer Teilhabe in Europa auf der Basis einer - Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft;<sup>31</sup>
- Demokratisierung der europäischen Institutionen;
- Hinwirkung auf ein soziales und gerechtes Europa.<sup>32</sup>

Diese drei Aspekte geben freilich nur eine erste grobe Orientierung – wichtig ist, festzuhalten, dass das linke Identitätsprofil zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine *europäische* Färbung bekommt.

In der Gesamtsicht verdichten sich die vier Grundannahmen zu einer reflexiv-institutionellen Verortung linker Identität. Das bedeutet: Alle gesellschaftlichen Teilbereiche können nicht mit einer »a-priori-Präferenz für einen bestimmten Organisationstypus«<sup>33</sup> belegt werden, sondern notwendig ist vielmehr ein kategoriales System, das Lernen (Reflexivität) und Beständigkeit (Institutionen) miteinander verschränkt. Anders formuliert: Alle dargelegten Grundannahmen sind, normativ gesehen, von der Idee getragen, dass der gesellschaftliche Wandel *kein* evolutionärer Selbststeuerungsprozess ist. Das hat zwei Konsequenzen. Dieses Grundverständnis schließt erstens kategorisch aus, institutionelle Ordnungen als ein Hindernis von Freiheit anzusehen. Zweitens ist ausgeschlossen, Momente als nebensächlich anzusehen, die Reflexivität stärken und ausweiten.

Mit dieser Kennzeichnung ist allerdings nur der erste Schritt im Hinblick auf Beantwortung »Was ist heute links?« getan. Zur Schärfung des linken Identitätsprofils müssen in einem zweiten Schritt genealogische Wegmarken erörtert werden. Dadurch wird einesteils sichtbar, was links ursprünglich bedeutete. Und andernteils lässt sich nachspüren, inwiefern die Ursprungsideen noch ausreichen, das heterogene Identitätsprofil der Linken in der Gegenwart anzuleiten.

### *Heterogenität der Linken*

Michael Walzer unterscheidet fünf Identitätslinien innerhalb der Linken. Er spricht erstens von der »sektiererischen Linken«, zwei-

29 Eppler 2006: S. 1341.

30 Ebenda.

31 Zivilgesellschaftliche Bewegungen sind auf allen politischen Ebenen von zentraler Bedeutung; sie könnten hier deshalb als fünfte Prämisse eingefügt werden. Weil sie in der Forderung einer Stärkung partizipativer Elemente aber schon implizit eine große Rolle spielen, werden sie nicht noch einmal eigens hervorgehoben.

32 Vgl. Beck/Grande 2004: S. 9 ff.

33 Habermas 1982: S. 279.

tens nennt er die »Altlinke«, als drittes Lager sieht er die »Linke neuer sozialer Bewegungen«, als viertes spricht er von der »kommunitaristischen Linken«, und die »postmoderne Linke« ist für ihn schließlich die fünfte Spielart linken Denkens. Wie sind die einzelnen Strömungen innerhalb der Linken zu charakterisieren?<sup>34</sup>

34 Vgl. Walzer 1993: S. 141 ff.

*Die sektiererische Linke:* Darunter versteht Walzer vor allem die akademische Linke, also jene intellektuellen Zirkel, die angezogen vom französischen Poststrukturalismus und »durchsetzt mit nicht unbeträchtlichen marxistischen Überresten«<sup>35</sup> in der universitären Abgeschiedenheit forschen, aber aufgrund ideologischer Verengungen und des expertokratischen Jargons in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. Walzer sieht, kurz gesagt, die sektiererische Linke als eine mehr oder weniger vom Marxismus durchdrungene Avantgarde.

35 Ebenda, S. 142.

*Die Altlinke:* Für Walzer fühlt sich dieser Teil der Linken vor allem »der industriellen Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, ethnischen und religiösen Minderheiten verbunden – sie ist die Koalition der ›New Deal‹-Politik oder die klassische Sozialdemokratie Europas.«<sup>36</sup> Ihr Orientierungspunkt ist, kurz gesagt, die Idee des Wohlfahrtsstaates.

36 Ebenda, S. 143.

*Die Linke neuer gesellschaftlicher Bewegungen:* Dazu zählt Walzer in erster Linie die Aktivitäten der Umweltschützer sowie die »Tatkraft des Feminismus.«<sup>37</sup> Dieser Teil der Linken habe sich weit mehr der gesellschaftlichen Basis zugewandt und versucht – im Unterschied zu der sektiererischen Linken – gesellschaftliche Veränderungen durch breitenwirksame Aktionen anzustoßen. »Neu« sei diese Linke insofern, als sie nicht mehr den Ideen und der Klientel der (alten) Arbeiterbewegung nahestehe, sondern ihren Anliegen eher den Risiken und Chancen der Modernisierung entlehne.

37 Ebenda, S. 144.

*Die kommunitaristische Linke:* Für Walzer ist es »vermutlich eine Linke, die ihre alte partikuläre Basis, das heißt ihre Klassen- und Interessengruppen-Klientel, aufgegeben (oder sich von ihr befreit) hat, und sich statt dessen im Namen traditioneller Werte und einer Idee von Gemeinwohl an die ganze Nation wendet.«<sup>38</sup> Damit gerät der Kommunitarismus freilich leicht in die Spurrillen des Konservatismus, weshalb Walzer bemüht ist, Traditionalismus mit bürgerlicher Emanzipation zu verbinden. Im Unterschied zu marxistischen Hardlinern suche eine gemäßigte Linke im Zuge von Globalisierung und Individualisierung, Community-Strukturen zu stärken.

38 Ebenda, S. 147 (Hervorhebung durch den Verfasser).

*Die postmoderne Linke:* Sie ist für Walzer »eine zusammenhanglose *bricolage* all der anderen Optionen«<sup>39</sup>, »also eine Position des ›Ein-bisschen-hiervon-ein-bisschen davon‹.«<sup>40</sup> Die Linke postmoderner Spielart habe deshalb – noch weniger als die kommunitaristische Linke – eine abgegrenzte Kontur. Auf eines weisen die Postmodernisten seiner Ansicht nach allerdings zu Recht hin: Es gibt »keine Metaerzählung« mehr und »in diesem Punkt sind wir«, so Walzer, »alle Kinder der Postmoderne.«<sup>41</sup> Wenn aber alle Metaerzählungen ihre Leitfunktion eingebüßt hätten, ließe sich weder das Ziel eines revolutionären Umschwunges exakt definieren noch bestehe die Möglichkeit, die Revolution einem bestimmten Subjekt anzutragen. Darüber hinaus bliebe weitgehend im Dunkeln, was Postmodernisten eigentlich vertreten.

39 Ebenda, S. 148.

40 Ebenda.

41 Ebenda.

Walzers grobe Systematik zeigt bereits, wie heterogen die Linke insgesamt ist. Haben diese verschiedenen Identitätsprofile eine *gemeinsame Basis*? Gibt es einen kleinsten gemeinsamen Nenner?

Lediglich an einer Stelle schimmert bei Walzer durch, was der gemeinsame Bezugspunkt »jeder möglichen Linken«<sup>42</sup> sein könnte: Es sind die deklassierten sozialen Gruppen. Sich der an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen anzunehmen und ihnen eine Stimme zu verleihen, ist für Walzer so etwas wie die *raison-d' être* aller Linken.<sup>43</sup>

Mit dem Gedanken, dass die Gesellschaft sich zum Besseren entwickeln kann, wenn sie die Schwachen im Blick hat und ihnen zu einem besseren Leben verhilft, ist bereits eine weitere Gemeinsamkeit linker Positionen angedeutet, nämlich die Verstellung der »Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit«.<sup>44</sup> Linke stimmen darüber ein, dass gesellschaftliche Privilegien und Hierarchisierungen durch gemeinsames Handeln überwunden werden können. Statt irgendwelche Ungerechtigkeiten einfach bloß hinzunehmen und damit irgendwie auf eine andere Gesellschaft zu hoffen, sind sich linke Positionen darin einig, dass es darauf ankommt, *bewusst* einzugreifen und durch das aktive und gemeinsame Handeln gesellschaftlichen Wandel zu initiieren. In einem Satz: Linke lehnen es strikt ab, »Hierarchien, Privilegien und Elend als *konstante* Sozialfaktoren«<sup>45</sup> anzusehen. Worauf basiert ein gesellschaftlicher Wandel, von dem nicht nur eine privilegierte Elite profitieren soll? Gemeinsames Handeln bedingt Brüderlichkeit. Dies ist die dritte Gemeinsamkeit innerhalb der Linken.<sup>46</sup> Das Fundament der Linken hat demzufolge drei wichtige Stützpfiler:

- Schwache und Benachteiligte als Fokus,
- Gemeinsames Handeln als Basis für sozialen Wandel,
- Brüderlichkeit als Grundprinzip des Miteinanders.

Insbesondere Jean Paul Sartre hat in »Brüderlichkeit und Gewalt«<sup>47</sup> den Versuch gemacht, die Brüderlichkeit<sup>48</sup> als ursprüngliche *und* gemeinsame Basis der Linken plausibel zu machen. Seine Überlegungen sollen nachfolgend eingehender betrachtet werden, weil sie erstens einen Bezug zur historischen Trias aus Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit herstellen. Und zweitens sind sie interessant, weil Sartre die Brüderlichkeit als eigentlichen Kern linker Identität ausmacht und er damit, wie sich zeigen wird, den Weg für eine spezifische Lesart des revolutionären Dreiklangs ebnet.

#### *Brüderlichkeit als Grundprinzip linker Identität*

Bezugspunkt von Sartres Überlegungen ist die Zeit während und nach der Französischen Revolution. Durch den Leitsatz der Brüderlichkeit »Jeder Mensch ist jedes Menschen Bruder« unterhöhlten die Revolutionäre das Ansinnen elitärer Absonderungen vom gemeinen Volk und stellten mittels des Prinzips der Universalisierung *alle* Menschen auf die gleiche Stufe existenziellen Daseins.<sup>49</sup> Wie aber lässt sich zeigen, dass nicht nur alle Menschen als Menschen gleich, sondern zudem auch noch miteinander solidarisch verbunden sind? Dies ist ein schwieriges Unterfangen. Bei Sartre gewährleistet die gemeinsame Abstammung die affektive Verbindung zwischen Alter und Ego. Das bedeutet, Personen sind solidarisch, »weil sie sich

42 Ebenda.

43 Ebenda, S. 149 f.

44 Brie / Spehr 2006: S. 8.

45 Krüger 1963: S. 20 (Hervorhebung durch den Verfasser).

46 Vgl. Ebenda, S. 20 ff.

47 Sartre 1993.

48 Zum Begriff Brüderlichkeit vgl. Zoll 2000: S. 38-53. Im Hinblick auf die Abgrenzung gegenüber verwandten Termini vgl. Hondrich/Koch-Arztberger 1992, Nell-Breuning 1990. Zur Kritik vgl. Arendt 1989a: S. 27 ff., Adorno 1998: S. 217-236.

49 Vgl. Ebenda, S. 31 ff.

50 Ebenda, S. 49  
(Hervorhebung durch den  
Verfasser).

51 Ebenda, S. 48.

52 Ebenda, S. 38.

53 Ebenda.

54 Ebenda, S. 37.

55 Vgl. Ebenda, S. 28 ff.

56 Ebenda, S. 41.

57 Ebenda, S. 31 ff.  
Er wendet sich somit gegen  
eine abstrakte Verfahrens-  
rationalität, wie sie der  
Diskursethik zu eigen ist,  
aber ebenso widerspricht  
er auch all jenen Linken, die  
die Veränderungen der öko-  
nomischen Strukturen zur  
Hauptbedingung für eine  
gerechtere Welt machen.

58 Nida-Rümelin 2006,  
S. 114.

vom gleichen Ursprung *fühlen*«. <sup>50</sup> Dass Sartre damit in die Nähe christlicher Traditionslinien gerät, sucht er dadurch zu entkräften, dass er »Verbundenheit« nicht wie im Christentum als eine durch Jesus erlebte und vorgelebte Realität ansieht, sondern die gemeinsame Abstammung stattdessen als ein Konstrukt definiert, welches die Menschen erfinden, ohne sich bewusst zu machen, »dass sie (es) erfinden«. <sup>51</sup>

Die universelle Brüderlichkeit als eine Art »Grundfigur aller Linken« verbindet Sartre mit dem Prinzip der Radikalität. Zur Zeit der revolutionären Umbrüche in Frankreich vor mehr als zweihundert Jahren bedeutete radikales Denken: »die Gemäßigten an die Guillotine«. <sup>52</sup> Wer sich also den revolutionären Ideen in den Weg stellte oder die Zielstellung der Revolutionäre kritisierte, wurde beseitigt. Radikalität geriet damit jedoch in den Sog eines ideologischen Terrors. Dass Sartre trotz der Ideologisierung der revolutionären Ziele an der Radikalität festhält, begründet er mit der ursprünglichen Zielstrebigkeit der Revolutionäre. Ihr Bestreben, die Gesellschaft grundlegend zu verändern, ist für Sartre eine linke Tugend. Allerdings kann auch er nicht an den Auswüchsen zur Realisierung der »Terror-Brüderlichkeit« <sup>53</sup> einfach vorbeischaun. Radikalität, so relativiert Sartre, ist daher heute »weniger der verfolgte Zweck als vielmehr die Intention, diesen Zweck zu verfolgen«. <sup>54</sup> Will sagen: Die Intention könne zwar radikal sein, aber sie dürfe sich nicht gegenüber neuen Erkenntnissen und kritischen Einwüfen komplett verschließen. <sup>55</sup> Sartre schlägt so den Bogen zur Demokratie, denn nur wenn das Prinzip der Teilhabe ausgebaut und verstärkt werde, ließen sich Veränderungen hinreichend legitimieren. Oder anders formuliert: Für Sartre darf Demokratie nicht nur als ein politisches Konstrukt im engeren Sinne angesehen werden, um »Macht zu vergeben«, <sup>56</sup> sondern die demokratische Ordnung ist für ihn eine Lebensform, eine allgemeine Art und Weise des Miteinanders in der Gesellschaft, nicht nur im Bereich der Politik. Damit bekommt die Forderung nach Radikalität einen anderen Sinn: Es geht nicht allein, ja nicht einmal vorrangig, um einen Ausbau der politischen Partizipation, vielmehr sieht Sartre die Notwendigkeit, den Horizont zu erweitern. Und das meint: Mehr Füreinander durch mehr Miteinander. <sup>57</sup> Um diese Formel plausibel machen zu können, ist es notwendig, die Trias aus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eingehender zu untersuchen.

### *Brüderlichkeit als Knotenpunkt von Freiheit und Gleichheit*

In der politischen Ideengeschichte werden Freiheit und Gleichheit oftmals in eine Rangfolge gebracht. Im Extremfall zählt dann für die einen *nur* die Freiheit, während die anderen für eine *absolute* Priorität der Gleichheit plädieren. Warum eine solche scharfe Gegenüberstellung nicht trägt, ist zunächst kurz zu erörtern.

Von einem emphatischen Verständnis natürlicher Freiheit ausgehend, ist Freiheit »nicht das Ergebnis wechselseitiger Anerkennungsverhältnisse und politischer Institutionalisierungen, sondern die Menschen sind ursprünglich, also vor aller politischer Ordnung, frei«. <sup>58</sup> Freiheit als etwas Vorpositives anzusehen, hat zur Konsequenz, dass sich jede staatliche Ordnung danach bemessen lassen

muss, ob es ihr gelingt, die Freiheit jedes Einzelnen soweit als eben möglich zu garantieren. Dies kann aus Sicht derer, die diese libertäre Position vertreten, nur gelingen, wenn sich Staatlichkeit auf ein Mindestmaß reduziert. Denn je weniger der Staat in das Leben der Menschen eingreift, desto mehr kann jeder Bürger die eigene ursprüngliche Freiheit gestalten. Der Staat ist hier somit nur eine Art Schutzgemeinschaft, die ein geordnetes Miteinander ermöglicht. Rawls' Überlegungen zeigen, dass Ultraliberale ein verkürztes Verständnis von Freiheit haben, da sie der gerechten Verteilung von wichtigen Grundgütern zu wenig Beachtung schenken. In einer wohlgeordneten Gesellschaft, in der viele Grundgüter, nicht nur das der Freiheit, zu verteilen sind, muss die politische Ordnung für Rawls so konstituiert sein, dass die Wohlfahrt im Ganzen zunimmt.<sup>59</sup> Ein Minimalstaat, der allein der individuellen Freiheit verpflichtet ist, kann dieser erweiterten Aufgabenteilung nicht gerecht werden. Soll also ein faires Miteinander auf der Grundlage einer Kooperation der Bürger erzielt werden, ist die unbeschränkte Freiheit des Individuums mit Bedacht zu begrenzen. Ob die ursprüngliche oder die gemäßigte Form des Liberalismus letztlich die besseren Argumente auf ihrer Seite hat, muss hier offen bleiben.

Wichtig ist an dieser Stelle, festzuhalten, dass Freiheit nicht nur rein-individualistisch verstanden werden darf. Dahrendorf spricht deshalb zu Recht in diesem Zusammenhang von der Wirkungseinheit von Aktionen, Optionen *und* Ligaturen.<sup>60</sup> Will sagen: Freiheit ist Handeln nach eigenen Vorstellungen; aber es passiert nicht im luftleeren Raum und kann daher nicht allein den Einzelnen zum Maßstab machen. Normativ gesehen, kommt damit die Idee der Brüderlichkeit ins Spiel, denn sie bezieht sich per se auf die Relation *zwischen* Personen und erweitert so den Horizont auf das Miteinander. Freiheit und Brüderlichkeit sind demnach keine Gegensätze. Im Gegenteil: Eine staatliche Ordnung, die soziale Belange nicht entpolitisiert will, kann Solidarität und damit auch das Prinzip der Brüderlichkeit nicht vollständig privatisieren.

Ganz ähnlich verhält es sich in dem anderen Fall: der Orientierung *allein* an der Gleichheit. Carl Schmitt bezeichnet sie als eine substanzielle Gleichheit. Diese verdichtet er in Anlehnung an Rousseau so stark, dass für ihn in letzter Konsequenz »alle das gleiche wollen«,<sup>61</sup> mithin Homogenität zur eigentlichen Bezugsgröße politischen Denkens wird. Eine Gleichheit, die auf Gleichartigkeit reduziert wird, führt jedoch zwangsläufig zu einer scharfen Trennung zwischen denjenigen, die »an der Substanz teilhaben«<sup>62</sup> und allen übrigen, die substanzial anders sind und deshalb als potentielle Feinde gelten können. Die Tragweite dieser Überlegungen wird freilich erst dann richtig deutlich, wenn ein weiterer Gedanke Schmitts zum Begriff der Gleichheit mit einbezogen wird: Die klare Zuordnung, wer zu den Gleichartigen gehört und wer dieser Gemeinschaft nicht zuzurechnen ist, hat zur Konsequenz, die allgemeine Menschlichkeit zu einer belanglosen Kategorie zu degradieren. In der *Verfassungslehre* stellt Schmitt fest: »Daraus, dass alle Menschen Menschen sind, lässt sich weder religiös noch moralisch, noch politisch, noch wirtschaftlich etwas Spezifisches entnehmen.«<sup>63</sup> Ist dem wirklich so? Macht das Postulat der Gleichheit aller Menschen

59 Vgl. Rawls 1997: S. 45 ff.

60 Aktionen sind individuelle Wahlentscheidungen. Eingebettet bzw. getragen werden Aktionen von Optionen, also »in sozialen Strukturen gegebenen Wahlmöglichkeiten« (Dahrendorf 1979, S. 50). Hinzu kommen Zugehörigkeiten und Bindungen; sie bezeichnet Dahrendorf als Ligaturen. Sie sind gleichsam die »Fundamente des Handelns«, während die Optionen »das Ziel und den Horizont des Handelns betonen« (Ebenda, S. 51).

61 Schmitt 2003, S. 229.

62 Ebenda, S. 228.

63 Ebenda, S. 226.

- tatsächlich »nicht mehr möglich, irgendeine spezifische Unterscheidung durchzuführen«<sup>64</sup>?
- 64 Ebenda.
- 65 Ebenda.
- Ohne Zweifel, die Idee der allgemeinen Menschengleichheit schließt per definitionem alles ein, »was Menschenanlitz trägt,«<sup>65</sup> und zwar ohne Ausnahme. Im Bereich des Politischen hingegen spielen die Kategorien »Inklusion« und »Exklusion« eine wichtige Rolle. Allein das Erfordernis, festzulegen, wer wann an welchen Entscheidungen in einem Gemeinwesen beteiligt ist, lässt sich nicht auf der Basis der allgemeinen Menschengleichheit festschreiben. Dennoch behält die Idee der Gleichheit aller Menschen ihre Geltungskraft, weil sie, anders als Schmitt annimmt, sehr wohl eine wichtige Funktion übernimmt: Das Postulat der Gleichheit aller Menschen dient in einer säkularen Ordnung dazu, Regeln und Normen einer universellen Geltungsprüfung zu unterziehen. Dass sich diese Überprüfung der Universalisierbarkeit in der politischen Praxis nicht eins zu eins wieder findet, desavouiert keineswegs die zentrale Relevanz der universellen Vernunftidee. Geht es doch vornehmlich darum, sie als ein methodologisches Prinzip zu verstehen, mittels dessen eine Art Perspektivenverschränkung unterschiedlicher Wertordnungen überhaupt möglich wird.<sup>66</sup> Damit ist allerdings noch nicht geklärt, wie sich die Erweiterung der Perspektive (über die substantielle Gleichheit hinaus) begründen lässt.
- Für Habermas wohnt der Praxis verständigungsorientierten Handelns per se eine Dezentrierung der eigenen Position inne, weil in einer gewissenhaft geführten Argumentation davon auszugehen ist, dass mit jeder Erweiterung des Kreises der Diskutanten auch wieder neue Gründe bzw. Überlegungen in die Debatte eingebracht werden.<sup>67</sup> Die Argumentation kann man sich also sozusagen als eine Art asymptotische Annäherung an eine vollständige Inklusion aller potentiellen Diskursteilnehmer vorstellen. Diese »kontrafaktische Ausdehnung der sozialen Welt«<sup>68</sup> hin zu einer »vollständig inklusiven Welt wohlgeordneter interpersonalen Beziehungen«<sup>69</sup> in Diskursen bedeutet aber nichts anderes als: »Alle Menschen werden zu Brüdern (und Schwestern).«<sup>70</sup>
- 66 Vgl. Habermas 2001: S. 15 ff.
- 67 Vgl. Ebenda, S. 42 ff.
- 68 Ebenda, S. 42.
- 69 Ebenda.
- 70 Ebenda.
- Soll die demokratische Gleichheit *nicht* im Sinne von Schmitt komplett auf Immanenzvorstellungen beschränkt bleiben, sondern sowohl eine Offenheit gegenüber dem Fremden beinhalten als auch von der Idee der allgemeinen Menschengleichheit getragen sein, dann ist dies nur möglich, wenn das Prinzip der Gleichheit mit der Idee der Brüderlichkeit verbunden wird. Anders gesagt: Gleichheit gerät ohne die Geltung universeller Brüderlichkeit in die Fahrwasser einer entgrenzten Exklusion.
- Folgendes bleibt demnach bis hierhin festzuhalten: In den Fällen, in denen entweder allein die Freiheit zählt *oder* ausschließlich die Gleichheit von Belang ist, entfaltet die Fraternité ihre Wirkungskraft – hier mildert sie die libertäre Überhöhung der individuellen Freiheit, dort verhindert sie eine Beschränkung der Sicht auf rigide Gemeinschaftsideale. Oder anders gesagt: Einmal zügelt sie den Liberalismus, das andere Mal unterstützt sie seine universelle Geltung. Man kann daher durchaus (im Sinne Sartres) sagen, dass Brüderlichkeit eine wichtige Kennung linker Identität ist. Die Trias der Französischen Revolution wird aus linker Perspektive zu Recht als eine



Einheit verstanden,<sup>71</sup> wobei die Fraternité als Verbindungsknoten von Freiheit und Gleichheit anzusehen ist. Dies wird im Folgenden weiter zu untermauern sein.

### *Freiheit und Gleichheit als liberale und linke Prinzipien*

Für die moderne politische Philosophie sind Freiheit und Gleichheit »die beiden Grundnormen«<sup>72</sup> überhaupt. Dies wird wahrscheinlich niemand ernsthaft anzweifeln. Uneinigkeit herrscht aber darüber, was unter Freiheit bzw. Gleichheit zu verstehen ist und auf welche Weise sie miteinander in Beziehung stehen.

Alle großen (politischen) Denker haben sich mit der Frage »Was ist Freiheit?« auseinandergesetzt und den Versuch unternommen, sie zu definieren. Die besondere Schwierigkeit liegt hier darin, dass der abendländische Freiheitsbegriff »durch eine lange und schwer zu überblickende Geschichte religiösen und philosophischen Denkens vorgeformt ist«.<sup>73</sup> Mit der Unterscheidung zwischen individueller und politischer Freiheit besteht die Möglichkeit, die verschiedenen, häufig miteinander verwobenen Begründungslinien (zumindest ansatzweise) zu entwirren.

Individuelle Freiheit ist, wie Sartre herausgestellt, vor allem die Willensfreiheit des Einzelnen.<sup>74</sup> Nicht vorprogrammiert zu sein, wie Tiere, die ihrem Instinkt folgen müssen, ist der Grundakt des Frei-seins. Sartre spricht deshalb von dem Willen als einem »Nichtungsvermögen«<sup>75</sup>, weil die Autonomie des Einzelnen die Möglichkeit eröffnet, das Gewollte selbst festzulegen und individuell zu verändern. Die Willensfreiheit selbst ist freilich nicht das, was Sartres Denken ausmacht, sondern die Ausweitung der Kombination aus Freiheit und Verantwortlichkeit auf ein Maximum.<sup>76</sup> Das bedeutet: Sartre macht den Einzelnen in jeder Situation für sich und sein Leben verantwortlich. Jeder trägt gewissermaßen beim Handeln »das Gewicht der gesamten Welt auf seinen Schultern.«<sup>77</sup> Von dieser individuellen Lesart der Freiheit ist die politische zu unterscheiden. Dies wird deutlich, wenn man das Freiheitsverständnis der griechischen Polis in den Blick nimmt.

Die Menschen sind in der griechischen Antike von Natur aus weder frei noch gleich; es gibt demnach per se Freie und Unfreie, Gleiche und Ungleiche. Allerdings gehören nicht nur Tagelöhner und Sklaven, sondern auch Despoten und Tyrannen zu den Unfreien bzw. Ungleichen. Der Grund dafür, dass selbst mächtige Herrscher als unfrei gelten, ergibt sich daraus, dass in den antiken Stadtstaaten Freiheit eine Eigentümlichkeit der Polis ist. Freiheit existiert demzufolge nur im politischen Raum, mithin dort, wo alle Bürger *als Bürger*, nicht als Privatpersonen, zusammenkommen. Frei sind die Bürger in der Polis deshalb, weil man nach griechischem Verständnis »nur unter seinesgleichen frei sein kann.«<sup>78</sup> Freiheit setzt demzufolge voraus, dass es einen Raum gibt, in dem nicht Herrscher und Beherrschte aufeinander treffen, sondern nur Gleiche. Oder anders formuliert: Freiheit und Gleichheit sind in der griechischen Antike eine Eigenschaft des Politischen, weder der Sklave noch der Sklavenhalter ist außerhalb der Polis frei und gleich. Worauf gründet diese Vorstellung von Freiheit?

Den Rechtssystemen der Griechen und Römer ist eine auf den Einzelnen zugeschnittene Freiheitssphäre völlig fremd. Dies rührt

71 Vgl. Fülberth 1998: S. 2.

72 Nida-Rümelin 2006: S. 119.

73 Arendt 2006: S. 111.

74 Neben dem Willen als einem Akt der Reflexion unterscheidet Sartre in diesem Zusammenhang die Leidenschaft, beide zusammen manifestieren die Freiheit des Subjekts: »Die Freiheit ist nichts anderes als die Existenz unseres Willens oder unserer Leidenschaften, insofern diese Existenz Nichtung der Faktizität ist, das die eines Seins, das Sein nach dem Modus ist, es zu sein zu haben« (Sartre 1998, S. 77.).

75 Ebenda, S. 57.

76 Dies wird deutlich, wenn man seine Ausführungen zum Kriegseinsatz liest: »Was mir zustößt, stößt mir durch mich zu, und ich kann weder darüber bekümmert sein noch mich dagegen auflehnen, noch mich damit abfinden. (...) Die grauhaftesten Situationen des Krieges, die schlimmsten Foltern schaffen keinen unmenschlichen Sachverhalt: es gibt keine unmenschliche Situation (...). So gibt es keine [Zwischenfälle] in einem Leben; ein gesellschaftliches Ereignis, das plötzlich ausbricht und mich mitreißt, kommt nicht von außen; wenn ich in einen Krieg eingezogen werde, ist dieser Krieg mein Krieg, er ist nach meinem Bilde, und ich verdiene ihn. Ich verdiene ihn zunächst, weil ich mich ihm immer durch Selbstmord oder Fahnenflucht entziehen konnte: diese letzten Möglichkeiten müssen uns immer gegenwärtig sein, wenn es darum geht, eine Situation zu beur-

teilen. Da ich mich ihm nicht entzogen habe, habe ich ihn *gewählt* (...).« Ebenda, S. 951. (Hervorhebungen im Original)

77 Ebenda, S. 950.

78 Arendt 2006: S. 113.

79 Arendt 1993: S. 38.

80 Ebenda, S. 39.

daher, dass in Athen und Rom nicht der Mensch, sondern der Bürger die zentrale Bezugsgröße im politischen Diskurs ist. Bürger zu sein, bedeutet »weder als Sklave dem Zwang eines Anderen noch als Arbeiter der Notwendigkeit des Broterwerbs unterstellt (zu) sein«<sup>79</sup>. Wer mit den profanen Lebensnotwendigkeiten belastet ist, der kann nicht frei sein, so dass die griechische Polis ebenso wie die römische Res Publica also Orte bezeichnen, wo Gleiche mit Gleichen »jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft miteinander verkehren«<sup>80</sup>.

Unter der Maßgabe, dass die einen, sprich die (Voll-)Bürger, in die Gunst der Freiheit kommen, den anderen hingegen die Freiheit verwehrt bleibt, entsteht notwendig eine Kluft zwischen den Menschen in einem Gemeinwesen, weil lediglich eine privilegierte Minderheit an Politik teilhat. Die Trennung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern hat allerdings noch eine weitere Benachteiligung zur Konsequenz. Letztere bleiben auch im Privatbereich unfrei, müssen sie sich doch auch hier den Anweisungen und Entscheidungen des Hausherrn unterordnen. Tagelöhner, Sklaven, Frauen, Kranke, also alle, die keinen Bürgerstatus besitzen, kommen de facto nirgendwo in den Genuss der Freiheit: Weder können sie in der Polis bzw. Res Publica politisch aktiv sein noch sind sie berechtigt, im privaten Bereich (im heutigen Sinne) frei zu agieren.

Die Aufteilung der Menschen in Freie und Unfreie bleibt auch nach dem Zerfall der griechischen Demokratie und des römischen Imperiums bestehen – im Mittelalter sind es vor allem die Kirchenoberen, die zu den Privilegierten gehören, in der frühen Neuzeit profitiert insbesondere Hochadel von der Unterdrückung des Volkes. Erst im Zuge der Aufklärung gewinnt dann die Idee der allgemeinen Freiheit an Gewicht. Jeder Einzelne soll, so die Vorstellung der liberalen Denker, in der Privatsphäre vor willkürlichen Eingriffen seitens staatlicher oder kirchlicher Obrigkeit geschützt sein. Freiheit im Sinne der Nichteinmischung in den privaten Bereich des Einzelnen ist daher, so Isaiah Berlin, »immer Freiheit *von* etwas«<sup>81</sup>. Er bezeichnet sie als negative Freiheit, weil sie das »Fehlen von Übergriffen jenseits einer unfesten, aber stets erkennbaren Grenze«<sup>82</sup> bezeichnet. Inwiefern gehört diese Freiheit zum Identitätsprofil der Linken?

81 Berlin 1995: S. 207.

82 Ebenda.

Streng genommen gehört die negative Freiheit in den Kernbereich des Liberalismus. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die individuelle Freiheit nicht irgendwann, gleichsam wie von Zauberhand hervorgebracht, Realität geworden ist. Sie musste gegen den Widerstand der Obrigkeit erkämpft werden. Diese Befreiung, also »die Umwandlung der Freiheit als eines Privilegs weniger in ein Recht aller«<sup>83</sup> durch das Volk selbst, ist ein Teil linker Identität. Denn Linke gehen, wie dargelegt, davon aus, dass gesellschaftliche Verhältnisse nur durch bewusstes Agieren zu ändern sind und nicht der zufälligen Entwicklung evolutionärer Ereignisse überantwortet werden dürfen. Im gemeinsamen Handeln kommt die Freiheit *für* etwas zum Tragen; dies ist die positive Dimension der Freiheit. Ist links also eine Kombination aus negativer und positiver Freiheit? Die Antwort lautet: Ja und Nein.

83 Fülberth 1998: S. 2.

Links kombiniert in der Tat den Schutz des Einzelnen (Grundrechte als Basis der Freiheit) mit der Partizipation der Bürger (verstanden als demokratische Ausformung der Freiheit), um so zu ge-

währleisten, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ineinander greifen. Insofern ist links eine Kombination aus beiden Dimensionen liberaler Freiheit.

Linkes Denken und Handeln hat aber ferner die reale Lebenspraxis im Blick, um zu prüfen, wo der Schutz rechtlicher Freiheiten und das Engagement aktiver Bürger durch die Krafteinwirkung struktureller Macht- bzw. Herrschaftsfaktoren entweder beschränkt oder sogar ganz verhindert wird. Daher reicht die Kombination der beiden Dimensionen nicht aus, weil jenseits aller vordergründigen »political correctness« Macht- und Herrschaftsstrukturen bestehen, die durch Rekurs auf den negativen und positiven Freiheitsbegriff nicht oder – vorsichtiger gesagt – nur bedingt in den Blick kommen. Fülberth spricht deshalb zur Konturierung des Begriffs links nicht nur von Freiheit, sondern von »Befreiung oder auch Emanzipation«<sup>84</sup>. Dies kann man auf den ersten Blick für eine spitzfindige Rhetorik halten. Tatsächlich ist das Moment der Befreiung aber mehr als das, stellt es doch den erreichten Status Quo der Freiheit fortwährend in Frage. Dies lässt sich exemplarisch an Marx' Ausführungen zu den Menschen- und Bürgerrechten ablesen. So sehr er auf der einen Seite die politische Emanzipation gutheißt und als wichtigen Schritt zur Befreiung ansieht, so sehr pocht er doch darauf, sich nicht mit der bürgerlichen Freiheit zufrieden zu geben. Für ihn ist das eigentliche Ziel die menschliche Emanzipation.<sup>85</sup>

84 Ebenda.

85 MEW 1970: S. 366 ff.

Die Diskrepanz zwischen tatsächlicher und möglicher Freiheit zu verdeutlichen, gehört zur Identität der Linken, und deshalb steht selbige einerseits in der Tradition liberalen Denkens, andererseits reicht sie aber auch über libertäre Ideen deutlich hinaus, indem sie Freiheit nicht nur als eine Kombination aus negativer und positiver Freiheit versteht, sondern auch als Befreiung. Dies beinhaltet zugleich, die Bestimmungsmethoden für Freiheitshemmnisse zu verfeinern. Foucaults Machtanalysen sind hierfür ein gutes Beispiel, weil sie zeigen, dass Macht und Herrschaft bis in das Subjekt hinein wirken und damit weitaus subtiler sind, als dies etwa in hierarchischen Souveränitätsvorstellungen zum Ausdruck gebracht wird. Dazu erklärt Foucault: »Es ging (...) darum, die Macht dort zu analysieren, wo ihre Intention – wenn es eine Intention gibt – völlig im Innern realer und konkreter Praktiken aufgeht, darum, sie in ihrer äußeren Fassade zu analysieren, dort, wo sie in direktem und unmittelbarem Zusammenhang steht mit dem, was wir vorläufig als ihren Gegenstand, ihre Zielscheibe, ihren Anwendungsbereich bezeichnen können, dort also, wo sie sich festsetzt und ihre realen Wirkungen produziert. Man frage sich also nicht, warum einige herrschen wollen, was sie anstreben, welches ihre globale Strategie ist, sondern wie die Dinge auf der Ebene des Unterwerfungsprozesses funktionieren oder in jenen kontinuierlichen, ununterbrochenen Prozessen, die die Körper unterwerfen, die Gesten lenken, die Verhalten beherrschen usw. Mit anderen Worten: anstatt sich zu fragen, wie der Souverän an der Spitze erscheint, sollte man herauszufinden versuchen, wie sich allmählich, schrittweise, tatsächlich, materiell, ausgehend von der Vielfältigkeit der Körper, Kräfte, Energien, Materien, Wünsche, Gedanken usw. die Subjekte konstituiert haben. Man muss die materielle Instanz der Unterwerfung in ihrer subjektkonstituieren-

den Funktion erfassen. Es wäre das genaue Gegenteil dessen, was Hobbes im Leviathan versucht hat (...).« Und weiter heißt es: » (...) es geht nicht darum, die regulierten, legitimen Formen der Macht in ihrem Kern, in ihren möglichen allgemeinen Mechanismen und ihren konstanten Wirkungen zu analysieren, sondern darum, die Macht an ihren äußersten Punkten, an ihren letzten Verästelungen, dort, wo die Kanäle haarfein sind, zu erfassen (...).«<sup>86</sup>

86 Foucault 1978: S. 80 f.

Dem Begriff der Gleichheit sind genauso wie dem der Freiheit zwei Bedeutungen zu eigen. Zum einen beinhaltet Gleichheit das Moment der Rechtsgleichheit. Diese besagt, dass Gesetze allgemein gelten, mithin Geschlecht, Einkommen, Bildungsstand, Religionszugehörigkeit usw. nicht den Kreis der Rechtsadressaten oder -autoren beschränken. Diese Rechtsgleichheit schließt selbstverständlich nicht aus, dass Ungleiche ungleich behandelt werden. Über die liberale Rechtsgleichheit hinaus, kommt eine zweite Dimension zum Tragen: Fülberth bezeichnet sie als die Gleichheit des Ergebnisses.<sup>87</sup> Das bedeutet: Alle Bürgerinnen und Bürger haben neben der gesetzlich verbrieften Möglichkeit alles zu tun, was nicht verboten ist, zudem einen Anspruch darauf, »einen gleichen Anteil an den vorhandenen gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen«<sup>88</sup> zu haben. Zur Charakterisierung des linken Identitätsprofils macht diese Erweiterung deshalb Sinn, weil damit der Aspekt der Gerechtigkeit in ihrer konkreten Realisierung in die Betrachtungen einfließt. So kann, um ein Beispiel zu nennen, die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter gesetzlich fixiert sein; die Schwierigkeit liegt aber darin, sie in der gesellschaftlichen Realität tatsächlich umzusetzen. Deshalb ist es notwendig, die Praxis in die Reflexion immer mit einzubeziehen, um festzustellen, ob Rechtsgleichheit sozusagen nur auf dem Papier Bestandskraft hat oder tatsächlich erreicht ist. Rechts- und Ergebnisgleichheit in einem Atemzug zu nennen, birgt aber die Gefahr in sich, dass sich »Rechtliche Gleichheit« und »Gleichheit in der gesellschaftlichen Wirklichkeit« zu einer dogmatischen Resultatgleichheit addieren. Walzer spricht in diesem Zusammenhang von der »einfachen Gleichheit«. Einfach deshalb, weil sie Differenz ein ebnet oder zumindest für eine Einebnung leicht instrumentalisiert werden kann. Ungleichheiten können nämlich in der Praxis reduziert, nie aber wirklich komplett eliminiert werden. Was bedeutet dies für die Kennzeichnung des Begriffs Gleichheit?

87 Fülberth 1998: S. 2.

88 Ebenda.

Gleichheit, die über die liberale Rechtsgleichheit im engeren Sinne hinausreicht, ist mittels Option und Prozess, *nicht Option* und Ergebnis zu spezifizieren. Denn eine solidarische Gesellschaft zeichnet sich eben gerade nicht dadurch aus, dass im Ergebnis alle dasselbe machen, bekommen oder haben. Die Gleichheit im Prozess realisiert vielmehr Chancen; sie lässt gewissermaßen gesetzliche Optionen lebendig werden. Ob dann am Ende tatsächlich eine Gleichheit im Ergebnis zu verzeichnen ist, mag in dem ein oder anderen Fall wünschenswert sein und auch tatsächlich ab und an in der realen Lebenspraxis Wirklichkeit werden, aber die pure Egalität bleibt eine Illusion. Mehr noch: Sie ist mit Freiheit unvereinbar. Fülberth verzerrt daher das Bild linker Identität, wenn er behauptet, Gleichheit »sei ein ausschließlich der Linken gehörender Begriff«. <sup>89</sup> Denn – auch historisch gesehen – ist zunächst die Realisierung rechtlicher

89 Ebenda, S. 3.

Gleichheit das politische Ziel emanzipatorischer Bewegungen. Insofern ist auch seine Behauptung, der Begriff der Gleichheit werde »erst durch Universalität zu einem Basisbegriff der Linken«<sup>90</sup> missverständlich, denn die Vorstellung, »dass alle Menschen gleich sind«<sup>91</sup> bezieht sich, wie die verschiedenen Menschen- und Bürgerrechtserklärungen belegen, zu allererst darauf, dass alle Menschen die »gleiche(n) Rechte haben sollen«.<sup>92</sup> Diese Forderung gehört aber zweifelsohne primär zu den originären Errungenschaften des Liberalismus, ist aber zugleich *auch* ein wichtiger Bestandteil des linken Identitätsprofils. Der Gleichheitsgrundsatz bekommt seine linke Färbung, wenn neben der Geltung der (liberalen) Rechtsgleichheit der Anspruch besteht, gesellschaftliche Ungleichheiten und individuelle Benachteiligungen zu reduzieren.

90 Ebenda.

91 Ebenda, S. 2.

92 Ebenda.

Walzer spricht in diesem Zusammenhang von einer komplexen Gleichheit. Dieser Begriff ist deshalb besonders gut geeignet, weil er deutlich macht, dass man mit einfachen Formeln und griffigen Leitbildern der Komplexität der Sache nicht gerecht wird. Statt also von einem »Recht auf Gleichheit des Ergebnisses«<sup>93</sup> zu sprechen, empfiehlt Walzer nicht, einzelne Ungleichheiten isoliert zu betrachten, sondern die Ungleichheiten in ihrer Gesamtheit. Denn erst dadurch werde deutlich, ob es einer Gesellschaft gelingt, verschiedene Ungleichheiten auszutarieren, also gewissermaßen eine Balance in der Verteilung sozialer Güter herzustellen und zu sichern. Dann würden »zwar einzelne bezüglich dieses oder jenes Guts ›oben‹ oder ›unten‹, aber niemand würde sich bezüglich aller Güter ›oben‹ oder ›unten‹ vorfinden«.<sup>94</sup> Ob Walzers Überlegungen einer kritischen Prüfungsstandhielten, muss hier offen bleiben. Sie machen aber deutlich, dass Gleichheit aus linker Perspektive mehr ist als formale Rechtsgleichheit, aber auch deutlich weniger als absolute Resultatgleichheit.

93 Ebenda.

94 Walzer 1997: S. 30.

Es ist festzuhalten: Die Begriffe Freiheit und Gleichheit haben – schon rein historisch bedingt – einen liberalen Kern. Freiheit ist danach zunächst eine Kombination aus negativer und positiver Freiheit. Das linke Verständnis geht aber insofern über diese liberale Vorstellung hinaus, als Freiheit über das Moment der Emanzipation bzw. Befreiung deutlich stärker normativ eingefärbt wird. Ähnlich verhält es sich bei der Gleichheit. Die liberale Rechtsgleichheit ist ein tragendes Element des modernen Gleichheitsverständnisses. Will man sich nicht mit dieser formalen Gleichheit der Rechte begnügen, ist der soziale Ausgleich ein wichtiger normativer Bezugspunkt, da sich Ungleichheiten zwar reduzieren, aber eben nicht vollständig einebnen lassen.

Freiheit und Gleichheit sind für Linke zweifelsohne zentrale Begriffe, wobei genau genommen ihre Kombination das linke Identitätsprofil prägt. Mehr noch: Die gegenseitige Verschränkung von Freiheit und Gleichheit wird, wie schon ausführlich dargelegt, erst durch die Brüderlichkeit komplettiert und maßgeblich getragen.

### *Links als komplexe Variabilität*

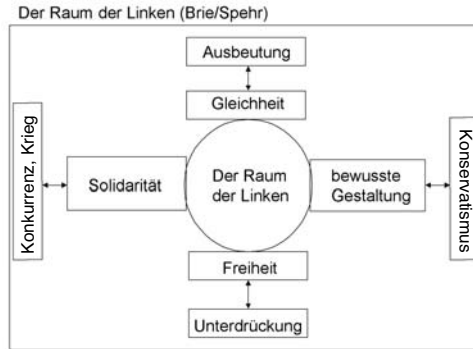
Der kleinste gemeinsame Nenner linker Heterogenität umfasst: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (Solidarität) und Handeln. Während Sartre, wie gesehen, das Prinzip der Brüderlichkeit in das Zentrum stellt und alle anderen um diesen Kern herumgruppiert

95 Vgl. Sartre: S. 31 ff.

96 Fülberth 1998: S. 2.

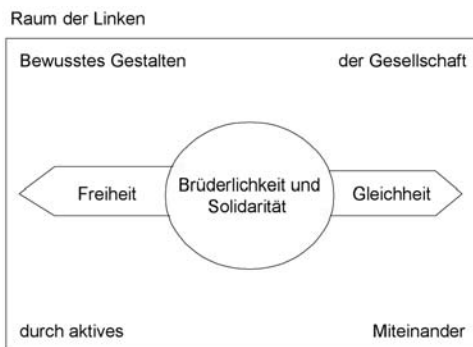
97 Vgl. Brie/Spehr 2006: S.7.

sind,<sup>95</sup> hebt Fülberth die Gleichheit hervor, weil sie im Unterschied zum Begriff der Freiheit »ein ausschließlich der Linken gehörender Begriff«<sup>96</sup> sei. Brie und Spehr erzeugen hingegen einen »Raum der Linken«, ohne dabei irgendeiner Dimension Priorität einzuräumen, wie die nachfolgende Übersicht zeigt.<sup>97</sup>



Der große Vorteil dieser Darstellungsart liegt darin, die Heterogenität des linken Spektrums widerspiegeln zu können. Denn jede Spielart linker Identität nimmt eine andere Gewichtung der Elemente vor, so dass der Raum der Linken je nach Sichtweise variiert. Sie hat allerdings aber auch zwei Mängel: Zum einen wird die Interdependenz der Elemente nicht deutlich. Und zum anderen ist es problematisch, das vierte Prinzip, das gemeinsame Handeln der Menschen, mit den anderen strukturell gleichzusetzen. Denn das Handeln ist eine zentrale Moment der *Human Condition* selbst und damit gewissermaßen eine Grundvoraussetzung der drei anderen Prinzipien. Erst auf dieser Basis macht es überhaupt Sinn, darüber nachzudenken, in welchem Verhältnis Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit stehen. Der Raum ist deshalb wie folgt zu skizzieren<sup>98</sup>:

98 Darstellung des Verfassers.



Diese Art der Darstellung macht deutlich, dass Freiheit und Gleichheit, wie dargelegt, in einer Flucht liegen und gegeneinander wirken. Ist Freiheit absolut, zählt in letzter Konsequenz allein das Recht des Stärkeren. Gilt umgekehrt allein Gleichheit als Maßstab, dann hat dies letztlich die Auslöschung der Freiheit zur Folge, weil die pure Einheit als Richtschnur dient. Will man nicht in das eine oder andere Extrem abdriften, sind Freiheit und Gleichheit in ein vernünftiges Gleichge-

wicht zu bringen. Das kann nur gelingen, wenn, wie Sartre vorschlägt, die Solidarität in das Zentrum rückt, weil so eine Instanz zwischen Freiheit und Gleichheit geschaltet wird, die beide Kräfte kombiniert: Droht die liberale Freiheit zu einem reinen Egoismus auszuarten, arbeiten solidarische bzw. kommunitäre Kräfte dieser Vereinseitigung entgegen. Steht zu befürchten, dass allein nur noch die Gleichheit zählt, wirkt die Solidarität mehr in Richtung Freiheit. Die großen 89er Revolutionen sind Beispiele dieser Kraft der Solidarität: 1789 der Kampf für Rechtsgleichheit und Abschaffung der Privilegien, 1989 das Streben nach Freiheit nach jahrzehntelanger praktizierter Gleichheitsideologie. Schließlich wird die Trias eingerahmt von der Idee der aktiven Teilhabe: Sie ist Bedingung für mehr Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, aber zugleich auch das Ziel linker Identitätsvorstellungen.

#### *Zusammenfassung und Ausblick in fünf Thesen*

Wenn links erstens die Einheit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit betont<sup>99</sup>, und zweitens, begründungstheoretisch betrachtet, die Brüderlichkeit als Ausgleichsmoment fungiert sowie drittens das aktive Mittun der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Zielmarke ist, dann heißt links: *Brüderlichkeit durch Freiheit und Gleichheit im Miteinander-Handeln*.

Die Aussagekraft solcher oder ähnlicher Formeln ist ohne Zweifel beschränkt, da sie letztlich zu abstrakt bleiben, um Orientierung zu bieten und das politische Handeln anzuleiten. Aber auch diejenigen, die sich politisch engagieren, kommen nicht umhin, sich ab und an zu fragen, was eigentlich die Basis ihres eigenen Denkens und Tuns ist. Und spätestens dann bekommt das Zusammenspiel der Trias von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Klangraum des Politischen – verstanden als ein Raum des Miteinanders – in der Öffentlichkeit eine Kontur.

Die in diesem Beitrag dargelegten Überlegungen lassen sich in den folgenden fünf Thesen zusammenfassen.

Aus pragmatischer Sicht ist die Linke, wie die Überlegungen Eppers zeigen, darauf verwiesen, in mühevoller Kleinarbeit die demokratischen Potentiale zu sichern und zu stärken.

Durch den Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus hat sich das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus zugunsten der kapitalistischen Ordnung verändert. Eine Stärkung der Demokratie auf nationaler Ebene ist zwar wichtig und richtig; sie hat aber dauerhaft nur Bestand, wenn es gelingt, die Demokratie auch in Europa und in den internationalen Beziehungen zu festigen und auszubauen.

Für die Linke war und ist die Trias der Französischen Revolution eine zentraler Bezugspunkt, wobei eben erst die *Kombination* aus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gesellschaftlichen Fortschritt möglich macht. Allerdings haben auch linke Kräfte und Ideen die wechselseitige Verschränkung häufig genug missachtet. Vor allem gerät oft zu schnell aus dem Blick, dass die Trias der Französischen Revolution eine starke liberale Färbung hat.

Das Prinzip der Brüderlichkeit wird zu Unrecht häufig übergangen oder marginalisiert. Versteht man Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Einheit, zeigt sich, dass letztere gewissermaßen als Balancierfaktor zwischen Freiheit und Gleichheit fungiert.

99 Vgl. Brie/Spheer 2006, Fülberth 1998.

Die Linke ist keine homogene Einheit, ganz im Gegenteil. Eine Definition, die die Heterogenität abbilden könnte, gibt es daher schlicht nicht. Skizziert man die Linke als eine mehrdimensionale Einheit, dann wird deutlich, dass sie Macht – verstanden als gemeinsames Handeln im politischen Raum – erzeugt, sie durch das Zusammenspiel von Freiheit und Gleichheit legitimiert und mittels demokratischer Institutionen und solidarischer Strukturen zu begrenzen sucht.

Vereint man die pragmatische Perspektive Eppers mit historischen Ableitungen und verknüpft diese mit Ideen Sartres, dann ist links als ein Projekt anzusehen, das seine Faszination dadurch begründet, dass es Freiheit *und* Gleichheit *und* Brüderlichkeit als eine Wertetrias begreift. Da die einzelnen Komponenten nicht in einem starren, fest zementierten Verhältnis zueinander stehen, gehört das fortwährende Ausbalancieren dieser drei Ideen selbst zur Identität der Linken. Normativ gesehen steht links, so mein Fazit, also für die reflexive Verknüpfung von Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit. Im Hinblick auf die Praxis lässt diese sich, wie Sartre zu Recht anmerkte, als ein Plädoyer für die »Demokratie als Lebensform« deuten.

#### Literatur

- Adorno, Theodor W. 1971: Die Philosophie ändert, indem sie Theorie bleibt, in: Wolff (Hrsg.) 1971, 155-164.
- Adorno, Theodor W. 1998: Kierkegaard. Konstruktion des Ästhetischen (Gesammelte Schriften: Band 2), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Adorno, Theodor W. 1998a: Kierkegaards Lehre von der Liebe, in: Adorno 1998, 217-236.
- Adorno, Theodor W. 1998b: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit (Gesammelte Schriften: Band 6), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Arendt, Hannah 1989: Menschen in finsternen Zeiten, hrsg. von Ursula Ludz, München: Piper.
- Arendt, Hannah 1989a: Gedanken zu Lessing. Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten, in: Arendt 1989, 17-48.
- Arendt, Hannah 1993: Was ist Politik. Fragmente aus dem Nachlaß, hrsg. von Ursula Ludz, München: Piper.
- Arendt, Hannah 2000: Über die Revolution, 4. Aufl., München: Piper.
- Arendt, Hannah 2006: Denken ohne Geländer. Texte und Briefe, hrsg. von Heide Bohnet und Klaus Stadler, München: Piper.
- Assheuer, Thomas/Perger, Werner A. (Hrsg.) 2000: Was wird aus der Demokratie?, Opladen: Leske+Budrich.
- Assmann, Jan 1992: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München: C. H. Beck.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar 2004: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Berger, Johannes (Hrsg.) 1986: Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren (Soziale Welt, Sonderband 4), Göttingen: Otto Schwarz & Co.
- Berlin, Isaiah 1995: Freiheit. Vier Versuche, Frankfurt/M.: Fischer.
- Bobbio, Norberto et al. 1993: What's left? Prognosen zur Linken, Berlin: Rotbuch.
- Brie, Michael/Spahr, Christoph 2006: Was ist heute links?, in: kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung, 1/2006, 1-21.
- Claessens, Dieter 1992: Kapitalismus und demokratische Kultur, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Clam, Jean 2002: Was heißt, sich an Differenz statt an Identität orientieren? Zur Deontologisierung in Philosophie und Sozialwissenschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Claussen, Detlev 1995: Konformistische Identität. Zur Rolle der Sozialpsychologie in der Kritischen Theorie, in: Schweppenhäuser (Hrsg.) 1995, 27-40.
- Dahrendorf, Ralf 1979: Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Deppe, Frank 1997: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln: PapyRossa Verlag.
- Dewey, John 2001: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme, Berlin/Wien: Philo Verlagsgesellschaft.
- Dubiel, Helmut 1994: Ungewißheit und Politik, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Eppler, Erhard 2006: Was heute links ist, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2006, 1335-1342.
- Fickinger, Nico 2007: Globalisierung führt zu Leid und Elend (Interview mit Oskar Lafontaine), <http://www.faz.net/s/RubF0E4F4ECFDD24816BC0C6759093E04F7/Doc-E008479FC29F54D6A84BA0B98F8B592A3~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, Zugriff: 21.06.2007.
- Foucault, Michael 1978: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin: Merve Verlag.
- Fülberth, Georg 1998: Basisbegriff der Linken. [http://www.joerg-gessner.de/prv/fag/texte\\_2.html](http://www.joerg-gessner.de/prv/fag/texte_2.html), Zugriff: 02.01.2007.



- Fülberth, Georg 2005: Lechtsrinks 2010. [http://www.sopos.org/aufsaeetze/41f7d6f5a637a/1\\_phtml](http://www.sopos.org/aufsaeetze/41f7d6f5a637a/1_phtml), Zugriff: 02.01.2007.
- George, Susan 2006: Change it! Anleitung zum politischen Ungehorsam, München: Droemer.
- Giddens, Anthony 1997: Jenseits von Rechts und Links, hrsg. von Ulrich Beck, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Glötz, Peter 1992: Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Glötz, Peter 1993: Mit härteren Bandagen. Nach den aufgebrauchten Mikro-Konflikten, in: Bobbio et al. 1992, 112-126.
- Greffrath, Matthias 2005: Was heißt links? Alle schimpfen über PDS und WASG. Zeit für einen Grundkurs in linker Politik, in: DIE ZEIT 14.07.2005. <http://www.zeit.de/2005/29/Linkssein>, Zugriff am 04.01.2007.
- Guggenberger, Bernd 1987: Sein oder Design. Zur Dialektik der Abklärung, Berlin: Rotbuch Verlag.
- Habermas, Jürgen 1982: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, 3. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1989: Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze, 3. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 2001: Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft, Ditzingen: Reclam.
- Haug, Wolfgang Fritz/Haug, Frigga et al. 2002: Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, Hamburg: Argument Verlag.
- Heilbroner, Robert 1994: Kapitalismus im 21. Jahrhundert, München/Wien: Hanser.
- Himmelmann, Gerhard 2001: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch, Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag.
- Hondrich, Karl Otto/Koch-Arzberger Claudia 1992: Solidarität in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M.: Fischer.
- Honneth, Axel et al. (Hrsg.) 1989: Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhard (Hrsg.) 2004: Handbuch der Kulturwissenschaften, Band 1 (Grundlagen und Schlüsselbegriffe), Stuttgart – Weimar: J. B. Metzler.
- Krüger, Horst (Hrsg.) 1963: Was ist links?, München: Paul List Verlag.
- Kühnl, Reinhard 1999: Liberalismus als Form bürgerlicher Herrschaft. Von der Befreiung des Menschen zur Freiheit des Marktes, Heilbronn: Distel-Literatur-Verlag.
- Luhmann, Niklas 1993: Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lukács, Georg 1985: Demokratisierung heute und morgen, hrsg. von László Sziklai, Budapest.
- Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.) 1979: Identität, München: Wilhelm Fink Verlag.
- Marx, Karl 1970: Zur Judenfrage, in MEW 1970, S. 347-377.
- MEW 1970: Band 1, Berlin: Dietz-Verlag.
- Negt, Oskar 2005: Kritische Gesellschaftstheorie, Gewerkschaften und Emanzipation, in: vorgänge, 3-4/2005, S. 103-115.
- Nell-Breuning, Oswald von 1990: Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität, Freiburg im Breisgau: Herder.
- Nida-Rümelin, Julian/Thierse, Wolfgang (Hrsg.) 1997: Philosophie und Politik, Essen: Klartext.
- Nida-Rümelin, Julian 2006: Demokratie und Wahrheit, München: C. H. Beck.
- Offe, Claus 1986: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien, in: Berger (Hrsg.) 1986, S. 97-118.
- Rawls, John 1997: Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, hrsg. von Wilfried Hinsch, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rawls, John 2006: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Ricken, Norbert 1999: Subjektivität und Kontingenz. Markierungen im pädagogischen Diskurs, Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Ricken, Norbert 2002: Identitätsspiele und die Intransparenz der Macht, in: Straub/Renn (Hrsg.) 2002, S. 318-359.
- Rotbuch-Verlag 1992: WHAT`LEFT? Prognosen zur Linken, Berlin.
- Sartre, Jean Paul 1993: Brüderlichkeit und Gewalt. Ein Gespräch mit Benny Lévy, Berlin: Wagenbach.
- Sartre, Jean Paul 1998: Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie, hrsg. von Traugott König, Reimbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Schmitt, Carl 1993: Verfassungslehre, 9. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
- Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner (Hrsg.) 1994: Demokratisierung und politischer Wandel, Münster: LIT-Verlag.
- Schweppenhäuser, Gerhard (Hrsg.) 1995: Soziologie im Spätkapitalismus. Zur Gesellschaftstheorie Theodor W. Adorns, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Seils, Christoph: Quicklebendige Leiche, in <http://www.zeit.de/online/2007/25/linke-pds-wasg-kommentar?page=all>, Zugriff: 21.06.2007.
- Straub, Jürgen 2004: Identität, in: Jaeger/Liebsch 2004, S. 277-303.
- Straub, Jürgen/Renn, Joachim (Hrsg.) 2002: Transitorische Identität. Der Prozesscharakter des modernen Selbst, Frankfurt/M.: Campus.
- Thielen, Helmut 2001: Die Wüste lebt. Jenseits von Kapital und Staat, Verlag Graswurzelrevolution.
- Vorländer, Hans 2003: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorie, München: C. H. Beck.
- Walzer, Michael: Pluralismus und Demokratie, in: Nida-Rümelin/Thierse (Hrsg.) 1997, S. 24-40.
- Wilk, Michael 1999: Macht, Herrschaft, Emanzipation. Aspekte anarchistischer Staatskritik, Karlsruhe: Trotzdem Verlag.
- Wolff, Georg (Hrsg.) 1971: Wir leben in der Weltrevolution. Gespräche mit Sozialisten, Hamburg: List Taschenbücher.
- Zoll, Rainer 2000: Was ist Solidarität heute?, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

## WOLFGANG SABATH

# Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Jetzt haben wir vier Jahre Zeit, um unsere Wunden, die uns die publizistischen Olympia-Tsunami geschlagen haben, zu salben; vielleicht täuscht mich mein Gedächtnis (das haben Gedächtnisse ja zuweilen so an sich), aber mir kommt es vor, als wären wir noch nie anlässlich Olympischer Spiele bereits vor Beginn des Spektakels dermaßen von Presse-Rundfunk-Fernsehen belegt worden wie diesmal. Als ich die »lebenden Bilder« der Eröffnungsschau sah (wie ist eigentlich der Fachterminus derartiger Gymnastik?), gedachte ich kurz unserer ehemaligen Chefs W. U. und E. H. – wenn die das noch hätten erleben können! Und außerdem fragte ich mich, ob sich die chinesischen Genossen im Rahmen einer speziellen Form von sogenannter Störfreimachung die ganzen schönen Massengymnastiken der Eröffnungsfeier selber ausgetüftelt haben oder Trainer-Hilfe beim nordkoreanischen Bruder-volk eingekauft haben. Denn die Nordkoreaner scheinen mir in dieser Angelegenheit weltweit nach wie vor unübertroffen zu sein. Olympische Spiele in Peking? Ach Gott, ich hätte es kaum vorherzusagen gewagt: Schnee von gestern ist gar nichts dagegen.

Doch eine Erfahrung bleibt: Der arrogante Grundton, das Schnöselige deutscher Kommentatoren und Berichterstatter vor und während der Spiele, ihre sämtlichst westeuropäisch getönten Brillengläser, mit denen sie Chinesisches bedachten und bekakelten, führte bei mir zwangsläufig dazu, daß ich mich eines Tages dabei ertappte, die dortigen doch unbezweifelbaren bürgerrechtlichen Defizite für erklärbar, gar teilweise sogar für entschuldbar zu halten. Na, wies ich mich zurecht, so geht es ja auch nicht, Jugendfreund! »So ist es«, gab ich mir recht.

Im großdeutschen Feuilleton (oder vielleicht besser »im deutschen Großfeuilleton«) stieß das einstige SED-Mitglied, der Berliner Autor

Werner Liersch, eine Debatte über den Schriftsteller Erwin Strittmatter und dessen Biografen Günther Drommer an (früher Lektor im Aufbau-Verlag). Sollten Sie im Urlaub gewesen sein und von alledem nichts mitbekommen haben, aber den Disput nachvollziehen wollen, hier die Quellen: Werner Liersch – *FAZ* vom 8. Juni und 3. August, Karl Corino am 4. August in der *Frankfurter Rundschau* und Günther Drommer im *Blättchen* 14 (7. Juli) und 17 (18. August). Sollten Sie derartiger Ost-West- oder Ost-Ost-West-Streitereien müde sein, reicht es, sich getrost an Günther Drommers Schlußpassage in seiner Antwort an Werner Liersch zu orientieren (*Blättchen* 17/2008): »Ich fürchte allerdings, das auf wieder andere Art angepaßte Verhalten der beiden Jagdgenossen Liersch und Corino und all ihrer journalistischen Kolporteure dient sehr genau den momentan allenthalben sichtbaren Zwecken. In diesem Fall betrifft das unbezweifelbar die Delegitimierung des Antifaschismus in der vergangenen DDR, was denn sonst?«

Zu solchen »allenthalben sichtbaren Zwecken« zählen mittlerweile auch die in schöner Regelmäßigkeit veröffentlichten Berichte des »Forschungsverbundes SED-Staat« an der Freien Universität in Berlin. Zu dem Bericht, den die Wissenschaftler im Juli vorgelegt hatten (und zu dessen prägnantesten Ergebnissen die Aussage gehörte, daß bayerische Schüler besser über die DDR Bescheid wüßten als Schüler aus Brandenburg), hieß es in einer Zeitung, bezogen auf die »dummen Ostdeutschen«: »Auch in der DDR wurde ihnen in vielen Büchern, Filmen, Zeitungsartikeln nicht die Wirklichkeit ihres Landes vermittelt, sondern ein von ideologischen Interessen geprägtes Bild verordnet. Das passiert nun erneut, wenn auch mit gänzlich entgegengesetzter Stoßrichtung. Wahrhaftiger ist dieses Geschichtsbild vor allem deshalb nicht, weil es nur von dem einen Extrem zum anderen wechselte. In beiden Fällen fehlt die Differenziertheit, also das eigentliche Wesensmerkmal wirklichen Lebens. Und deshalb werden die Bemühungen der FU-Forscher auch weiterhin fruchtlos bleiben und – wie in der DDR jene der Partei-propagandisten – auch künftig eher das Gegenteil erreichen. Daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, läßt sich eben durch noch so fleißige Ideologieproduktion nicht außer Kraft setzen.« Nun, ja, wie der geübte Leser unschwer erkennen wird, handelt es sich bei dem Kommentator um eine sogenannte rote Socke, da dürfte keine andere Interpretation zu erwarten gewesen sein ...

Inzwischen hat propagandistisch bereits das Jahr 2009 begonnen – 20 Jahre Einheitsdeutschland. Das wird vermutlich befeiert werden, daß uns Hören & Sehen vergeht. Erste Vorläufer haben uns schon erreicht (s. o.). Dazu gehört zweifelsohne auch ein Interview, das Lothar de Maizière dem Berliner *Tagesspiegel* Anfang August gegeben hatte. Darin erklärte der letzte DDR-Ministerpräsident unter anderem: »Es gab in der DDR vielleicht zwei Prozent Opfer und vielleicht drei Prozent Täter. Und 95 Prozent waren Volk. Die wollten auch gar nichts anderes sein, wollten für sich und ihre Familie das Beste aus ihrem Leben machen. Im Nachhinein aber wird die DDR-Bevölkerung eingeteilt in Täter und Opfer. Nun müssen die Leute alle sehen, wie sie auf das Opfer-Ufer kommen, weil sie sonst alle zu den Tätern gerechnet werden. Sie müssen ihre Widerstandsgeschichten erzählen und wie oft sie die Faust in der Hosentasche geballt haben.«

Carola Schramm, Jürgen Elsner:  
 Dichtung und Wahrheit.  
 Die Legendenbildung um Ernst  
 Busch, 2 Halbbände, trafo verlag  
 Berlin 2006; 1. Halbbd. 312 S.  
 (34, 80 €); 2. Halbbd. 386 S.  
 (37, 80 €); CD mit 27 Ton-  
 beispielen (7, 80 €)

»Mein Name ist Ernst Busch. Ein Kind des Jahrhunderts, und möchte in keinem anderen Zeitalter gelebt haben.« So der Schauspieler und charismatische Sänger, der tatsächlich das extreme Jahrhundert fast ganz erlebt hat (22.1.1900 - 8.6.1980), über sich selbst. Carola Schramm und Jürgen Elsner fangen dieses Leben in seiner künstlerischen Kraft, politischen Konsequenz und persönlichen Eigenwilligkeit wie Leidenschaftlichkeit ein. Nicht eine biographische Abfolge, sondern eine akribische Aufklärung der um Busch rankenden Legenden ist zu lesen. Die Autoren stützen sich auf umfangreiche Studien, die sich im zweiten Halbband auch in aussagekräftigen originalen Texten niederschlagen.

Ernst Busch, der nach einer Gastrolle in der SPD und USPD parteilos geblieben ist, mischt sich jedoch in das politische Leben ein und wird 1945/46 Mitglied der KPD beziehungsweise SED. In der Weimarer Republik ist er auf bekannten Bühnen wie der Piscator-Bühne und der Volksbühne zu sehen und spielt in unvergessenen Filmen wie *Dreigroschenoper* und *Kuhle Wampe*. In der ersten großen Auseinandersetzung um Demokratie und gegen Faschismus singt er an der Seite der Interbrigadisten in Spanien, wird 1940 bis 1943 in französischen Lagern interniert und nach mißlungener Flucht an Deutschland ausgeliefert sowie 1944 wegen Hochverrat verurteilt. Obgleich er durch einen Bombenangriff auf das Gefängnis Berlin-Moabit 1943 eine schwere Kopfverletzung erleidet, ist seine Kampfkraft nach der Befreiung vom Faschismus ungebrochen. Er erhofft sein Jahrhundert als ein sozialistisches. Als bedeutender Interpret revolutionärer Lieder singt er sich in die Herzen vieler Menschen. Bis zu seinem Rücktritt von der Bühne 1961 aus gesundheitlichen Gründen setzt er als Schauspieler am Berliner

Ensemble, am Deutschen Theater und an der Volksbühne Maßstäbe in der Schauspielkunst (wie *Die Mutter*, *Galileo Galilei*, *Nachtasyl*, *Othello*, *Faust*).

Dem uralten Geschäft der Legendenbildung spüren Carola Schramm und Jürgen Elsner im Fall von Ernst Busch fast kriminalistisch nach. Die Widerlegung der Legende Nr. 1 über die sogenannte Enteignung des von Busch im Februar 1947 etablierten Schallplattenverlags *Lied der Zeit GmbH* enthüllt damaligen Zeitgeist par excellence. *Lied der Zeit* bringt mit den Labels Eterna und Amiga selbst unter den damals widrigsten materiellen Umständen (zwei alte Schallplatten für eine neue) Lieder Buschs und klassische Musikwerke sowie Tanzmusik unter die Menschen. Als Lizenzträger stößt Busch schon 1948/1950 offiziell an, den Betrieb in eine öffentliche Rechtsform zu überführen, was jedoch aus verschiedenen Gründen nicht vorankommt und bis zur Überführung in Volkseigentum am 1. Mai 1953 in einen zugespitzten Konflikt mündet. Der couragierte Mann wird mit kulturpolitischen Beckmessern der zentralen Anweisungs-, Begutachtungs-, Kontroll-, Genehmigungs- bzw. Verweigerungsbehörde – der im Juli 1951 geschaffenen Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten bei der Regierung der DDR – konfrontiert, die Kunst eher hemmt als fördert. Mit Arroganz und persönlichen Beleidigungen gegen den Künstler wird *Lied der Zeit* darüber belehrt, was eine gelungene Aufnahme oder »schep-pernder Klangbrei« sei, dass Hanns Eislers Vertonung *Dank euch, ihr Sowjetsoldaten* zugunsten einer anderen herauszuziehen und die Tanzkapelle Kurt Henkels nicht zu bevorzugen sei, die Produktion neuer Aufbau- und Kampflieder unzureichend und in dem Lied *Ami go home* heiße Jazzmusik enthalten sei. Wie andere Künstler gerät der Nationalpreisträger in Schdanowsche Wellenlängen von Realismus und Formalismus sowie in Böswilligkeiten. Völlig degoutiert, bleiben ihm aber Freunde wie Hanns Eisler, Bertolt Brecht, Domprediger Karl Kleinschmidt, Willi Bredel und Franz Dahlem.

Ein Bündel an Konflikten, mit brisanten Niederschriften Buschs belegt, verknüpft sich mit dem Aufklären der Legende seines Partei-ausschlusses, die der damalige Intendant des

Staatlichen Rundfunkkomitees 1953 in die Welt gesetzt hat. Ein prägender Abschnitt der SED, die Parteiüberprüfung 1951/52, die als Disziplinierungs- und Säuberungsvorgang in die Geschichte eingegangen ist, und politische Arroganzen rücken ins Blickfeld. Der Mann, der im Juni 1950 das Lied von der Partei singt, die für das Recht kämpfe, füllt für die Überprüfung seinen Fragebogen aus, gibt seinen Lebensbericht ab und folgt dem Gespräch mit Vertretern der Zentralen Parteikontrollkommission. Doch nicht als ein zu Belehrender und zu Disziplinierender will er antreten, sondern auf gleicher Augenhöhe. Er möchte Antworten auf mehrere Fragen wie, wieso Erich Honecker veranlassen kann, nicht »Busch über das bekannte Maß heraus zu popularisieren« und wer ihn mit dem *Götz-Zitat* gegenüber dem Politbüro angeblich denunzierte. Die ausbleibenden Antworten werden mit der verblüffenden Frage übergangen, »mit wem er 1937 von Moskau nach Spanien gefahren sei.« Womit man nicht rechnet, Busch duckt sich nicht, bleibt kantig und trotzig, behält sein altes Mitgliedsbuch und gibt trotz Aufforderungen keine Passbilder für ein neues ab. Es wird lange kalt um Busch und seine Liedplatten werden verbannt. Als Schauspieler von Charakterrollen erkämpft er sich jedoch neuen Ruhm und verdankt vor allem der Courage des Kulturministers Hans Bentzien (1961-1966) einen kulturpolitischen Sieg (*Aurora-Reihe*). Da die üble Nachrede mit dem *Götz-Zitat*, das ein Ausrutscher gegenüber Mitarbeitern des Zentralrats der FDJ gewesen ist, nicht öffentlich zurückgenommen wird, bleibt Busch auch später bei seinem alten Parteibuch als ihm nach einer internen Initiative Franz Dahlems ein neues ausgeschrieben wird.

Die Schlusslegende reicht in Moskau-Dimensionen der Dreißiger Jahre. Wie viele andere Emigranten hat auch Ernst Busch, der öffentlich aufgetreten und bekannt gewesen ist, von Folgen der *Jeshowschina* Kenntnis. In der Presse gefeierte Schauprozess-Urteile empfindet er als »gerecht« und erfährt vom wirklichen Schicksal seiner hingerichteten engsten Freunde wie Maria Osten, mit der er im Februar 1937 in den Bürgerkrieg nach Spanien gefahren war, vermutlich erst 1948 bei seiner Krankenbehandlung in Moskau ein wenig. Mit einer Textveränderung in dem Volkslied

*Es sind die alten Weisen* setzt er 1950 auf seine Art ein Zeichen in anklagender Rufintonation: *dann gehn durch unser Schweigen, sie, die gefallen sind.*

Wenngleich ob der Vielfalt der Facetten und der Bewegtheit des Schicksals von Busch manche Passage etwas verwickelt erscheint, lesen sich beide Bände spannend und mit dem Vorzug, dass die Autoren den Leser auf den Weg ihrer Wahrheitssuche mitnehmen.

WILFRIEDE OTTO

**Annelies Laschitzka:**  
**Die Liebknechts.**  
**Karl und Sophie – Politik und Familie.** Aufbau Verlag Berlin, 2007, 551 S. (24,95 €)

Bis 1933 haben Berliner Sozialisten und Kommunisten um den 15. Januar der zwei deutschen Revolutionäre durch einen Massenbesuch des Friedhofs Lichtenberg-Friedrichsfelde gedacht. Seit 1925 gab es außerdem Gedenkfeiern für Lenin-Liebknecht-Luxemburg, meist mit Referaten, die ihr Denken und Wirken zu vermitteln suchten. Nach 1945 und bis heute gibt es wieder alljährlich das Gedenken der Berliner Werktätigen an die zwei am 15. Januar 1919 Ermordeten. So verschieden sie in ihrem Denken und in ihren Biografien sind, gehören sie zur großen Tradition der kommunistischen Bewegung. Was sie gedacht haben, bleibt aktuell und wird in jeder Phase der Bewegung neu und manchmal kontrovers interpretiert. Annelies Laschnitza hat nun eine weitere Biografie Karl Liebknechts vorgelegt, die sich auf umfangreiches Material aus öffentlichen und persönlichen Archiven stützt.

In den ersten drei Kapiteln wird die bedeutende Familie und die Erziehung von Karl dargestellt, dem trotz begrenzter Mittel die Familie das Studium ermöglichte – bis zur Etablierung als Rechtsanwalt zusammen mit seinem älteren Bruder Theodor, der ihn und seine Familie unermüdlich unterstützte und damit Karls intensive politische Tätigkeit ermöglichte. Es konnte nicht ausbleiben, dass der Sohn des Mitbegründers der SAPD als kritischer Kopf in die Politik hineinwuchs,

wenn er auch in seinem Charakter seinem Vater nicht völlig glich. Nach Bebels Rat wollte er vom Parteiapparat finanziell und politisch unabhängig bleiben. Dafür aber bekam er neben Theodors Hilfe auch viel solidarische Hilfe von Genossen im Ausland und in Deutschland und zeitweilig auch von der Familie seiner zweiten Frau, deren größerer Teil in Breslau am Dom lebte und die vor der russischen Revolution wohlhabend gewesen war.

Nicht nur die frühe engere Beziehung zu seiner zweiten Frau Sofie (Ryss), sondern auch seine Solidarität mit den verfolgten russischen Sozialdemokraten, die z.T. nach 1905 nach Deutschland emigrierten, führten ihn in die Solidaritätsarbeit und stärkten sein Interesse für die politischen Entwicklungen in Russland.

Bald geriet er in Gegensatz zur reformistischen Bürokratie seiner Partei, die die Arbeiterjugend unter ihre Fittiche zu nehmen versuchte und sich dabei auf das Vereinsgesetz stützte, das der Jugend politische Betätigung verbot. Um die nationalistischen und paramilitärischen Jugendorganisationen sollte die »Erziehung« der arbeitenden Jugend gestaltet sein. Liebknecht wollte im Gegenteil eine selbstständige, kritische, antimilitaristische, proletarische Jugend und unterstützte deren politische und organisatorische Bestrebungen besonders intensiv, sodass er dort viel Vertrauen erwarb.

Nach und nach wuchs das Vertrauen der Parteigenossen, und er musste für die Berliner Stadtverordnetenversammlung kandidieren, dann für den preußischen Landtag und schließlich für den Reichstag. In allen diesen Parlamenten war er immer inhaltlich vorbereitet, hatte sachliche Kritik und Vorschläge, ebenso schärfste Kritik an der Politik der kaiserlichen Regierung. Wichtigstes Thema für ihn war neben der Jugendfrage die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus: Massive Aufrüstung (mit ihren Folgen der internationalen Kooperation und Korruption sowie für die Lebenshaltung der Werktätigen), die außenpolitischen Kriegsvorbereitungen, die immer deutlichere Kriegsgefahr. Mit seinen unwiderlegbaren Fakten reizte er seine Gegner, brachte sie in Schwierigkeiten. Er nutzte die Parlamente als Tribüne, von der aus er an die Massen appellierte. Er deckte Rüstungsskandale auf, zeigte die internationale Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie auch »verfeindeter« Länder.

Um seine Enthüllungen zu stoppen, wurde er des Hochverrats angeklagt. Er verstand auch diese politische Verfolgung als Gelegenheit, die Werktätigen aufzuklären und politisch zu mobilisieren. Seine mutigen Anklagen vor Gericht zeigten seinen Mut, konnten aber natürlich die Klassenjustiz nicht an einer Verurteilung hindern. Die Festungshaft verbüßte er in Glatz (Schlesien). Familie und Freunde besuchten ihn, er konnte für sich arbeiten. Neben seinen politischen Arbeiten begann er hier seine umfangreichen philosophischen Studien, über die er viele Exzerpte und Notizen anfertigte.

Zurück aus der Festungshaft begann er sofort wieder seine Arbeit – Verteidigung russischer Genossen in Leipzig, Reden auf Massenversammlungen, Kritik im preußischen Landtag. Trotz seiner komplizierten außerfamiliären Liebesbeziehungen sorgte er ständig für seine Familie – für den Unterhalt und die Erziehung seiner drei Kinder, die er auch aus der Haft immer wieder zum Lernen und zur Weiterbildung in liebevollen Briefen anregte. Ebenso erfüllte er seine politischen Aufgaben, sodass das »Familienleben« erst an zweiter Stelle kam. Auf dem Parteitag der SPD 1910 in Berlin legte er ein Demokratisierungsprogramm vor, mit dem er hoffte, das Kaiserreich zu demokratisieren. Dabei ging es auch um ein demokratisches Wahlrecht statt des Dreiklassenwahlrechts. Rosa Luxemburg, die gleichfalls den Wahlrechtskampf intensiv führte und Massen mobilisierte, befand Liebknechts Vorschläge zur Demokratisierung als vage, vielleicht auch zu illusionär. Konnte dieser Staat mit seiner fest gefügten reaktionären Bürokratie durch neue Gesetze demokratisch werden? Zu dieser Zeit gab es noch kaum persönliche Kontakte; Luxemburg blieb im Stillen kritisch gegenüber seinen parlamentarischen Aktivitäten.

Ein Beweis für sein wachsendes Ansehen war die Einladung des Nationalsekretärs der *Socialist Party of America* zu einer Agitationsreise, wie auch sein Vater 60 Jahre früher eine absolviert hatte. Sie begann am 1. Oktober 1910. Seine inhaltlich gut vorbereiteten Vorträge fanden bei den Hörern und Hörerinnen und in manchen Zeitungen eine gute Aufnahme. Seine Kritik richtete sich gegen den modernen Kapitalismus in den USA ebenso wie gegen die deutschen Zustände, Spitzelbe-

richte an die heimischen Behörden, Verleumdungen in der reaktionären Presse legen Zeugnis darüber ab. Natürlich benutzte er die Reise zur intensiven Betrachtung der sozialen Verhältnisse und der Schönheiten des Landes. Nach über 2 Monaten traf er am 7. Dezember 1910 wieder in Berlin ein.

Nach intensivem Wahlkampf eroberte er 1912 den Kaiserwahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und hatte nun Gelegenheit, im Reichstag seine Anklagen vorzutragen. Bald zeigte sich sehr deutlich die Dominanz des Reformismus in der Fraktion. Liebknechts Beharren auf den alten Grundsätzen führte zu großen Spannungen bei den Militärvorlagen. Am 4. August 1914 war er noch diszipliniert und stimmte gegen seine Überzeugung für die Kriegskredite, was seine linken Freunde noch mehr schockierte als die Zustimmung der anderen. Nach der deutschen Besetzung fuhr er nach Belgien, um gegen seine Regierung zu demonstrieren und den belgischen Genossen seine Solidarität zu erweisen. Im Dezember war er im Reichstag die einzige Gegenstimme. 1915 begannen andere seinem Beispiel zu folgen. Liebknecht wurde von seinen Gegnern, nicht nur den bürgerlichen, auf das Übelste beschimpft, auch der Geisteskrankheit bezichtigt – wegen seiner Gegnerschaft gegen den Wahnsinn des imperialistischen Krieges. Hermann Molkenbuhr vom SPD-Vorstand vermerkte in seinem Tagebuch, er sei »geistig nicht normal«; der Präsident des Reichstags sprach von einem »offenbar kranken Geisteszustand«. Die Kritiker wurden ausgeschlossen und gründeten die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Liebknecht genügte die Opposition im Parlament nicht. Er wurde zum aktiven Antimilitaristen, deswegen – »unwürdig« – als Armierungssoldat einberufen, unbewaffnet in Frontnähe Schützengräben auszuheben. Er half bei der Gründung der Gruppe Internationale (später Spartakusbund genannt) und demonstrierte am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz mit dem Ruf: »Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!« Verhaftung, Verurteilung zu 4 Jahren und einem Monat Zuchthaus folgten, bis kurz vor Kriegsende musste er in Luckau bleiben. Wieder nutzte er die Zeit mit Studien und Versuchen, seine philosophischen Gedanken niederzulegen, aber auch zu intensiver Sorge um seine Familie und die geistige Entwicklung der Kinder.

Liebknecht hat nie Zeit gefunden, die philosophischen Arbeiten schriftlich zu ordnen. Er hat um die Bewegungsgesetze der Gesellschaft gerungen. Ihre Publikation stieß auf politische und Verständnis-Schwierigkeiten. Annelies Laschitza hat sich große Mühe gegeben, sie dem normalen Leser verständlich darzubieten. In einigen Punkten nähert sich Liebknecht dem Maoismus; insgesamt bleiben sie ein nicht leicht verständliches Fragment. Aber die Autorin stellt selbstkritisch fest, dass sie in einer früheren Biografie Liebknechts in Dokumenten »anmaßend geurteilt« habe.

Am 23. Oktober 1918 im Zuge einer Amnestie endlich aus Luckau entlassen, wird er begeistert empfangen und stürzt sich sofort in die politische Arbeit, von der die letzten zwei Kapitel handeln. Die Autorin fasst die Periode vom Oktober bis zur Ermordung am 15. Januar 1919 präzise und eindrucklich zusammen. Die Fakten sind weitgehend bekannt. Deutlich wird das enge Zusammenwirken der SPD-Führung mit der besiegten Armeeführung, ihr militanter Antikommunismus und Antisowjetismus, die Brutalität des Kriegsministers Gustav Noske (SPD), die volle politische Verantwortung für die zwei Morde am 15. Januar 1919 und für die vielen folgenden Morde, die Bluts pur der deutschen Konterrevolutionäre, die später auch manche der heftigsten Gegner der Revolution (z. B. Matthias Erzberger) mitriss.

Laschitza zeigt ferner die Unentschlossenheit der USPD, die Unklarheiten bei den Revolutionären und das Fehlen einer guten Organisation der Revolutionäre, die sich erst am Jahresende aus einigen Gruppen zur KPD zusammenfanden. Die deutsche Konterrevolution war wieder organisiert, gut bewaffnet, sofort bereit, verwirrte heimkehrende Soldaten rücksichtslos gegen den »inneren Feind« einzusetzen. Auf der anderen Seite galt die Verkündung der Revolution und Entmachtung als die historisch gerechtfertigte Strafe für die Verbrechen des 1914 begonnenen imperialistischen Krieges. Die kriegsmüden Arbeiter und Soldaten konnten die Propaganda der SPD nicht sofort durchschauen.

Das Buch zeigt auch ehrlich die unterschiedliche Beurteilung der aktuellen Situation und die großen Unterschiede zwischen Liebknecht und Luxemburg, zwischen dem

überaktiven Revolutionär, der von seinem großen Kredit dazu verführt wurde und glaubte, seine alleinige Aktivität könne die Kräfteverhältnisse wenden, der in seiner Aktivität keine Zeit zur Reflexion und zum Gespräch mit seinen Genossen fand. Laschitza berichtet auch über die Debatten unter den führenden Spezialisten und die Kritik an den Eigenmächtigkeiten von Karl. »Umringt von kämpferisch jubelnden Massen, redete er sich in einen revolutionären Rausch. Die Diskrepanz zwischen seinem Wirken und der Realität war ihm nicht klar« (S. 429). Ganz anders die revolutionäre Marxistin Luxemburg, trotz ihrer Bedenken und Kritik solidarisch, bis zum tragischen Ende der Beiden, denen viele Revolutionäre ins Grab folgten. Die besonnene Kritik an Karl hinderte keineswegs die liebevolle geduldige Fürsorge für seine Frau Sofie (Sonja), die in ihrer schwierigen Lage dennoch in vielen Dingen half.

Der große Revolutionär Karl Liebknecht war kaum Marxist, aber in jenen Zeiten war man unter Marxisten tolerant, sofern sozialistisches Endziel und Wille zur Revolution den Revolutionären gemeinsam war. Das war im Stalinismus ganz anders: Linientreue, kein kritisches Denken – das war das Kriterium. Die frühere Toleranz muss wohl wieder gelernt werden.

Annelies Laschitza behandelt im letzten Kapitel auch die schwierigen Schicksale der Liebknecht-Familie. Ihre Biografie, kritisch und selbstkritisch, in langer Arbeit hervorragend recherchiert, wird dem großen Revolutionär und Humanisten gerecht. So bleibt er hier und in der internationalen Arbeiterbewegung neben Luxemburg lebendig.

Ganz anders die Schicksale der führenden Sozialdemokraten jener Periode. Friedrich Ebert senior wurde zwar Reichspräsident, wurde von seinen undankbaren Kumpanen bald der »Novemberrevolution« zugerechnet und klagte vergeblich gegen diese ungerechte Beschimpfung. Gustav Noske berichtet in seinen Erinnerungen, Innenminister Hermann Göring habe ihm 1933 zugesichert, »einen Mann wie Sie lässt man nicht im Stich«; er behielt seine volle Pension als früherer Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover. Phillip Scheidemann verließ in der Emigration seine Partei im Streit.

THEODOR BERGMANN

August Bebel:

Die moderne Kultur ist eine antichristliche. Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik.

Herausgegeben von Heiner Jestrabek. Klassiker der Religionskritik, Bd. 9, Alibri Aschaffenburg 2007. 160 Seiten, kartoniert (13 €)

In der Buchreihe Klassiker der Religionskritik legt der Aschaffener Verlag Alibri nunmehr seinen neunten Band vor. Die Herausgeber der Klassiker-Editionen stellen jeweils ausgewählte religionskritische Texte bekannter Persönlichkeiten vor, geben Einführungen in Leben und Werk, erklärende Glossarien, Bibliographien und biographische Zeittafeln, sowie editorische Notizen. Der Leser hat somit in komprimierter Form ansprechendes biographisches Material und exemplarische Texte zu weltanschaulichen Positionen der vorgestellten Persönlichkeiten zur Hand. Porträtiert wurden bisher Denis Diderot, Johann Most, Albert Dulk, Jakob Stern, Fritz Lamm, Friedrich Hecker, Peter Maslowski, Rosa Luxemburg und nunmehr August Bebel. Der Herausgeber des Bebel-Bandes Heiner Jestrabek besorgte schon die Ausgaben von Dulk, Stern und Luxemburg.

August Bebel (1842-1913), gilt als der Stammvater der deutschen Sozialdemokratie, war deren Mitbegründer und Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Seine Schriften, u. a. *Die Frau und der Sozialismus*, waren internationale Bestseller. Bemerkenswert und bisher nur wenig beachtet ist die Tatsache, dass er sich häufig mit religiösen bzw. religionspolitischen Fragen auseinandergesetzt hat. Die Sammlung präsentiert einige Parlamentsreden Bebels sowie Vorworte und Auszüge aus längeren Schriften, die diese Fragen behandeln. Eine biographische Einleitung führt in die historischen Texte und politischen Diskussionen der Zeit ein. Bemerkenswert bei Bebel war, dass »er ein bekennender Freidenker und Atheist war und dies in seinen populärwissenschaftlichen Werken propagierte (...) Ganz im Gegensatz zu der bei Politikern üblichen Art,



sich öffentlich nur opportunistisch zu verleugnen, bekannte er sich in öffentlichen Reden, sogar vor dem Deutschen Reichstag, zu seinen Überzeugungen.« Im Deutschen Reichstag bekannte er freimütig 1872: »dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge wird sein, dass auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Sozialismus und auf dem Gebiete, was wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus ihre volle Wirksamkeit ausüben.«

Der Politiker Bebel vertrat hierbei einen ausgesprochen modernen Standpunkt und grenzte sich von der späteren sozialdemokratischen Haltung, die Kirchen als Bündnispartner anzusehen und ihre Privilegierung mitzutragen, ebenso ab wie von explizit kulturkämpferischen Strategien. Als Standpunkt seiner Partei definierte er den Atheismus, als religionsrechtliches Modell vertrat er den weltanschaulich neutralen, toleranten Staat, der alle Glaubensrichtungen duldet, aber staatliche Einrichtungen und Religion strikt trennen sollte.

1874, in dem Jahr des Kirchenaustritts Bebels, entstand der später berühmt gewordene *Briefwechsel zwischen Bebel und Kaplan Hohoff*. »Der Briefwechsel zeigte Bebels Stärke als Polemiker. Er verstand es, wie kein anderer seiner Zeitgenossen, seine umfangreichen Kenntnisse der komplexen historischen Vorgänge populär und prägnant darzustellen. Grundlage seiner Reden und Schriften waren stets umfangreiche Materialrecherche und Quellenstudium. Sein Vortrag war aber immer klar, leicht verständlich und traf die Angelegenheit punktgenau. Er hatte eben einen eindeutig oppositionellen Standpunkt und unterschied sich somit wohltuend von den voluminösen Worthülsen und Phrasen, für die Politiker damals wie heute bekannt sind. Dies war sein Erfolgsrezept als Parlamentsredner und begründete seine Popularität als Volkstribun. Viele seiner Reden und Aufsätze, so auch die Polemik mit Kaplan Hohoff, wurden von seiner Partei als Broschüren gedruckt und fanden in sehr hohen Auflagen unter der Arbeiterschaft Verbreitung. Dieser Text hat bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt und verdient ungeteilte Aufmerksamkeit.«

Bebel war zu seiner Zeit kein unumstrittener Parteiführer. Gegen Parteiopportunismus und Revisionismus musste er sich auf fast je-

dem sozialdemokratischen Parteitag wehren. »Bebel verteidigte nicht nur den revolutionären Geist der Bewegung, er stritt auch unermüdlich gegen Militarismus und drohenden Krieg, gegen Kapital, Junkerherrschaft und Großgrundbesitzer und gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus. Insbesondere unter dem letzten Aspekt ist Bebels bewerkenswertes Buch *Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode* von 1884 zu sehen. Dieses Buch verdient auch noch heute große Aufmerksamkeit, angesichts eines Islambildes, das verzerrt ist durch terroristische islamische Fundamentalisten und US-amerikanische, christlich-fundamentalistisch artikulierte und motivierte imperialistische Kriege. Zu einer historisch gerechten Positionierung der Rolle des Islams trägt Bebels Orientbuch sicher bei.« Bebels Schreiben an Karl Kautsky vom 31. Januar 1884 wird zitiert, worin er betonte, »dass ihm daran liege, nachzuweisen, dass es Schwindel sei, mit der christlichen Kultur zu prahlen. Dem Christen- und Heuchlertum, das sich breit mache, eins auszuwischen, sei der eigentliche Zweck seines Werkes.« Das Werk endet mit der prägnanten Aussage: »Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode ist das Verbindungsglied zwischen der untergegangenen griechisch-römischen und der alten Kultur überhaupt und der seit dem Renaissancezeitalter aufgeblähten europäischen Kultur. Die letztere hätte ohne dieses Bindeglied schwerlich so bald ihre heutige Höhe erreicht. Das Christentum stand dieser ganzen Kultur-Entwicklung feindlich gegenüber. Und so kann man denn mit Fug und Recht sagen: Die moderne Kultur ist eine antichristliche Kultur.«

Der Herausgeber stellt den historischen Bebel auch in die aktuelle politische Diskussion: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religionsfrage zog sich wie ein roter Faden durch deren Selbstverständnissgeschichte. Deren grundsätzliches Dilemma ist der unaufgelöste Widerspruch zwischen marxistischer Theorie – wonach für Deutschland die Kritik der Religion im Wesentlichen beendetigt, und die Kritik der Religion »die Voraussetzung aller Kritik« ist, wie Karl Marx in *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* schrieb – und den vermeintlichen Erfordernissen einer um Wähler buhlenden Partei mit einer opportunisti-

schen, theorieträgen Parteibürokratie. Bekann-  
termaßen entschied sich die Sozialdemokratie  
in dieser Frage nicht für den Weg Bebels. Die  
Verhinderung der konsequenten Umsetzung  
der Forderung nach Trennung von Staat und  
Kirche in den Verfassungen von 1919 und  
1949 sowie dem programmatischen Kurs-  
wechsel in Bad Godesberg 1959, mit einer  
völligen Streichung der Forderung nach Lai-  
zismus, waren Etappen einer verhängnisvol-  
len Entwicklung. Eine Entwicklung aller-  
dings, die sich nicht auf das Erbe August  
Bebels und seiner Mitkämpfer berufen kann.  
Die geneigte Leserschaft mag selbst entschei-  
den, welchen Platz ein August Bebel inner-  
halb der heutigen SPD einnehmen würde.  
Auch wenn ein Jahrhundert zwischen unseren  
Welten liegt, ist schwer vorstellbar, dass er  
Sozialabbau bei gleichzeitigen Unternehmens-  
steuergeschenken, Rentenklaue und Privatisie-  
rungen bei zeitgleichen Kriegseinsätzen in al-  
ler Welt gut geheißt hätte. August Bebels  
Lebenswerk war der Kampf für die Befreiung  
der Arbeiterklasse und der Kampf gegen Im-  
perialismus, Kriegsvorbereitungen und Mi-  
litarismus. Seine fundamentale Opposition  
gegen die herrschenden materiellen und gei-  
stigen Verhältnisse drückte er in dem, zum  
geflügelten Wort gewordenen, Motto aus:  
»Diesem System keinen Mann und keinen  
Groschen!«

RALPH METZGER

**Hans-Jürgen-Krahl-Institut (Hrsg.):  
Praktischer Sozialismus – Antwort  
auf die Krise der Gewerkschaften,  
Pahl-Rugenstein-Verlag Bonn  
2008, 45 S. (4,90 €)**

Auch die jüngste Energie der deutschen Ge-  
werkschaften, ihre Position und Forderungen  
wieder stärker mit Hilfe von Streiks zu vertre-  
ten, ändert nichts an der Tatsache, dass ihre  
strukturelle Krise nicht nur von ihren Gegnern,  
sondern vielmehr auch von ihren strategisch  
bewusstesten Teilen als zunehmend kritisch für  
ihre Fortexistenz beurteilt wird. Seit Jahren  
mangelt es nicht an Attesten für ihre Krankheit  
und auch der Genesungsvorschläge gibt es

viele. Allein, bei der Schau der prominentesten  
Vorschläge zur Initiierung einer Trendwende  
kommt man nicht umhin, den größtenteils  
durch ausgesuchte Kenntnis des Metiers und  
empirische Untermauerung ihrer Analysen sich  
auszeichnenden Werken, bei aller Unterschied-  
lichkeit in ihren Akzentuierungen, die immer  
gleiche methodische Schwäche festzustellen.  
Den meist akribisch gesammelten Beispielen  
der Krise werden oft ebenso detailreich Er-  
gebnisse anderer gesellschaftspolitischer Teil-  
bereiche nachgestellt, wobei im Resultat fast  
immer ein Appell an die Gewerkschaften steht,  
sich doch ebenso erfolgreich neue Aktionspo-  
tentiale zu erarbeiten, wie es die hinter dem  
Ofen hervor gezerrten Pappkameraden tun. So  
mangelt es den ausgestellten Rezepten an ei-  
ner fundierten Anamnese, die sich nicht nur  
den Symptomen, sondern vielmehr der Ge-  
samtkonstitution des Patienten annimmt.

Dass es der kleinen Broschüre »Praktischer  
Sozialismus. Antwort auf die Krise der Ge-  
werkschaften« gelingt, diesen Hiatus von Em-  
pirie und Abstraktion zu überbrücken, ist für  
sich genommen ein Grund, sich ihrer anzu-  
nehmen. Doch leistet das kleine Heft des  
Hans-Jürgen-Krahl-Instituts weit mehr. Mit  
klassischem marxistischen Instrumentarium  
werden den Problemen der Gewerkschaften  
ihre strukturellen Gründe vorgelegt und so  
mit beinahe spielerischer Einfachheit ein, man  
muss betonen prinzipieller, Ausweg aus der  
Defensive emanzipatorischer Politik skizziert.  
Bei der Lektüre der Broschüre kann sich dem  
Leser schon die Frage stellen, wieso die tradi-  
tionell stärkste Waffe des Marxismus, seine  
ökonomischen Analysen, heutzutage nur noch  
propagandistisch oder agitatorisch genutzt  
werden, ihre Anwendung auf Strategie und  
Taktik so gut wie nicht stattfindet.

Im ersten Teil der Broschüre wird also mit  
der Verortung der Gewerkschaften und politi-  
schen Parteien der Arbeiterbewegung als Kon-  
stituanten der Rechtsverhältnisse des Kapital-  
verhältnisses eine nüchterne und vielleicht  
gerade daher schwer verdauliche Bestimmung  
als nicht-revolutionäre Organisationen be-  
gründet.

Dem nach eigener Aussage erstem Adressa-  
ten dieser Broschüre, den »gesellschaftskriti-  
schen Gewerkschaftern«, wäre eine weitere  
Explikation der Bedeutung des Verhältnisses

von logischer Funktion zu Subjekten als Funktionsträger sicher nicht überflüssig vorgekommen. So ist der sachlich-logischen Argumentation und ihren Ergebnissen lediglich dieses vorzuwerfen, dass sie nicht flankierend ergänzt wird durch eine Erörterung der praxeologischen Voraussetzungen, auf welchen aufbauend im zweiten Teil eine strategische Alternative der gesellschaftlichen Transformation skizziert wird.

Die entwickelte Strategie ist im Kern das Modell einer Verlaufsform einer sich je nach den sich bietenden Möglichkeiten sowohl horizontal als auch vertikal ausweitender nicht bornierter gesellschaftlichen Produktion. Dass diese nicht bornierte gesellschaftliche Produktion unter dem Begriff Gemeinwirtschaft gefasst wird, problematisieren die Autoren mit dem Hinweis auf das »Verhältnis von allgemeiner zu bestimmter Bedeutung« den Konnotationen mit der historischen *bestimmten* Gemeinwirtschaft soll unter Rekurs auf die allgemeine Bedeutung des Begriffs Gemeinwirtschaft eine neue Bestimmung des Begriffes und mithin der gemeinwirtschaftlichen Praxis erfolgen. Diese gemeinwirtschaftliche Praxis *ist* die bewusste Vergesellschaftung.

Im Wesentlichen handelt es sich, um eine »einheitliche Organisation von gemeinwirtschaftlich produzierenden Lohnarbeitslosen und arbeitskampfbereiten Lohnabhängigen, (in der) Gewerkschaft und gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft nicht mehr (sind) was sie waren, (sondern) nur mehr Funktionen innerhalb einer neuen Prozessgestalt, die den Sozialismus im Kapitalismus aufbaut« (Hans-Jürgen-Krahl-Institut, Abstrakter oder »Praktischer Sozialismus«?, in: *express* 3/2008).

Die scheinbare Einfachheit der propagierten Organisation von Proletarisierten als Verlaufsform »historischer Produktion« (Marx) fußt auf zwei Grundannahmen, deren Diskussion im Rahmen des Essays, im Hinblick auf ihren Zweck als Diskussionsgrundlage, sinnvollerweise nicht erfolgt.

1. Die Kapitallogik wird als Resultat nicht Bedingung menschlichen Handelns bestimmt.

2. Entgegen allen naturalistischen und philosophischen Versuchen ist Freiheit keine theoretisch ableitbare Größe, sondern wird als praktische Bedingung bewusster Veränderung vorausgesetzt.

Ganz in der Tradition Hans-Jürgen Krahl ist Geschichte demnach Resultat menschlicher Entscheidungen (und damit Freiheit). »Das Wesen der Geschichte ist die generative Folge, nach der die Ergebnisse der Produktion von gestern die Bedingung der Produktion von morgen ist.«

Wenn auch der erste Eindruck nach der Lektüre ein Zu-kurz-kommen der möglichen Konkretisierungen der schematisch skizzierten Strategie ist, so zeigt sich eben dieser mit Bedacht geübte Verzicht auf eine Konkretisierung als wesentlicher Bestandteil eben jenes Transformationsmodells. Eine planerische Projektierung von Zielen kann, wenn sie ihr eigentliches Ziel, die Erarbeitung eines »unmittelbar gesellschaftlichen Produzentenbewusstseins«, nicht verfehlen will, nur aufgrund der realen Bedingungen und damit den bewussten Entscheidungen Einzelner aufbauen.

So betonen die Autoren, dass »Dieses Bewusstsein (...) nicht mit einer komplexen politischen Theorie zu verwechseln (ist), es ist vielmehr die Kenntnis der wesentlichen Unterschiede kapitalistischer und gemeinwirtschaftlicher Vergesellschaftung, die von den Organisierten auf ihre konkrete Situation schöpferisch angewendet werden muss.«

Es ist dem Projekt zu wünschen, dass die Initiative zur Diskussion breit angenommen wird und die in der Kürze des Textes begründete Konzentration auf Deduktionen von vielen als Aufruf zur Ergänzung und Widerspruch dient und nicht vorschnell als lückenhaft abgeurteilt wird.

Das größte Manko des Textes ist, dass seine inhaltliche Bedeutung durch die Kürze und Form der Publikation konterkariert wird. Die Gedanken verdienten eine ausführlichere Erklärung, insofern ist die Ankündigung des Hans-Jürgen-Krahl-Instituts, mit der vorliegenden Broschüre den Startschuss zu einer Reihe von Publikationen zu geben, neben der Hoffnung stiftenden Kernaussage des Textes etwas, über das man sich freuen darf.

ERK WERNER

**Matthias Brosch u. a. (Hrsg.):  
Exklusive Solidarität.  
Linker Antisemitismus in  
Deutschland, Berlin Metropol  
2007, 440 S. (24,00 €)**

Ein weiteres Buchprojekt zum Thema »Linke und Antisemitismus in Deutschland« – war das wirklich nötig? Es gibt die Standardwerke zur BRD-Linken von Martin Kloke, zur DDR von Thomas Haury und Mario Keßler, dazu eine unüberschaubare Menge verstreuter kleinerer und größerer Schriften. Auch für Österreich und die Schweiz sind mittlerweile umfangreiche Untersuchungen vorhanden. Was hingegen wirklich fehlt, wenn man von einigen Arbeiten zur Geschichte des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Antisemitismus absieht, eine international vergleichende Forschung. Doch nicht zuletzt der teils irrational anmutende Streit um die Ausstellung »Das hats bei uns nicht gegeben – Antisemitismus in der DDR« zeigt, dass wohl noch viel Papier bedruckt werden muss, ohne dass ein Ende des Streits absehbar wäre.

Leider dominieren die Diskussion um linken Antisemitismus Positionen, die entweder infantile mit dem Vorwurf des Antisemitismus um sich werfen und dabei als ihr diskursives Anderes eine antisemitische Internationale konstruieren, die von Attac über die NPD bis zur Hamas reiche, oder aber das andere Extrem vertreten und jedwede Thematisierung der Problematik von sich weisen, da ja Linke per definitionem vorm Antisemitismus gefeit seien. Diese Seite schreit schnell erbost und voller Abscheu (und häufig zu unrecht) »Antideutsche!«, sobald sich jemand mit dem Thema befasst.

Das vorliegende Buch ist für die Debatte aus mehreren Gründen eine Bereicherung. Zum einen zeigt es das Bemühen der Herausgeberinnen und Herausgeber um eine ernsthafte und – im Rahmen des Möglichen – relativ unaufgeregte Auseinandersetzung. Der Grund für sie, sich mit der Thematik zu beschäftigen war nämlich ein ganz konkreter Anlass – ein Streit innerhalb der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung, welcher in eine überfüllte Tagung und schließlich das vorliegende Buch mündete. Dabei wird aber keinesfalls Neutralität in der Debatte beansprucht. Ganz klar argumen-

tieren die meisten Autorinnen und Autoren aus Sicht der (innerlinken) Antisemitismuskritikerinnen und -kritiker. Diese Perspektive bestimmt den Band. Zum anderen hat das Buch einen zusammenfassenden und Dokumentationscharakter. In die Kategorie des dokumentarischen gehören die Aufsätze von Haury und Kloke, die in ähnlicher Form auch anderswo nachzulesen sind, aber zu einem abgerundeten Bild der Debatte gehören. Ein auch direkt als solcher ausgewiesener Dokumentationsenteil im Anhang stellt zwei typische Gegenpositionen (Stefan Grigat und Elfriede Müller) dar, die auf eines verweisen: Die linke Debatte um Antisemitismus und den Nahostkonflikt, wie sie einleitend geschildert wurde, ist schon lange nicht mehr nur die Auseinandersetzung über diese Themen, sondern sie ist ein innerlinker Grabenkampf, der eine ganz eigene Konfliktodynamik angenommen hat. Meist geht es dabei um die Rolle der Antideutschen. Ihre radikale Zuspitzung zu einer Israel-Solidaritätsbewegung, wie sie im Aufsatz von Grigat pointiert zu Tage tritt und von Müller anschließend geschickt zerissen wird, erweist sich aber als ebenso großes Hemmnis für eine komplexe Wahrnehmung der Probleme der linken Palästinasolidarität und Israelkritik/-feindschaft wie deren verbottene antizionistische Vertreterinnen und Vertreter selbst.

Heute, fast vier Jahre nach der dokumentierten Tagung, sind die Wogen der Auseinandersetzung etwas geglättet und man kann sich etwas weniger echauffiert mit den vielen Facetten des Themas »Antisemitismus und Linke« befassen. Und auch, ja gerade, wer an einer nicht antideutschen Kritik der Auswüchse des militanten linken Antizionismus interessiert ist, findet im Buch eine Reihe von interessanten Denkanstößen, die sich alle als Ausgangspunkte für kleinere und größere Reflexionen, für Neujustierungen oder schlicht Verwirrungen erweisen können.

Um Denkanstöße handelt es sich deshalb, weil die meisten der hilfreichen Beiträge des großformatigen 400-Seiten-Buches, eher Hintergrund- und Kontextinformationen zum aktuellen Streit vermitteln. Theoretische Überlegungen zum Zusammenhang von Antisemitismus und nationaler Identität (Quindeau) stehen neben empirischen Darstellungen über antisemitische Manifestationen in Europa (Wetzel) und dem arabischen Raum (Gläser). Ein großer Teil

der notwendigen Kontextinformationen zur heutigen Debatte ist aber in der linken Geschichte zu finden. So widmet sich Mario Keßler dem Antisemitismus in der SPD in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, denn ihr Zionismus ist nur die eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig (wenn man einigen ideologischen Ballast, den der Autor mitbringt, nicht überbewertet) ist Kistenmachers Beschäftigung mit der KPD, die nicht nur einen stellenweise zutiefst nationalistischen Kurs fuhr, sondern im Gefolge der nationalbolschewistischen Orientierungen auch krasse antisemitische Ausfälle tolerierte und – Kistenmacher zeigt dies u. a. an Karikaturen in der Parteizeitung *Rote Fahne* – auch produzierte. Eine Reihe von Beiträgen skizzieren das Verhältnis des Kommunismus und seiner Staatlichkeit in der DDR zu den Jüdinnen und Juden. Auch hier ist, wie in Birgit Schmidts Beitrag zu »Exil, Volksfront und Juden« belegt, immer wieder die Beachtung des (linken) Nationalismus ein Schlüssel zum Verständnis anti-semitischer Tendenzen. Diese werden beispielsweise durch die Exkulpation der Masse der Deutschen durch KPD- und SED-Funktionäre (als Quasi-Leugnung der Täterschaft) mit »eingekauft«.

Je näher die Betrachtungen an der Gegenwart liegen, umso größer ist jedoch die Gefahr, von Einseitigkeiten. So vertritt Lars Rensmann, hier als ein Beispiel für viele unschöne Simplifizierungen im Buch, mal wieder die These, es gebe keine innerlinke Kritik am radikalen Antizionismus. Er ignoriert dabei die Diskussionen der vergangenen zwanzig Jahre, in denen gerade Teile der radikalen Linken einen immensen Wandel vollzogen haben. Die linke Wahrnehmung der gesamten Thematik Linke-Juden-Antisemitismus-Nahostkonflikt war nämlich, in Folge ihrer stets konflikthaften und nicht zur Ruhe kommenden diskursiven Bearbeitung spätestens seit dem Anschluss der DDR an die BRD, also durch den nicht enden wollenden Streit, in dem jede geäußerte Position mit schnellem Widerspruch rechnen muss, auch noch nie so komplex wie heute. Und so kann mehr Wissen über Details – und deren liefert das Buch viele – trotz einiger Einseitigkeiten dem Diskurs nicht schaden.

PETER ULLRICH

RICHARD SAAGE  
 Theories of Fascism  
 Their Significance for Research and Political  
 Education

The article is based on the author's book entitled »Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte« (Fascism, Concepts and Historical Contexts) published in Wiesbaden in 2007. For a while in the Federal Republic of Germany, thirty years ago, questions became relevant in the research of fascism that relativized the prevailing totalitarianism theory and the personalized interpretations of the Third Reich. These questions referred to the class constellation of the society as a whole, the role played by big industry in the transfer of power to the fascists and military expansion, fascism's attraction for the traditional as well as the new middle classes and the reasons why the organized working class capitulated nearly without a struggle. It seems that the situation is fundamentally different today. New questions have become predominant in the research of fascism, shifting the problems of fascism from the structural level to the level of victims: to the point of a depressing recognition that the history of the concentration camps cannot be reduced to the two factions of »victims and perpetrators«. The article focuses on the question: in light of the theories of fascism, what sort of society can prevent structural fascism? The answer: a society that is critically reflecting on its history and is aiming to attain such a constructive level of being that the misery human beings inflict upon one another will be reduced to a historical minimum.

GÜNTER WIRTH  
 On Concrete and Protestant Utopias  
 For Siegfried Wollgast on his 75<sup>th</sup> Birthday

Utopias are deliberately focused on the future, from the position of the individual's present, with all its crisis manifestations. Utopias are projected toward the future of a new, namely the next new, possible, and even necessary, social order. This is why Ernst Bloch spoke of a »schedule of the utopias«. That socialism went »from utopian to scientific« with the establishment of a socialist order was, fifty, sixty years ago, obviously part of the opinio communis and Bloch's schedule would have quasi marked the destination. But it became clear that this schedule, from time to time, encountered difficulties. In 1989 it was clear that socialism had to return from science to utopia, to have a real perspective. Socialism's trip back to utopia ended on November 9, 1989. »The end of history« heralded by history's new victors' ideologists cannot be the final verdict in terms of an omnipresent vision of life in more dignity and social justice. Thought currently engaged with »concrete utopias« can draw upon the reservoir of former utopias, for example in the field of teaching, or education in general, family, justice between generations, concepts that on first sight, »only« have an impact on individuals. This would also correct the former predominance of collectivism. This is illustrated by the author with a document of Christian utopia, dating from 1619, »Chistianapolis« by Johann Valentin Andreae. He concludes: »Andreae is obviously concerned with the development of all creative potentials of the individual, on the one hand for their own sake, that is for the sake of the individual – an aspect that we in socialism have too often ignored.«

## ULRICH BUSCH

### Financial Market Crisis and Financial Market Capitalism

This article describes how the subprime mortgage crisis on the US real estate market is developing into a global financial market crisis and what consequences this is having on the producing economy. The explanation lies in the transformation of capitalism into a global financial market capitalism. The criteria applied is that real interest rates surpass economic growth. This represents an interest constellation, where it is more important to have high and stable real interest rates, than a dynamic economy. Because it combines economic irrationality with rationality, financial market capitalism is characteristically ambivalent. It represents both a threat to humanity and an opportunity for solving the problems of the future.

## JÖRG ROESLER

### Two Monetary Reforms in Occupied Germany – Concepts and Correctives

West Germany's economic wonder is usually thought to have resulted from the June 1948 introduction of the Deutsch-Mark. That monetary reform signaled the division of Germany. It is seldom noted that it would have also been possible – at least in Berlin – to have maintained a common economic zone. Besides, the development of the reforms has demonstrated that popular pressure, both in the West and the East, forced correctives that contradicted the predominating »absolute truths« – of market and planned economies of the respective societies. Both German economies were first and foremost »hybrid systems«.

## THOMAS PHILIPP

### Pragmatic and Normative Basic Principles of the Left

Left identity – all its heterogeneity notwithstanding – is based on the idea that social transformation is *not* an evolutionary self-guided process. This has two consequences. This basic understanding categorically rejects considering institutional constraints as an obstruction to freedom. Secondly, to reject considering those instances as negligible that reinforce and extend reflexivity. Martin Walzer differentiates between five identity trends among the left: the sectarian left, the old left, the left of more recent social movements, the communist left and the post-modern left. The foundation of the left has three pillars: the focus on the weak and disadvantaged, common action as the basis of social transformation, fraternity as the basic principle of community. Left is to be seen as a project, whose fascination derives from the fact that it views Liberty *and* Equality *and* Fraternity as a triad of values. Since the single components do not exist in a fixed, ridged relationship to one another, it is an aspect of left identity to seek the perpetual equilibration of these three concepts. Normatively it boils down to the left standing for the reflexive combination of Liberty and Equality and Fraternity. In reference to the practice, as Sartre rightfully put it, it is a plea for »democracy as a way of life.«

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.  
Redaktion:  
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),  
Redaktionsassistent: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030-44 310-157, Fax-122  
Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)  
E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI  
Druck: MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
57 € (Inland), 75 € (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €